

# INHALTSVERZEICHNIS

Inhaltsübersicht der Bände I, II, III/1, III/2 und IV .....	Seite XCIII
Abkürzungsverzeichnis .....	CXI
Literaturübersicht .....	CXXIX

## BAND V

# DIE GESCHICHTLICHEN GRUNDLAGEN DES DEUTSCHEN STAATSRECHTS

Die Verfassungsentwicklung vom Alten Deutschen Reich  
zur wiedervereinigten Bundesrepublik Deutschland

## 1. KAPITEL

### ÄLTERE FORMEN DEUTSCHER STAATLICHKEIT

#### 1. ABSCHNITT. VORSTUFEN DES STAATES DER DEUTSCHEN

##### § 124 DAS ALTE DEUTSCHE REICH

I. Vom Frankenreich zum Sacrum Imperium Romanum der sächsischen, salischen und staufischen Kaiser .....	5
1. Das frühmittelalterliche Gemeinwesen als „Personenverbandsstaat“ .....	5
2. Das Frankenreich als „Grundlage der abendländischen Einheit“ – christliche, römische und germanische Komponenten als Grundlage .....	6
3. Der Beginn des Herrschertums der Karolinger – <i>Karl der Große</i> – rechtlich-administrativ verfaßte politische Herrschaft .....	8
4. Die Aufteilung des Karolingerreiches durch den Vertrag von Verdun – Entstehung des West- und Ostfrankenreichs mit eigenen sprachlichen Grundlagen .....	9
5. Die Stammeshertöge und der von ihnen gewählte König als Gestalter des neuen (deutschen) Reiches .....	12
6. Die Entstehung des deutschen Staates: ein „gestreckter Verlauf“ .....	13
7. Die Integration der deutschen Stämme zum deutschen Volk unter den ottonischen Königen und Kaisern .....	14
8. Die salischen Könige und Kaiser – cluniazensische Reform, Investiturstreit und Wormser Konkordat .....	15
9. Die Hohenstaufen als Begründer des Sacrum Imperium Romanum .....	17
a) Die Grundlagen des Sacrum Imperium Romanum: Zusammenwirken von geistlicher und weltlicher Macht .....	18
b) Gottesfriedensbewegung, Landfrieden und römisches Recht .....	18
c) Die Entwicklung der Herzogtümer zu Gebietsstaaten .....	20
d) Das Scheitern des Erbreichsplans <i>Heinrichs VI.</i> .....	20
10. Die Idee der Landesherrschaft als Ergebnis der Staatsbildung in Deutschland .....	21

	Seite
II. Das Heilige Römische Reich Deutscher Nation .....	21
1. Die Stärkung der Macht der Kurfürsten und der Aufstieg des Hauses Habsburg in der kaiserlosen Zeit – der Kurverein von Rhense und die Königswahl .....	21
2. Staatsrechtliche Wandlungen im Sacrum Imperium Romanum .....	23
3. Der Reichstitel „Heiliges Römisches Reich Deutscher Nation“ und seine Institutionen .....	23
4. Die Entwicklung eines Staatenverbundes .....	25
a) Die „Goldene Bulle“ als Reichsgrundgesetz für die Königswahl der Kurfürsten und weitere Privilegien .....	25
b) Die Kurfürsten als „institutionelle Repräsentanz“ des Reiches und wichtigste Antriebskräfte für die Landesherrschaft .....	26
c) Die Reichs- und Landstände und ihr Recht auf Sitz und Stimme im Reichstag .....	27
5. Der deutsche König und römische Kaiser als fortbestehendes Machtzentrum des Reiches .....	27
a) Vom Mainzer Reichslandfrieden zum „Ewigen“ Landfrieden .....	28
b) Der Kaiser als oberster Gerichtsherr .....	28
α) Das Reichskammergericht .....	28
β) Der Reichshofrat .....	30
c) Die Reichshofkanzlei und der Geheime Rat des Kaisers .....	31
d) Die Einteilung des Reiches in Reichskreise als gebietsmäßige Gliederung .....	31
e) Die Errichtung des Reichsregiments als ständische Reichsregierung .....	32
f) Der Reichstag als Versammlung der Reichsstände: Kurfürsten, Fürsten, Prälaten, Grafen, Herren sowie Reichsstädte .....	33
6. Reichsreform und Reichskrise .....	34
7. Die reichsverfassungsrechtliche Bewältigung der Reformation .....	35
a) Die 95 Thesen <i>Martin Luthers</i> vom 31. Oktober 1517 .....	36
b) Freie Religionsausübung und die verfassungsrechtliche Trennung der Reichsstände in einen katholischen und evangelischen Teil im Passauer Vertrag von 1552 .....	36
c) „Immerwährender“ Religionsfriede im Augsburger Reichsabschied von 1555 – Bruch der Verbundenheit von „sacrum imperium“ und „ecclesia universalis“ .....	36
d) Keine volle Gleichstellung von Katholiken und Lutheranern, angenommen bei den Reichsstädten – Teilemanzipation des weltlichen Verfassungsrechts vom theologischen Rechtsdenken .....	37
e) Stärkung der Territorialherren als Ergebnis des Augsburger Reichsabschieds – Anfänge eines Gesetzgebungsstaates .....	39
III. Niedergang und Auflösung des Reiches .....	39
1. Die Krise der Reichsverfassung .....	39
2. Der Dreißigjährige Krieg und seine Bedeutung für das Reich: Rekatholisierungsbestreben des Kaisers und internationale Reaktionen – der Kampf um die Macht in Deutschland .....	41
3. Das Instrumentum Pacis Osnabrucense und das Instrumentum Pacis Monasteriense als gesamteuropäische Friedensordnung mit der Folge der Zersplitterung Deutschlands und der Festschreibung der fürstlichen Territorialherrschaft .....	42
a) Der Verlust von Reichsgebieten .....	44
b) Die Gleichheit aller Konfessionen .....	44
c) Die territoriale Souveränität der Landesherrn – beginnender Zerfall des Reiches .....	45
4. Der Status des Reiches als „atypischer Staatenbund“ .....	47

a) Wahlkaisertum und die Begrenzung der kaiserlichen Gewalt durch die Mitwirkungsrechte der Stände .....	49
b) Die Stellung des Reichstages .....	50
c) Der Reichshofrat als Exekutivgewalt des Reiches .....	51
d) Das Reichskammergericht .....	52
5. Das Verlassen der Reichsidee – Gleichordnung von Kaiser und Reichsständen .....	53
6. Die Faktoren für das Ende des Reiches .....	54
a) Das neue Rechtsverständnis und die zunehmende Verrechtlichung .....	55
b) Säkularisation und Mediatisierung – der Reichsdeputationshauptschluß von 1803 als letztes Reichsgrundgesetz .....	56
c) Die Ablösung der Landeshoheit durch die Souveränität .....	58
d) Der Machtzuwachs Frankreichs .....	59
7. Das Kaisertum Österreich, die Niederlegung der römisch-deutschen Kaiserkrone durch <i>Franz II.</i> und die Auflösung des Reiches .....	59
IV. Die Verfassung des Alten Deutschen Reiches .....	61
1. Die geschriebenen und ungeschriebenen Rechtsätze des Reiches als Verfassung .....	61
2. Die Reichsgrundgesetze als „grundlegende staatliche Strukturregeln“ .....	63
3. Definition der Reichsgrundgesetze .....	64
a) Die geschriebenen Rechtsvorschriften .....	65
α) Die „Confoederatio cum principibus ecclesiasticis“ und das „Statutum in favorem principum“ .....	65
β) Die „Constitutio de jure et excellentia imperii“ .....	65
γ) Die „Goldene Bulle“ als wichtigstes Reichsgrundgesetz .....	65
δ) Der „Ewige Landfrieden“ .....	66
ε) Reichskammergerichtsordnung und Reichshofratsordnung .....	66
ζ) Weitere wichtige Reichsgesetze .....	66
η) Die kaiserlichen Wahlkapitulationen .....	67
θ) Die Religionsbestimmungen .....	68
ι) Die Westfälischen Friedensverträge .....	68
κ) Weitere Reichsabschiede .....	68
b) Die ungeschriebenen Reichsgesetze: das Herkommen .....	68
4. Die Reichsgrundgesetze als Vertragsgrundgesetze .....	70

## § 125 DIE ENTSTEHUNG DER DEUTSCHEN TERRITORIALSTAATEN

I. Die Entstehung von Landesherrschaft und Landeshoheit im Reich .....	73
1. Die Geburtsstunde des Territorialstaates .....	73
2. Die Ursprünglichkeit adeliger Herrschaftsmacht .....	73
a) Das Fehlen eines einheitlichen Rechtsgrundes .....	74
b) Der Siedlungsraum der Stämme .....	74
c) Die Bildung der Herzogtümer .....	75
d) Die geistlichen Fürstentümer als Landesherrschaften .....	76
3. Die Ablösung der Stammesherrschaft durch die Gebiets Herrschaft .....	77
a) Die Confoederatio cum principibus ecclesiasticis .....	77
b) Das Statutum in favorem principum .....	78
c) Die Entwicklung zu Kaiser und Reich .....	78
4. Die Goldene Bulle <i>Karls IV.</i> .....	78
a) Die Rechte der Kurfürsten .....	79
b) Die Festigung der kurfürstlichen Landeshoheit .....	80

## Inhaltsverzeichnis

	Seite
5. Der Aufstieg der Landesherrschaft zur Territorialstaatlichkeit .....	80
a) Die Rezeption des römischen Rechts .....	80
b) Die Landesherren als Principes .....	81
c) Einbindung in das Geflecht der Reichsverfassung .....	81
II. Die Emanzipation der Territorialstaaten vom Reich .....	82
1. Die Stärkung der Landesgewalt und die Schwächung der Reichsgewalt .....	82
2. Die Regelung der verfassungsmäßigen Stellung der Reichsstände im Frieden von Osnabrück .....	83
a) Das Stimmrecht der Reichsstände und Freien Reichsstädte .....	83
b) Das „ius territorii et superioritatis“ der Landesherren und reichsunmittelbaren Stände .....	84
c) Die Westfälischen Friedensverträge als Grundlage der Entstehung staatlicher Ordnungen in den Territorien .....	84
d) Die fortbestehende Oberhoheit des Reiches .....	86
3. Das „reichische Deutschland“ .....	86
4. Die Organisation der territorialen Herrschaft .....	87
a) Die Konzeption der Landeshoheit .....	88
b) Der Aufbau des Ämterwesens und die Institutionalisierung territorialer Räte .....	89
c) Die Reform des Gerichtswesens .....	90
5. Landstände und Landtage – der Ständestaat .....	90
6. Die Städte .....	93
a) Das Recht zur Selbstverwaltung .....	93
b) Die Stellung der Freien Reichsstädte .....	94
III. Die Entwicklung der Territorialstaaten zu absoluten Staaten ...	95
1. Die Staatsqualität der Territorien – der Absolutismus .....	95
2. Die Entwicklung der Territorien zum modernen Staat .....	96
a) Die „superioritas territorialis“ als Inbegriff der Fülle der Hoheitsrechte ...	97
b) Landesordnungen, Landespolizeiordnungen und Gerichtsordnungen als neugestaltetes öffentliches Recht .....	98
c) Die Souveränitätslehre <i>J. Bodins</i> .....	100
3. Attribute der modernen Staatlichkeit .....	100
IV. Die Entwicklung in größeren deutschen Territorialstaaten – Preußen, Österreich, Bayern, Sachsen .....	101
1. Die größeren und mittleren deutschen Territorialstaaten .....	101
2. Die Mark (grafschaft) Brandenburg – (Brandenburg-)Preußen .....	103
a) Die Kurfürsten <i>Friedrich I.</i> und <i>Friedrich II.</i> .....	104
b) Der Aufstieg Preußens unter dem Großen Kurfürsten .....	104
c) <i>Friedrich I.</i> als „König in Preußen“ und <i>Friedrich Wilhelm I.</i> , als „Soldatenkönig“ .....	106
d) Das Werk <i>Friedrichs des Großen</i> .....	107
α) Der Aufstieg zur fünften Großmacht nach den Schlesischen Kriegen .	108
β) Die Innen- und Wirtschaftspolitik .....	109
γ) Die Justizreform .....	110
δ) Die Unabhängigkeit der Richter und das Allgemeine Landrecht für die Preußischen Staaten .....	111
e) Der Konflikt mit dem napoleonischen Frankreich .....	112
f) Die preußische Reformbewegung .....	113
g) Napoleons Niederlage bei Leipzig .....	114
h) Preußen auf dem Wiener Kongreß und die Neuordnung der europäischen Staatenwelt .....	115

	Seite
i) Restauration in Preußen – Scheitern der Verfassung, aber „Staat der Gesetzlichkeit“ .....	116
k) Die oktroyierte Verfassung vom 5. Dezember 1848 und die revidierte Verfassungsurkunde vom 31. Januar 1850 .....	117
l) „Die deutsche Frage“ .....	119
m) Der preußische Verfassungskonflikt .....	120
n) Der schleswig-holsteinische Konflikt .....	122
o) Der Deutsche Krieg und das Schicksalsjahr 1866 .....	123
p) Der Norddeutsche Bund als neues Völkerrechtssubjekt und Bundesstaat .....	124
<b>3. Österreich</b> .....	<b>125</b>
a) Begründung des „Hauses Österreich“ als Territorialstaat durch die Habsburger .....	126
b) Die Türkeneinfälle und Österreichs Eroberungen im Südosten .....	127
c) Der Spanische Erbfolgekrieg und die Pragmatische Sanktion .....	128
d) Österreich unter <i>Maria Theresia</i> .....	129
α) Das Reformwerk für Verwaltung und Gerichtsbarkeit .....	129
β) Schaffung eines Höchsten Revisionsgerichts sowie straf- und zivilrechtlicher Kodifikationen .....	130
γ) Reformpolitik zwischen Vergangenheit und Aufklärung .....	130
e) Die Reformen <i>Josephs II.</i> .....	131
f) Das Ende des „österreichischen Jahrhunderts“ unter <i>Leopold II.</i> und <i>Franz II.</i> .....	131
α) Österreichs Niederlage im Krieg gegen das revolutionäre Frankreich .....	132
β) Österreich auf dem Wiener Kongreß – „Vielnationenstaat“ .....	132
γ) Die „Heilige Allianz“ und die europäische Pentarchie .....	133
g) Kaiser <i>Franz Joseph</i> und der Zusammenbruch des Metternich'schen Systems – die oktroyierten Verfassungen von 1848 und 1849 – Rückkehr zur absoluten Monarchie .....	134
h) Österreich auf dem Weg zum konstitutionellen Staat .....	135
i) Der „Ausgleich“ mit Ungarn und die k. u. k.-Monarchie .....	138
k) Das Nationalitätenproblem und der Ausbruch des Ersten Weltkrieges .....	141
l) Die Entstehung Deutsch-Österreichs .....	142
m) Die Schaffung der Republik Österreich und das Bundes-Verfassungsgesetz von 1920 .....	143
n) Die neue Verfassung von 1934 und der Einmarsch deutscher Truppen 1938 – Verlust der staatlichen Eigenständigkeit Österreichs .....	144
o) Die Wiederherstellung der Republik Österreich nach 1945 .....	145
<b>4. Erste Besiedlungen des bayerischen Raums – die Bajuwaren</b> .....	<b>148</b>
a) Die Herrschaft der Agilolfinger .....	148
b) <i>Ludwig der Deutsche</i> , König der Baiern .....	149
c) Die Herrschaft der Luitpoldinginger .....	149
d) Bayern unter dem Geschlecht der Welfen .....	149
e) Die Dynastie der Wittelsbacher .....	150
α) Von <i>Otto von Wittelsbach</i> über Kaiser <i>Ludwig den Bayern</i> bis zum Primogeniturgesetz von 1506 .....	151
β) Religiöse Konflikte und Festhalten an der Katholizität .....	152
γ) <i>Maximilians I.</i> Leistungen für den frühabsolutistischen Staat .....	153
δ) Bayern unter <i>Ferdinand Maria</i> , <i>Max II. Emanuel</i> , <i>Karl Albrecht</i> und <i>Max III. Joseph</i> .....	154
ε) <i>Karl Theodor von der Pfalz</i> als bayerischer Kurfürst und territoriale Veränderungen .....	155
f) Bayerns Bündnis mit Napoleon – Gewinn der Königswürde und der vollen Souveränität .....	156
g) Das Reformwerk <i>Montgelas'</i> , die Gewährung von Religionsfreiheit, die Aufhebung der Leibeigenschaft .....	157

	Seite
h) Die Einführung der Verfassungen von 1808 und 1818 .....	158
i) Das Königtum <i>Ludwigs I.</i> .....	160
k) König <i>Max II.</i> .....	162
l) Bayerns Beitritt zum neuen „Deutschen Bund“ .....	162
m) Bayern als Republik – die Bamberger Verfassung von 1919 .....	163
5. Sachsen als deutscher Mittelstaat .....	164
a) Die Herrschaft der <i>Liudolfinger</i> und der <i>Wettiner</i> .....	164
b) Die <i>Albertinische</i> und die <i>Ernestinische Linie</i> .....	165
c) Reformation und Gegenreformation in Sachsen – Wirtschaftsentwicklung – obersächsisch-meißenische Kanzleisprache .....	166
d) Die <i>Augusteische Epoche</i> des 18. Jahrhunderts: Gewinn der polnischen Königskrone – die Position der Stände – kulturelle und wirtschaftliche Leistungen .....	168
e) Sachsen im Deutschen Bund – die Verfassung von 1831 .....	170
f) Unruhen und Reaktion 1848–1850 .....	171
g) Beitritt zum Norddeutschen Bund – Sachsen als Gliedstaat des Deutschen Reiches .....	171

## 2. ABSCHNITT. DER DEUTSCHE STAATENBUND

### § 126 DER DEUTSCHE BUND

I. Deutschland unter französischer Hegemonie – der Rheinbund .....	176
1. Die europäische Neuordnung durch <i>Napoleon</i> .....	176
2. Die Rheinbundakte ( <i>Acte de la Confédération du Rhin</i> ) .....	177
a) Die Rheinbundakte als völkerrechtlicher Vertrag .....	178
b) Die Rheinbundakte als völkerrechtlicher Statusvertrag .....	179
c) Die Rheinbundakte als Verfassungsvertrag .....	180
3. Der Rheinbund als Teil des französischen Hegemonialsystems .....	180
II. Das Scheitern <i>Napoleons</i> und die Neuordnung Deutschlands im europäischen Gleichgewichtssystem auf dem Wiener Kongreß .....	182
1. Ausdehnung und Niedergang der napoleonischen Vorherrschaft .....	182
2. Aufrufe zur nationalen Befreiung .....	183
3. Notwendigkeit einer Neugestaltung Deutschlands: Staat oder Bund? .....	184
a) Die nationalstaatliche Lösung .....	185
b) Die staatenbündische Lösung .....	185
4. Der Wiener Kongreß und das Prinzip der Restauration .....	186
a) Das System des Gleichgewichts der europäischen Pentarchie .....	187
b) Die Wiener Kongreßakte vom 9. Juni 1815 .....	188
5. Die Lösung der deutschen Verfassungsfrage .....	188
a) Die Verfassungspläne <i>Steins</i> und <i>Humboldts</i> .....	189
b) <i>Hardenbergs</i> Entwurf der Grundlage der deutschen Bundesverfassung .....	189
c) Der österreichisch-preußische Entwurf eines Bundesvertrages in Zwölf Artikeln .....	190
d) Die Deutsche Bundesakte .....	190
6. Die Bundesakte als integrierender Bestandteil der Abmachungen des Kongresses .....	191
7. Fragilität der deutschen und europäischen Stabilität .....	192
III. Der Deutsche Bund – Rechtsgestalt, Verfassung und Organisation .....	193
1. Der Deutsche Bund als Staatenbund .....	193

	Seite
2. Souveräne als Repräsentanten ihrer Staaten .....	194
3. Doppelnatur der Deutschen Bundesakte und der Wiener Schlußakte: Verfassung des Bundes und Vorschriften für die innere Ordnung der Mitgliedstaaten .....	196
4. Hauptzweck des Bundes: Erhaltung der äußeren und inneren Sicherheit Deutschlands sowie der Unabhängigkeit und Unverletzbarkeit der Einzelstaaten .....	197
a) Regelungen für Streitigkeiten zwischen den Mitgliedern .....	197
b) Regelungen für Streitigkeiten zwischen „Obrigkeit“ und „Untertanen“ ..	197
c) Regelungen zur Abwehr „demagogischer Umtriebe“ .....	197
d) Regelungen zur äußeren Bundessicherheit .....	198
5. Limitierung von Bundeskompetenzen .....	198
a) Streit um die gesetzgebende Gewalt des Bundes .....	198
α) Bundesbeschlüsse .....	199
β) Unmittelbare Gesetzesbeschlüsse .....	200
b) Aussagen zur Gerichtsbarkeit .....	200
α) Verfassungsrechtliche Streitverfahren .....	201
αα) Austrägalverfahren .....	201
ββ) Bundesschiedsgericht .....	201
γγ) Besonderes schiedsgerichtliches Verfahren zwischen Mediatisierten und Landesherren .....	202
δδ) Streitigkeiten zwischen Bund und Gliedstaaten .....	202
εε) Verfassungsklagen und Ministeranklagen nach Landesverfassungsrecht .....	202
β) Zivil- und Strafgerichtsbarkeit .....	202
γ) „Justiz-Verweigerung“ .....	202
c) Exekutive des Bundes .....	202
α) Auswärtige Vertretung .....	203
β) Bundeskrieg .....	203
6. Einziges Organ des Bundes: die Bundesversammlung .....	204
a) Plenum .....	204
b) Engere Versammlung (Engerer Rat) .....	205
7. Eingreifen des Bundes in innere Angelegenheiten der Mitglieder .....	206
a) Bundesintervention .....	206
b) Bundesexekution .....	207
8. Individuelle Rechtsgarantien .....	208
IV. Die landständischen Verfassungen der Bundesstaaten .....	208
1. Art. XIII DBA: „In allen Bundesstaaten wird eine landständische Verfassung stattfinden“ .....	208
a) Der Begriff „landständische Verfassung“ .....	209
b) Spielraum hinsichtlich Form und Ausgestaltung der Verfassung .....	210
2. Verworrene Rechtslage zur Verfassungsgebung .....	210
a) Ansätze zum Verbot von Repräsentativverfassungen .....	211
b) Art. LVII WSA als „Motto des monarchischen Prinzips“ .....	212
c) Die oktroyierte Verfassung als Grundprinzip der monarchisch-konstitutionellen Regierungsform .....	213
3. Die Epoche des Konstitutionalismus in den deutschen Ländern .....	214
a) Die erste Periode der Verfassungsgebung (1816–1820) .....	216
α) Verfassungsgebung im Königreich Bayern .....	216
β) Verfassungsgebung im Großherzogtum Baden .....	218
γ) Verfassungsgebung im Königreich Württemberg .....	218
δ) Verfassungskämpfe und Verfassungsgebung in den Kleinstaaten .....	219
b) Die zweite Periode der Verfassungsgebung (1830–1833) .....	220

## Inhaltsverzeichnis

	Seite
α) Verfassunggebung im Herzogtum Braunschweig .....	220
β) Verfassunggebung und Verfassungskonflikt in Kurhessen .....	220
γ) Verfassunggebung in Kursachsen .....	221
δ) Verfassunggebung und Verfassungskonflikt im Königreich Hannover ..	222
c) Die dritte Periode der Verfassunggebung (1848–1850) .....	224
α) Die preußischen Verfassungen von 1848 (oktroyierte Verfassung) und 1850 (revidierte Verfassung) .....	225
β) Die Verfassunggebung in Österreich .....	228
αα) Die Pillersdorfsche Verfassung vom 25. April 1848 .....	228
ββ) Die Stadionsche Verfassung vom 4. März 1849 .....	229
γγ) Die Oktoberverfassung von 1860 .....	229
δδ) Das Patent über die Verfassung der österreichischen Monarchie vom 26. Februar 1861 .....	229
εε) Die fünf Staatsgrundgesetze der Dezemberverfassung von 1867 ..	230
4. Würdigung der drei Perioden der Verfassunggebung: Wandel vom absolu- ten Fürstenstaat zur konstitutionellen Monarchie .....	231
a) Zweikammersystem der Landstände .....	233
b) Gesetzgebungsrecht der Kammer .....	234
c) Regierung durch Minister .....	236
d) Gewährung von Grundrechten .....	238
V. Der Kampf um eine Reichsverfassung .....	239
1. Bestrebungen zu einer nationalstaatlichen Reform des Deutschen Bundes ...	239
2. Bundesorgane und politische „Bewegungen“ im Wettstreit .....	240
a) Der Siebenerausschuß – Nationalvertretung „von unten“ .....	241
b) Initiative des Bundestages zur Revision der Bundesverfassung .....	242
c) Das Vorparlament und der Fünfzigerausschuß .....	242
d) Die Wahlen zur Nationalversammlung .....	243
3. Die Vorstellungswelt der Nationalversammlung: verfassunggebende Gewalt des Volkes, parlamentarisches Regierungssystem, unabhängige Reichsger- ichtsbarkeit und Grundrechte .....	245
a) Die Nationalversammlung als Träger der verfassunggebenden Gewalt des Volkes .....	247
b) Einführung einer provisorischen Zentralgewalt für Deutschland .....	248
c) Schaffung einer Reichsverfassung und die Beratungen über Grundrechte α) Individualfreiheitsrechte .....	253
β) Soziale Grundrechte .....	254
γ) Reichsgesetz betreffend die Grundrechte des deutschen Volkes vom 27. Dezember 1848 .....	256
d) Schaffung eines Reichsgerichts .....	256
4. Konstruktion des Reichsoberhauptes: Die Entscheidung zwischen groß- deutschem oder kleindeutschem Reich .....	258
a) Forderung Österreichs nach vollständiger Zugehörigkeit zum deutschen Bundesstaat .....	259
b) Ausschluß Österreichs aus dem neuen Deutschen Reich .....	259
c) Der preußische König als deutscher Kaiser .....	260
5. Scheitern des Kampfes um die Reichsverfassung .....	261
VI. Das Auseinanderbrechen des Deutschen Bundes .....	263
1. Fortwirken der Idee einer deutschen Einigung .....	263
2. Der preußische Unionsplan .....	264
3. Spaltung des Bundes und Rückkehr zur restaurativen Politik .....	265
4. Der österreichisch-preußische Dualismus .....	267
a) Hegemonialmachtstreben Österreichs .....	267

	Seite
b) Widerstand Preußens .....	267
c) Auswirkungen für den Fortgang der deutschen Angelegenheiten .....	268
5. Untauglichkeit der Staatskonstellation des Deutschen Bundes zur Bewältigung europäischer Konflikte .....	268
a) Der Krimkrieg .....	269
b) Die Neuenburg-Frage .....	269
c) Der österreichisch-italienische Krieg von 1859 .....	270
d) Der Streit um die schleswig-holsteinischen Herzogtümer .....	271
6. Reformvorschläge .....	273
a) Die Würzburger Koalition .....	273
b) Preußische Pläne .....	274
c) Österreichische Pläne .....	274
d) Das Scheitern der Reformpläne – Preußens Rücktritt vom Bundesvertrag .....	276
7. Die Schlacht bei Königgrätz und die Auflösung des Deutschen Bundes .....	278

## 2. KAPITEL

### DIE ERRICHTUNG DES DEUTSCHEN NATIONALSTAATES

#### 1. ABSCHNITT. DER MONARCHISCHE DEUTSCHE STAAT

##### § 127 DER NORDDEUTSCHE BUND

I. Die Gründung des Norddeutschen Bundes .....	286
1. Preußen als deutsche Führungsmacht und die Idee des Nationalstaates .....	286
2. Scheitern der Reform des Deutschen Bundes und Abschluß des Augustbündnisses als völkerrechtliche Grundlage des Norddeutschen Bundes ...	288
a) Das Augustbündnis als Offensiv- und Defensivbündnis mit der Verpflichtung zur Errichtung eines „neuen Bundesverhältnisses“ .....	291
b) Das Augustbündnis als Vertrag zur Errichtung eines Bundesstaates .....	291
3. Der Ablauf der Bundesgründung nach dem Bündnisvertrag .....	292
a) Die Schaffung der gesetzlichen Grundlagen für die Wahl zum konstituierenden Reichstag .....	293
b) Die Wahlen zum Reichstag .....	293
c) Die „Feststellung“ des Verfassungsentwurfes durch die Regierungsbevollmächtigten .....	294
d) Bewertung des Regierungsentwurfes .....	295
4. Die Annahme des Verfassungsentwurfes im Reichstag – Inkrafttreten der Bundesverfassung am 1. Juli 1867 .....	296
II. Rechtsgrundlagen und Verfassung des Norddeutschen Bundes ..	298
1. Die Entstehung des Norddeutschen Bundes: Gleichzeitigkeit von Staatsgründung und Verfassungsgebung – Theorien .....	298
a) Faktizitätstheorie ( <i>G. Jellinek</i> und <i>Ph. Zorn</i> ) .....	299
b) Legalitätstheorie ( <i>M. v. Seydel</i> und <i>P. Laband</i> ) .....	299
c) Vertrags- oder Vereinbarungstheorie ( <i>K. Binding</i> ) .....	300
d) Staatsgründung und Verfassungsgebung als Gesamtwillenserklärung teils völkerrechtlichen, teils staatsrechtlichen Charakters .....	300
2. Die Verfassung des Norddeutschen Bundes .....	301
a) Die obersten Bundesorgane .....	301
α) Der Bundesrath .....	301
β) Das Präsidium des Bundes .....	302
γ) Der Bundeskanzler .....	303
δ) Der Reichstag .....	305

	Seite
b) Die Kompetenzverteilung zwischen Bund und Mitgliedstaaten .....	305
c) Die Verfassung des Norddeutschen Bundes als Organisationsstatut – das Fehlen von Grundrechten .....	306
3. Der Norddeutsche Bund als Bundesstaat – Verdichtung der Integration zur Schaffung unitarischer Strukturen .....	308
4. Der Norddeutsche Bund als neues Völkerrechtssubjekt .....	310
a) Bundespräsidium und Bundeskanzler als Machtzentrum .....	310
b) Die Bundesgesetzgebung – Tendenz zur Rechtsvereinheitlichung .....	312
III. Die Beziehungen zu den süddeutschen Staaten .....	312
1. Art. IV des Prager Friedensvertrages .....	312
a) Scheitern eines Südbundes – Wille zur Verbindung mit dem Norddeutschen Bund .....	312
b) Fortsetzung der Zoll- und Handelsvereinspolitik .....	313
2. Die Beitrittsmöglichkeit nach Art. 79 Abs. 2 NBV .....	314
a) Die politische Stimmung in Baden, Württemberg und Bayern .....	315
b) Die nationale Grundströmung .....	316
c) Die Krise um Luxemburg – kein casus foederis aufgrund der Schutz- und Trutzbündnisse .....	317
d) Die Lösung der deutschen Frage durch die europäische Politik .....	317
IV. Der Krieg mit Frankreich .....	318
1. Bismarcks Reichspläne und die französische Politik – „Revanche pour Sadowa“ .....	318
2. Die hohenzollernsche Thronkandidatur in Spanien .....	318
3. Die „Emser Depesche“ .....	320
4. Der Krieg mit Frankreich als nationaler Krieg .....	322
5. Der Ablauf des Krieges und der Sturz des Empires in Frankreich – Präliminarfrieden von Versailles .....	323
6. Kaiserproklamation, Gründung des Deutschen Reiches und Friedensschluß mit Frankreich .....	324

## § 128 DAS DEUTSCHE REICH

I. Die Entstehung des Deutschen Reiches 1870/71 .....	329
1. Die Vereinigung der süddeutschen Staaten mit dem Norddeutschen Bund ..	329
2. Die Haltung der süddeutschen Regierungen zur Einheit .....	329
a) Baden .....	330
b) Württemberg .....	330
c) Hessen-Darmstadt .....	330
d) Bayern .....	330
e) Die unterschiedlichen Pläne der Länder .....	331
3. Das preußische von <i>Bismarck</i> inspirierte Einigungsprogramm .....	331
4. Die Verfassungsverträge vom November 1870 – Aufnahme der Südstaaten in den zum Deutschen Bund erweiterten Norddeutschen Bund – Anerkennung der modifizierten Bundesverfassung und wichtiger Bundesgesetze .....	332
a) Die Wiederbelebung der Titel „Kaiser“ und „Reich“ .....	334
α) Die Vorstellungen König <i>Wilhelms I.</i> .....	335
β) Die Kaiserproklamation vom 18. Januar 1871 .....	336
b) Die Ratifizierung der Novembervträge durch Zustimmung der Volksvertretungen .....	337
c) Die Neuredigierung der Norddeutschen Bundesverfassung .....	337

	Seite
5. Unterschiede und Parallelen zur Gründung des Norddeutschen Bundes – die Zustimmung der Volksvertretungen als konstitutives Element bei der Reichsgründung .....	339
a) Die Reichsgründung durch Erweiterung des Norddeutschen Bundes um die Südstaaten (Gesamtakts- bzw. Identitätstheorie) .....	339
b) Das Deutsche Reich als staatliche Neugründung .....	340
c) Keine praktische Bedeutung der unterschiedlichen Beurteilung .....	341
d) Parallelen zur Wiedervereinigung 1990 .....	341
6. Völkerrechtliche Aspekte – Art. IV des Prager Friedensvertrages .....	342
II. Das Deutsche Reich als nationale, föderative und konstitutionelle Monarchie .....	343
1. Das Deutsche Reich als „Fehlgründung“? – Analyse der „rechtlichen Natur des Reiches“ .....	343
a) Die Reichsgründung 1870/71 als Ergebnis der Nationalbewegung .....	344
b) Das Deutsche Reich als Bundesstaat .....	345
c) Der monarchische Charakter des Deutschen Reiches .....	346
d) Das Deutsche Reich als konstitutionelle Monarchie .....	346
e) Der Blick auf die Realverfassung: Machtstaat oder Rechtsstaat? .....	347
2. Das Nationalstaatsprinzip als die beherrschende staatsbildende Triebkraft .....	347
a) Der Begriff Nation .....	348
b) Das Wesen der Nation .....	349
c) Der Nationalstaat .....	350
d) Das Deutsche Reich im Konzert der europäischen Mächte .....	351
3. Das Deutsche Reich als hegemonialer Bundesstaat – Dominanz Preußens .....	352
4. Das Deutsche Reich als Monarchie .....	353
a) Gesamtheitlich monarchischer Status des Bundesstaates – Homogenität .....	353
b) Personal- und Realunion zwischen preußischem Königtum und deutschem Kaisertum .....	354
5. Das Deutsche Reich als konstitutionelle Monarchie und Rechtsstaat – Stellung des Militärs .....	355
III. Die Reichsverfassung von 1871 .....	356
1. Die Reichsverfassung als Frucht des deutschen Konstitutionalismus .....	356
a) Die Reichsverfassung als Werk des Hochkonstitutionalismus mit den grundlegenden Regeln der Staatsorganisation – Fehlen von Grundrechten und Defizite bei der Gewaltenteilung .....	357
b) Aufteilung des Verfassungsrechts auf die Verfassungsurkunde und auf andere Verfassungstexte .....	358
c) Das monarchische Gewicht bei der Verfassunggebung – schwache Beteiligung des Volkes als Träger der verfassunggebenden Gewalt .....	358
d) Die Reichsverfassung als Mischverfassung besonderer Art .....	359
2. Das Fehlen von Grundrechten .....	360
a) Die Grundrechtsdebatte im Reichstag .....	361
b) Gründe für die Ablehnung von Grundrechten .....	362
c) Subjektive öffentliche Rechte in einfachen Reichsgesetzen .....	362
3. Die Gesetzgebungskompetenzen des Reiches .....	363
a) Ausschließliche und fakultative (konkurrierende) Zuständigkeiten des Reiches – „Reichsrecht bricht Landesrecht“ .....	365
b) Ausübung der Reichsgesetzgebung durch Bundesrath und Reichstag – formelles Prüfungsrecht des Kaisers – Gesetzesinitiative .....	365
c) Gesetze im formellen und materiellen Sinne – Maßnahmegesetze .....	366
d) Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften .....	367
4. Die Reichsorgane .....	367
a) Der Kaiser als Träger des Bundespräsidiums .....	368

## Inhaltsverzeichnis

	Seite
α) Persönliche Rechte .....	369
β) Regierungskompetenzen – das System der Kanzlerregierung .....	369
b) Der Bundesrath .....	370
α) Doppelnatur – föderative und unitarische Komponenten .....	371
β) Die Kompetenzen des Bundesrathes als Reichsorgan .....	371
c) Der Reichstag als nationales Repräsentationsorgan .....	372
α) Das Reichswahlgesetz – allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlen mit absoluter Mehrheitswahl .....	372
β) Der Reichstag als Gesetzgebungsorgan .....	373
γ) Die Kontrollbefugnisse des Reichstages: Resolutionen, Interpellationen, Mißbilligungsvoten – Verantwortlichkeit des Reichskanzlers nach Art. 17 Satz 2 RV .....	373
δ) Keine Kontrolle der kaiserlichen Kommandogewalt und der Personalentscheidungen im Heer und in der Marine .....	374
ε) Die Legislaturperiode .....	375
ζ) Die Rechtsstellung der Abgeordneten .....	375
5. „Kanzlerregierung“ und Reichsverwaltung – Reichskanzleramt und Reichsämtler .....	376
a) Die Entwicklung der Reichsämtler .....	377
b) Reichsstaatssekretäre als „Ressortminister“ .....	378
c) Die Unzulänglichkeiten des Regierungssystems .....	378
6. Die „richterlichen Reichsbehörden“ .....	378
a) Die Reichsjustizgesetze .....	379
b) Das Reichsgericht in Leipzig .....	380
c) Andere Reichsgerichte .....	380
d) Keine Verfassungsgerichtsbarkeit im klassischen Sinne – die Rolle des Bundesrathes .....	381
7. Die Grundzüge der Verwaltung nach der Reichsverfassung .....	382
a) Die auswärtige Gewalt .....	383
b) Das Militärwesen .....	385
α) Das Reichsheer .....	386
β) Das Institut der Kommandogewalt .....	386
c) Die Finanzverfassung .....	388
α) Teilung der Einnahmequellen und Matrikularbeiträge der Länder ....	388
β) Direkte Steuern als Reichs- und Landessteuern .....	390
γ) Die Reichshaushaltsgesetze .....	390
δ) Die Rechnungsprüfung .....	391
8. Die Aufsicht im Bundesstaat .....	391
a) Selbständige und abhängige Reichsaufsicht .....	392
b) Der Mängelfeststellungsbeschluß des Bundesrathes .....	393
9. Die kommunale Selbstverwaltung .....	393
10. Das Reichsbeamtentum .....	394
a) Das Reichsbeamtentum als Repräsentations- und Integrationsorgan höchsten Ranges .....	395
b) Die Rechtsstellung der Reichsbeamten – das Reichsbeamtenengesetz .....	395
11. Die politischen Parteien .....	396
IV. Die Entwicklung von Staat und Verfassung im kaiserlichen Deutschland bis zur Entlassung <i>Bismarcks</i> 1890 .....	398
1. Das Kaiserreich im Spiegel der Historiographie – Überblick über die ver- fassungsgeschichtliche Betrachtung: der Grundcharakter der Reichsverfas- sung von 1871 – <i>Bismarck</i> als bestimmende politische Kraft bis 1890 .....	398
2. Das „System Bismarck“ .....	402
a) Die institutionelle Seite des Systems Bismarck .....	402

	Seite
α) Reichskanzler und Staatssekretäre, das sog. Stellvertretergesetz – Spezifika des konstitutionellen Regierungssystems: Verhältnis des Reichskanzlers zu Kaiser, Bundesrath und Parlament .....	402
β) Vom Fürstenbund zum unitarischen Bundesstaat .....	405
αα) Die Reservatrechte und die preußische Hegemonie .....	405
ββ) Kombination föderativer und unitarischer Elemente im Bundesstaat .....	406
γ) Die politischen Parteien – Entstehung und Verankerung im Parlament .....	408
αα) <i>Bismarcks</i> Bündnis mit Konservativen und Nationalliberalen .....	409
ββ) Die Mitte-rechts-Koalition nach 1878 .....	410
δ) Die Befugnisse des Parlaments .....	411
αα) Gesetzgebung .....	412
ββ) Haushaltswesen .....	413
b) Die Innenpolitik <i>Bismarcks</i> .....	413
α) Freihandel als wirtschaftspolitische Maxime .....	414
β) Übergang zur Schutzzollpolitik und Schaffung eines Sozialversicherungssystems .....	415
γ) Das Streben nach Rechts- und Gerichtseinheit: Reichskompetenz für das gesamte bürgerliche Recht, Reichsjustizgesetze und Errichtung des Reichsgerichts – Rechtsstaatlichkeit .....	417
δ) Stärkung der Finanzkraft durch die Steuerreform .....	419
ε) Frontstellung gegen die Katholiken (sog. Kulturkampf) .....	420
αα) Das Staatskirchenrecht (Kirchenstaatsrecht) in den Verfassungen des Konstitutionalismus .....	421
ββ) „Grenzentscheidungsmacht“ für staatliche und kirchliche Angelegenheiten – Kampf gegen den politischen Katholizismus und den Papst als auswärtigen Souverän .....	422
γγ) Die Kampfgesetze in Reich und Ländern .....	423
δδ) Der Friedensschluß .....	424
ζ) Bekämpfung der Sozialisten als „Reichsfeinde“ .....	425
αα) Allgemeiner deutscher Arbeiterverein und Sozialdemokratische Arbeiterpartei .....	426
ββ) Das Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie (sog. Sozialistengesetz) .....	427
γγ) Die Wirkungen des Verbots: Anstieg der Mandatzahl .....	428
c) Die Außenpolitik <i>Bismarcks</i> .....	428
α) Der Reichskanzler als Lenker der Außenpolitik .....	429
β) Der Einfluß des Reichstages auf die auswärtige Politik .....	429
γ) Die Grundsatzpositionen in <i>Bismarcks</i> Außenpolitik .....	430
αα) Bündnisverträge mit Österreich-Ungarn, Rußland und Italien: Dreikaiserabkommen, Zwei- und Dreibund sowie der sog. Rückversicherungsvertrag .....	430
ββ) Das Vertragssystem in der Rückschau .....	431
γγ) Der Berliner Kongreß 1878 .....	431
δ) Der Erwerb der Kolonien .....	432
αα) Originäre Errichtung der Schutzhoheit durch Okkupation .....	432
ββ) Staatsrechtliche Stellung der Schutzgebiete .....	432
3. <i>Friedrich III.</i> .....	433
V. Die Wilhelminische Ära bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges .....	435
1. Das „persönliche Regiment“ <i>Wilhelms II.</i> – der „Neue Kurs“ – Änderung der Realverfassung .....	435
2. Entfremdung zwischen Kaiser und Reichskanzler – <i>Bismarcks</i> Entlassung .....	438
3. Reichskanzler <i>Leo Graf von Caprivi</i> .....	441

## Inhaltsverzeichnis

	Seite
a) Innenpolitik .....	442
α) Die <i>Miquelsche</i> Steuerreform .....	442
β) Die Kommunalreform in Preußen .....	443
γ) Militärvorlagen und Umsturzvorlagen – Entlassung <i>Caprivis</i> .....	443
b) Außenpolitik .....	445
α) Kolonialpolitik .....	445
β) Nichterneuerung des Rückversicherungsvertrages .....	445
γ) Konzentration auf den Zwei- und Dreibund .....	446
c) Das Scheitern von <i>Caprivis</i> „Neuem Kurs“ .....	446
4. Reichskanzler <i>Clodwig Fürst zu Hohenlohe-Schillingsfürst</i> .....	446
a) Personalpolitik – stärkere Eingriffe des Kaisers .....	447
b) Gesetzgebung unter <i>Hohenlohe</i> .....	447
c) Bürgerliches Gesetzbuch und Neufassung des Handelsgesetzbuchs .....	448
d) Abschied <i>Hohenlohes</i> im Oktober 1900 .....	449
5. Reichskanzler <i>Bernhard Fürst von Bülow</i> .....	449
a) Personelle Veränderungen .....	450
b) Verhältnis zum Reichstag .....	451
c) <i>Bülow</i> s Gesetzgebungsprogramm .....	451
d) <i>Bülow</i> s Außenpolitik: der „Platz an der Sonne“ und die Flottenpolitik – Beginn der deutschen Isolierung .....	452
α) Die Krüger-Depesche des Kaisers – der Kaiserbesuch in Tanger und der Panthersprung nach Agadir .....	453
β) Das Daily-Telegraph-Interview des Kaisers .....	453
e) <i>Bülow</i> s Entlassung .....	454
f) Fortschreitende Parlamentarisierung des konstitutionellen Systems (sog. <i>Bülowblock</i> ) .....	455
6. Reichskanzler <i>Theobald von Bethmann Hollweg</i> .....	456
a) Neue Persönlichkeiten für die Reichsleitung .....	456
b) Beziehungen zum Parlament – die Politik der „Diagonale“ – die sog. <i>Zabernaffäre</i> .....	456
c) Innenpolitik .....	458
α) Verfassungs- und Verwaltungsgesetze, Finanz- und Steuergesetze, Militärwesen, Flottennovelle, Sozialversicherung und Arbeiter- schutz .....	458
β) Mißerfolge in der Gesetzgebungspolitik .....	458
d) Außenpolitik .....	459
α) Flottenrüstung .....	460
β) Marokko- und Balkankrise .....	461
VI. Der Untergang des monarchischen Reiches im Ersten Welt- krieg .....	463
1. Der Erste Weltkrieg als „Urkatastrophe“ des 20. Jahrhunderts .....	463
2. Der Kriegsausbruch am 1. August 1914 – Zweifrontenkrieg .....	464
a) Die Kriegsschuldfrage – Art. 231 des Versailler Vertrages .....	465
b) Die Verantwortlichen im deutschen Verfassungssystem: Exekutive, mili- tärische Führungsorgane, Reichskanzler, Kaiser, Bundesrath, Reichstag ..	466
α) Das Kriegszustandsrecht: vollziehende Gewalt der Militärbefehlshaber, Kriegsermächtigungsgesetz .....	468
β) Organisation des Militärwesens .....	470
γ) Verhältnis zwischen militärischer und politischer Führung – Primat der Politik oder Militärregime? .....	471
3. Der Verlauf des Ersten Weltkrieges .....	472
a) Westfront, Ostfront, Balkan, Italien – „uncingeschränkter U-Boot- Krieg“ .....	472
b) Verschlechterung der Lage 1916 und 1917 .....	473

	Seite
c) Friedensschluß im Osten am 3. März 1918 – Stellungskrieg im Westen – Zusammenbruch Bulgariens und Österreich-Ungarns .....	473
4. Die Kriegsziele und der Weg zum Frieden .....	474
a) <i>Bethmann Hollwegs</i> Position .....	474
b) Einleitung von Friedensschritten – Friedensresolution des Reichstages vom 19. Juli 1917 – Berufung von <i>Georg Michaelis</i> zum Reichskanzler ....	475
c) Die Position <i>Michaelis</i> – Scheitern der päpstlichen Friedensinitiativen .....	477
d) Der Friedensvertrag von Brest-Litowsk .....	478
e) Keine Friedensschlüsse im Westen – Waffenstillstand am 11. November 1918 in Compiègne .....	479
5. Die Innenpolitik – Aktualität von Verfassungsreformen .....	479
a) Gleiches Wahlrecht in Preußen .....	480
b) Beginn der Parlamentarisierung der Reichsleitung .....	480
α) Aufnahme von Parlamentariern in die Regierung unter Reichskanzler <i>Georg Graf von Hertling</i> .....	481
β) Die Inkompatibilitätsregelungen in Art. 9 Satz 2 und Art. 21 Abs. 2 RV .....	482
γ) Die „kleine Reichswahlreform“ .....	482
δ) Keine Lösung der preußischen Wahlrechtsfrage .....	482
ε) Rücktritt von <i>Hertlings</i> – Einführung des parlamentarischen Systems ...	483
c) Reichskanzler <i>Max von Baden</i> – Kanzlerregierung – Fortschritte bei der Parlamentarisierung der Regierung .....	484
α) Streichung der Inkompatibilitätsregelung des Art. 21 Abs. 2 RV – Änderung des Stellvertretergesetzes .....	485
β) Zustimmung des Reichstages zu Kriegserklärung und Friedensschluß (Art. 11 RV) – parlamentarische Verantwortlichkeit der Reichsregierung .....	485
γ) Die Kaiserfrage .....	486
αα) Bemühungen des Reichskanzlers um die Abdankung des Kaisers .	488
ββ) Verzicht auf die kaiserlichen Rechte – vorzeitige Bekanntmachung der Abdankung .....	489
γγ) Die formelle Abdankungserklärung vom 28. November 1918 – Ende der preußisch-deutschen Monarchie – Thronverzicht der Bundesfürsten .....	490
6. Demokratisch-parlamentarische Monarchie und Staatswirklichkeit – die Novemberrevolution .....	491
a) Marineaufstände in Kiel .....	492
b) Süddeutschland: „demokratische und soziale Republik Baiern“ .....	493
c) Revolutionäre Weichenstellung in Berlin .....	493
d) Der 9. November 1918: revolutionäre Machtübernahme durch die Sozialdemokraten, <i>Friedrich Ebert</i> als Reichskanzler, Ausrufung der Republik durch <i>Philipp Scheidemann</i> .....	494
α) Verfassungswidrigkeit der unmittelbaren Übertragung des Reichskanzleramtes durch <i>Max von Baden</i> auf <i>Friedrich Ebert</i> .....	496
β) Die Amtsübergabe von Reichskanzler zu Reichskanzler als Verfassungsbruch zur „Rettung des Reiches“ .....	496
γ) Die Ausrufung der Republik als Verfassungsbruch und revolutionärer Akt .....	496
δ) Rascher Übergang zu verfassungsmäßigen Zuständen .....	497
7. Waffenstillstand – das Bündnis <i>Ebert-Groener</i> – der „Rat der Volksbeauftragten“ .....	497
a) Bildung des „Rates der Volksbeauftragten“ .....	498
b) Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten .....	499
c) Der „Rat der Volksbeauftragten“ als höchstes Staatsorgan mit souveräner Gewalt .....	500

	Seite
α) Gesetzgeber ohne Konkurrenz des Reichstages .....	500
β) Entmachtung des Bundesrates .....	501
γ) Wahrnehmung aller Exekutivaufgaben .....	501
d) Das Bündnis <i>Ebert-Groener</i> .....	501
e) Das Programm des „Rates der Volksbeauftragten“ vom 12. November 1918 als „erstes Verfassungsgesetz der revolutionären Übergangszeit“ – das Programm des „Vollzugausschusses“: „Alle Macht den Räten“ .....	502
α) Scheitern des „Vollzugausschusses“ .....	504
β) Vorentscheidung für die Wahl zur Nationalversammlung .....	505
f) Votum des „Allgemeinen Deutschen Rätekongresses“ gegen eine Räteverfassung und für die Wahl zur Nationalversammlung am 19. Januar 1919 – Putschversuch und Kämpfe .....	505
g) Das Parteiensystem – Bekenntnis zur parlamentarischen Demokratie – Sicherung der Einheit des Reiches .....	507

## 2. ABSCHNITT. DER ERSTE REPUBLIKANISCHE DEUTSCHE STAAT

### § 129 DIE WEIMARER REPUBLIK

I. Die verfassunggebende Nationalversammlung und das Gesetz über die vorläufige Reichsgewalt .....	512
1. Politische und juristische „Grunddokumente“ am Beginn der ersten deutschen Republik .....	512
2. Einrichtung und Wahl einer verfassunggebenden Nationalversammlung .....	514
a) Das Reichswahlgesetz und die Wahlordnung vom 30. November 1918 ..	514
b) Das Wahlergebnis vom 19. Januar 1919 .....	515
c) Die Einberufung der Nationalversammlung nach Weimar zum 6. Februar 1919 .....	516
3. Das Gesetz über die vorläufige Reichsgewalt .....	517
a) Die Nationalversammlung als Verfassungsgeber .....	518
b) Die Einrichtung eines „Staatausschusses“ .....	519
c) Der Reichspräsident .....	519
4. Die parlamentarische Konstituierung der neuen Reichsorgane .....	520
a) Die Wahl <i>Friedrich Eberts</i> zum Reichspräsidenten .....	520
b) Die Bildung und Organisation der Reichsregierung .....	510
5. Die Nationalversammlung als Übergangsverfassungsgeber und Gesetzgeber ..	521
a) Das Übergangsgesetz vom 4. März 1919 .....	521
b) Das Reichsgesetz über die Bildung einer vorläufigen Reichswehr vom 6. März 1919 .....	522
c) Das Sozialisierungsgesetz .....	522
d) Ermächtigungsgesetze .....	522
e) Weitere Gesetze .....	522
II. Innere und äußere Kämpfe während der Arbeiten der Nationalversammlung .....	523
1. Die innen- und außenpolitischen Herausforderungen des Jahres 1919 .....	524
2. Die bewaffneten Umsturzversuche zwischen Januar und Juni 1919 .....	523
a) Resolutionen und Agitationen des Arbeiter- und Soldatenrates sowie der Kommunistischen Partei Deutschlands .....	524
b) Die Lage in Braunschweig, Bremen und beim Generalstreik im Ruhrgebiet sowie die Streiks in Sachsen und Thüringen .....	524
c) Generalstreik in Berlin und Spartakusaufstand .....	525

	Seite
d) Erneute Streiks und kommunistische Ausschreitungen .....	525
e) Die „Räterepublik Baiern“ .....	525
3. Die rheinischen Separationspläne .....	526
4. Der polnische Separatismus: Gebietsverluste in Posen, Westpreußen und Schlesien .....	528
5. Gebietserweiterungen im Süden .....	529
a) Die Bildung eines deutsch-österreichischen Staates .....	529
b) Deutsch-Österreich als Bestandteil der Deutschen Republik und der Anschluß Deutsch-Österreichs .....	530
6. Das französische Kriegsziel und das Friedensdiktat von Versailles .....	530
a) Die ungemaine Härte der Deutschland auferlegten Friedensbedingungen	532
b) Die Aufforderung zur Entgegennahme der Friedensbedingungen .....	533
c) Das Friedensultimatum vom 16. Juni 1919 .....	534
α) Erneute Beratungen über die Friedensbedingungen .....	534
β) Die Einverständniserklärung der Nationalversammlung zur Unter- zeichnung des Friedensvertrages .....	535
γ) Die Unterzeichnung des Versailler Vertrages und des Rheinland- abkommens am 28. Juni 1919 .....	537
d) Die „Schmach“ des Versailler Vertrages und die „Dolchstoßlegende“ .....	537
e) Der Eingriff in Gestalt und innere Ordnung der neuen Republik .....	539
III. Die Entstehung der Weimarer Reichsverfassung .....	541
1. Der Auftrag an <i>Hugo Preuß</i> zur Ausarbeitung eines Entwurfs einer Reichs- verfassung .....	541
a) Die Berliner Besprechung .....	542
b) Der Entwurf I vom 3. Januar 1919 .....	543
c) Der Entwurf II vom 20. Januar 1919 .....	543
2. Der Widerstand der Länder gegen die Entwürfe .....	544
a) Die Staatenkonferenz vom 25. Januar 1919 als Vorläufer des Staatenaus- schusses .....	544
b) Der Entwurf III – bundesstaatlicher Verfassungsentwurf .....	545
3. Die erste Lesung des Entwurfs in der Nationalversammlung .....	545
a) Die Rede <i>Hugo Preuß</i> ' zur Begründung des Verfassungsentwurfs .....	546
b) Hauptredner der Regierungsparteien .....	547
α) <i>Richard Fischer</i> .....	547
β) <i>Peter Spahn</i> .....	547
γ) <i>Erich Koch</i> .....	547
c) Hauptredner der Oppositionsparteien .....	548
α) <i>Clemens von Delbrück</i> .....	548
β) <i>Rudolf Heinze</i> .....	549
γ) <i>Oskar Cohn</i> .....	549
d) Die Zurückweisung der Kritik durch <i>Preuß</i> .....	550
e) Gegner und Verteidiger des Entwurfs in der zweiten Rednerrunde .....	550
4. Die Arbeit des Verfassungsausschusses der Nationalversammlung .....	551
5. Die zweite Lesung des Entwurfs in der Nationalversammlung .....	552
6. Die dritte Lesung des Entwurfs in der Nationalversammlung – Ausfertigung und Inkrafttreten der Weimarer Reichsverfassung .....	552
7. Das Verhältnis zwischen dem durch die Weimarer Reichsverfassung kon- stituierten Reich und dem Deutschen Reich von 1871 .....	554
8. Die Weimarer Reichsverfassung als „hingenommene Verfassung“ .....	555
IV. Grundentscheidungen und wesentlicher Inhalt der Weimarer Reichsverfassung .....	557
1. Strukturelemente der neuen Verfassungsordnung .....	557

	Seite
a) Die Alternative zwischen Räteherrschaft und parlamentarischer liberaler Demokratie .....	558
b) Die Ausgestaltung des Regierungssystems .....	559
c) Die Beziehungen zwischen dem Reich und den Gliedstaaten .....	559
d) Die Einfügung eines Grundrechtskataloges in die Reichsverfassung .....	559
e) Die Einrichtung des Reichspräsidentenamtes .....	560
f) Die Frage nach den staatlichen Symbolen .....	560
g) Die Haltung der Weimarer Reichsverfassung zum Völkerrecht .....	561
h) Der „materiale“ und „werthafte“ Charakter der neuen Reichsverfassung und der große „Verfassungskonsens“ .....	561
2. Die Entscheidung für eine demokratische Republik .....	563
a) Die monarchische Idee in Deutschland und ihr Untergang .....	563
b) Die Republik als umfassendes Programm .....	565
3. Die demokratische Grundlage der Weimarer Reichsverfassung .....	567
a) Das freie Mandat der Abgeordneten .....	568
b) Plebiszitäre Komponenten – unmittelbare Wahl des Reichspräsidenten – die „Doppel-Repräsentation“ .....	569
c) Das Verhältniswahlrecht – Parteienzersplitterung im Reichstag .....	570
d) Das „hinkende parlamentarische Regierungssystem“ .....	572
α) Keine Beteiligung des Reichstages an der Regierungsbildung .....	572
β) Der Mißtrauensbeschluß des Reichstages .....	574
4. Stärkung der unitarischen Komponenten des Bundesstaates .....	574
a) Die Kontroverse Bundesstaat – Einheitsstaat .....	576
α) Die Neugliederung der Länder .....	577
β) Die Homogenität zwischen der Reichs- und den Landesverfassungen .....	578
b) Das Verhältnis zwischen dem Reich und den Ländern .....	579
α) Die Verteilung der Gesetzgebungszuständigkeit .....	581
β) Die Zuständigkeit des Reiches im Verwaltungsbereich .....	582
αα) Die „Verreichlichung“ der Finanzverwaltung .....	583
ββ) Die Reichsaufsicht .....	584
c) Die Suprematie des Reiches .....	585
5. Die staatlichen Hauptorgane .....	586
a) Der Reichstag .....	587
α) Vierjährige Wahlperiode – das Selbstversammlungsrecht – das Auflösungsrecht des Reichspräsidenten .....	588
β) Die Kontrollbefugnisse .....	589
γ) Die Stellung der Abgeordneten .....	590
δ) Die Gestaltung der Gesetzgebung des Reiches .....	590
b) Der Reichspräsident – Kombination von plebiszitären, parlamentarischen und gouvernementalen Elementen – seine Befugnisse im Überblick .....	591
α) Der Reichspräsident als „Hüter der Verfassung“ .....	594
β) Das Recht zur Herbeiführung eines Volksentscheids über ein Gesetz .....	595
γ) Recht zur Auflösung des Reichstages .....	595
δ) Die materielle Regierungsbildung – der Reichspräsident als „aktiver Faktor der Regierungsmacht“ .....	596
e) Die oberste militärische Befehlsgewalt .....	598
ζ) Das Regime des Art. 48 WRV: Die „Diktaturgewalt des Reichspräsidenten“ .....	598
αα) Der Unterschied zum sog. Belagerungszustand .....	602
ββ) Die Störung oder Gefährdung der „öffentlichen Sicherheit und Ordnung“ – zunehmende Ausdehnung der tatbestandlichen Voraussetzung des Art. 48 WRV .....	603
γγ) Die weite Auslegung des Begriffes der „Maßnahmen“ i. S. d. Art. 48 WRV – die gesetzlichen Anordnungen und die „Notverordnungen“ .....	604
δδ) Die Schranken der Notverordnungsgewalt .....	605

	Seite
c) Die Reichsregierung und der Reichskanzler .....	606
α) Das Kanzler-, Ressort- und Kabinettsprinzip .....	609
β) Das Mißtrauensvotum .....	610
γ) Der Reichspräsident als letzte „Legalitätsreserve“ – das Präsidialkabinett .....	611
d) Der Reichsrat .....	612
α) Das abgestufte Stimmrecht .....	613
β) Die Mitwirkung bei der Gesetzgebung .....	615
γ) Die Mitwirkungsbefugnisse bei der Reichsverwaltung .....	616
e) Der Reichswirtschaftsrat .....	617
6. Die Dreiteilung der Staatsgewalt .....	618
a) Gesetze im formellen und im materiellen Sinne .....	620
b) Die Inhaltsoffenheit der Gesetze .....	620
α) Das Gesetzgebungsverfahren .....	621
β) Besonderes Gesetzgebungsverfahren für das Haushaltsgesetz .....	623
c) Das Volksgesetzgebungsverfahren .....	623
α) Versuche zur Volksgesetzgebung .....	625
β) Das Verhältnis zwischen „Volksgesetz“ und Parlamentsgesetz .....	627
d) Die gegenständliche Unbeschränktheit der verfassungsändernden Gewalt .....	627
α) Die Einhaltung der formellen Voraussetzungen .....	628
β) Die Lehre vom Schutz des Verfassungskerns .....	628
γ) Stillschweigende Verfassungsänderungen durch Gesetz .....	629
δ) Der schleichende Verfassungswandel .....	630
e) Die (Rechts-)Verordnung – das Problem der gesetzesvertretenden Verordnungen .....	630
α) Die Ermächtigungs- oder Notgesetze als Grundlage der „Vollmacht-Verordnungen“ .....	631
β) Die „Maßnahmen“ nach Art. 48 Abs. 2 WRV – die Notverordnungen .....	633
αα) Wirtschaftlich-finanzielle und soziale Ausnahmesituationen als Anlaß für Notverordnungen .....	634
ββ) Die unbegrenzte Interpretation des Tatbestandes .....	635
γγ) Der Eingriff in Grundrechte .....	635
δδ) Die Bindung der Diktaturgewalt an den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit .....	636
f) Der Aufbau der Reichsverwaltung .....	636
α) Die unitarische Tendenz der Reichsverwaltung – Reichsauftragsverwaltung .....	637
β) Die Beziehungen zu auswärtigen Staaten – stärkere Parlamentarisierung .....	638
γ) Die Abgrenzung der Zuständigkeiten zwischen Reichspräsidenten und Reichsregierung .....	639
g) Die Rechtsprechung .....	639
α) Die klassischen institutionellen Garantien .....	642
αα) Richterliche Unabhängigkeit und Gesetzesunterworfenheit – richterliches Prüfungsrecht .....	642
ββ) Unstatthaftigkeit von Ausnahmegewichten .....	644
γγ) Verbot des rückwirkenden Strafgesetzes .....	644
β) Die Einführung einer Verwaltungsgerichtsbarkeit im Reich .....	645
γ) Die Verfassungsgerichtsbarkeit auf Reichsebene – Errichtung eines Staatsgerichtshofes für das Deutsche Reich .....	646
αα) Einrichtung beim Reichsgericht – Besetzung .....	649
ββ) Zuständigkeiten des Reichsstaatsgerichtshofes .....	649
7. Die Aufnahme von Grundrechten .....	651

	Seite
a) Die Vorschläge des Unterausschusses des Verfassungsausschusses .....	654
α) Die „volksverständlichen Grundrechte“ <i>Friedrich Naumanns</i> .....	654
β) Der Kompromiß: Das „interfraktionelle Parteiprogramm“ .....	655
b) Das Einverständnis des Verfassungsausschusses .....	655
α) Der Kompromiß über das staatskirchenrechtliche Regime – der Weimarer „Schulkompromiß“ .....	656
β) Die Wirtschaftsordnung .....	657
c) Die Lesung im Plenum .....	657
d) Die Prinzipienfrage: Grundrechte als aktuelle Rechtssätze oder unverbindliche Programmsätze .....	660
α) Die Grundrechte als „Wechsel auf die Zukunft“ .....	661
β) Die Grundrechtsjudikatur des Reichsgerichts .....	662
γ) Der Aktualisierungsprozeß durch <i>R. Thoma</i> .....	663
δ) Der Widerstand <i>C. Schmitts</i> gegen diesen Auslegungsgrundsatz – der einzelfallbezogene Grundrechtsansatz von <i>G. Anschütz</i> .....	664
ε) Geltung der Grundrechte „nur im Rahmen der Gesetze“ ( <i>H. Krüger</i> ) .....	664
ζ) Die Leistung der deutschen Staatsrechtswissenschaft für die Dogmatik der Grundrechte .....	665
 V. Das Verfassungsleben im ersten Jahrzehnt der Weimarer Republik .....	 666
1. Die innere Annahme und Akzeptanz als „Verfassungsvoraussetzung“ – die Verfassungswirklichkeit .....	666
2. Die Weimarer Koalition – Einrichtung der Staatsorgane .....	668
a) Gesetze in bezug auf die obersten Staatsorgane .....	669
b) Haushaltsgesetz und Reichsabgabenordnung .....	669
c) Das Betriebsrätegesetz .....	670
d) Die Sozialisierungsgesetzgebung .....	670
e) Ermächtigungsgesetze .....	671
3. Putschversuche, Streiks, Aufstände, Revolten und politische Morde der Jahre 1920 bis 1923 .....	672
a) Eisenbahnerstreik – Demonstrationen linksradikaler Arbeiter .....	672
b) Der Kapp-Lüttwitz-Putsch .....	673
c) Der Arbeiteraufstand im Ruhrgebiet – weitere Aufstände in Thüringen und Sachsen-Gotha .....	674
d) Die Wahl zum ersten Reichstag .....	675
e) Die Attentate auf <i>Matthias Erzberger</i> und <i>Walther Rathenau</i> als politisch motivierte Morde – Verordnungen und Gesetze zum Schutz der Republik – die Verfassungstreupflichten der Beamten – das Scheitern der Republikschutzgesetzgebung .....	676
f) Der Putsch <i>Adolf Hitlers</i> vom 8./9. November 1923 .....	681
4. Das außenpolitische Geschehen: Erfüllungs- oder Revisionspolitik – Durchsetzung des Selbstbestimmungsrechts bei den Abstimmungen in den Ostgebieten – Reparationszahlungen und Stabilisierung der Währung .....	681
a) Die deutschen Reparationsleistungen .....	683
α) Die Londoner Reparationskonferenz .....	683
β) Die Annahme des Londoner Ultimatums .....	683
γ) Die Besetzung des Ruhrgebietes 1923 – der Widerstand .....	684
b) Die Währungsreform, die Rentenmark und die Lösung der Reparationskrise .....	685
α) Der Dawesplan .....	686
β) Der Youngplan .....	687
γ) Die Ablösung der Reparationsschuld auf der Lausanner Konferenz .....	689
c) Die Volksabstimmung in Oberschlesien und dessen Teilung .....	690

	Seite
5. Die Periode relativer Stabilisierung des Weimarer Staates – das Auseinanderfallen von Verfassungsrecht und Verfassungswirklichkeit .....	691
a) Regierungsbildungen mit unterschiedlichen Zielsetzungen .....	692
α) Das erste Kabinett unter <i>Marx</i> .....	692
β) Das zweite Kabinett unter <i>Marx</i> .....	693
γ) Die erste Bürgerblock-Regierung unter <i>Hans Luther</i> .....	694
δ) Das dritte Kabinett unter <i>Marx</i> .....	695
ε) Das vierte Kabinett unter <i>Marx</i> als zweite Bürgerblock-Regierung – ein Schwenk nach rechts .....	696
ζ) Die Große Koalition unter <i>Hermann Müller</i> – Problem der Wirtschafts- und Sozialpolitik – das Ende des parlamentarischen Regierungssystems .....	696
b) Die Reichs- und Verfassungsreform .....	698
α) Die Neugliederung des Reichsgebietes und der Dualismus zwischen dem Reich und Preußen .....	698
αα) Die Verfassungsdenkschrift Bayerns – der Bund zur Erneuerung des Reiches .....	699
ββ) Die Länderkonferenz .....	699
β) Die Reform des Regierungssystems und des Mißtrauensvotums .....	700
c) Die scheinbare Stabilität der Jahre von 1924 bis 1929 .....	701
α) Die Justiz der Weimarer Republik .....	702
αα) Die Strafgerichtsbarkeit .....	703
ββ) Die Zivilgerichtsbarkeit .....	704
γγ) Der Reich-Länder-Streit im Zusammenhang mit dem sog. Preußenschlag .....	705
β) Die Reichswehr und ihre parteipolitische Neutralität .....	707
αα) Die sog. Reichsdiktatur <i>Seeckt</i> .....	709
ββ) <i>Wilhelm Groener</i> als Reichswehrminister und <i>Kurt von Schleicher</i> als Chef des Ministeramtes: eine neue Haltung gegenüber Staat und Politik .....	710
γγ) Der Ulmer Reichswehrprozeß: politische Umtriebe in der Reichswehr .....	710
VI. Scheitern und Untergang der Weimarer Republik .....	712
1. Faktoren des Niederganges .....	712
a) Wirtschaftliche Katastrophen, sozialpolitische Konflikte und hyperinflationäre Entwicklung .....	713
b) Bevorzugung autoritärer Politikkonzepte – antidemokratische Einstellung .....	714
c) Das Versagen der demokratischen Parteien .....	715
d) Das Versagen einzelner Weimarer Politiker und die „Unfähigkeit zur bürgerlichen Gemeinschaftsstiftung“ .....	716
2. Das Scheitern der letzten Großen Koalition der Weimarer Demokratie – Wunsch nach einer „autoritären Wende“ .....	718
3. Das erste Präsidialkabinett unter <i>Heinrich von Brüning</i> .....	720
a) Keine prinzipiell neue Konstruktion einer präsidialen Diktaturgewalt .....	720
b) Die „verdeckte Präsidialregierung“ .....	720
c) Der fundamentale Wandel im Charakter des Reichskabinetts seit September 1930: das reine Präsidialregime .....	721
α) Die Präsidialregierung als „konstitutionelles Kabinett“: ein Verfassungswandel .....	722
β) Positive Reaktionen auf diesen Verfassungswandel .....	723
4. Regieren durch Notverordnungen – außenpolitische Erfolge – wirtschaftspolitische Radikalkur – Wiederwahl <i>Hindenburgs</i> – der Rücktritt <i>Brünings</i> am 30. Mai 1932 .....	724
5. Das Kabinett der „Nationalen Konzentration“ unter <i>Franz von Papen</i> .....	728
a) Der Weg zur Diktatur .....	729

	Seite
b) Die Kampf gegen die preußische Regierung .....	730
α) Der sog. Preußenschlag .....	730
β) Die Verfassungsfrage .....	732
c) Die Reichstagswahlen vom 31. Juli 1932 – Stimmengewinne für die Nationalsozialisten .....	732
d) Die Neuwahlen vom 6. November 1932 – der Rücktritt von Papens am 17. November 1932 .....	734
6. Schleichers Ernennung zum Reichskanzler im Dezember 1932 .....	736
a) Die Strategie einer nationalen Gesamtverantwortung .....	737
b) Von Papens Vorschlag eines „Duumvirats“ gegenüber Hitler – der Rücktritt Schleichers am 28. Januar 1933 .....	738
c) Die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933: „ein Akt der Machtübergabe an den Verfassungsfeind“ .....	739
7. Konstruktionsfehler der Weimarer Reichsverfassung .....	742
a) Die schwache Legitimationsbasis der Verfassung .....	744
b) Das Wahlsystem .....	745
c) Das parlamentarisch-präsidentiale Regierungssystem .....	746
d) Der zwingende Rücktritt als Folge jedes Mißtrauensvotums .....	748
e) Die Diktaturgewalt des Reichspräsidenten nach Art. 48 Abs. 2 WRV .....	748
f) Die geringe Resistenz gegenüber Änderungsbegehren – „stillschweigende“ Verfassungsänderungen – keine materiellen Schranken der verfassungsändernden Gewalt .....	750
g) Das Fehlen einer umfassenden Verfassungsgerichtsbarkeit .....	753
h) Der ungeklärte Dualismus zwischen dem Reich und Preußen .....	754
i) Plebiszitäre Komponenten .....	755
k) Die Weimarer Reichsverfassung als Kompromißverfassung .....	757

### 3. ABSCHNITT. DER TOTALITÄRE STAAT

#### § 130 DER NATIONALSOZIALISTISCHE FÜHRERSTAAT

I. Die Machtübernahme durch die Nationalsozialisten .....	763
1. Die Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 .....	763
2. Der Prozeß der Machtmonopolisierung in nationalsozialistischer Hand .....	765
a) Die Ausnutzung des denaturierten parlamentarischen Regierungssystems – Auflösung des Reichstages – Hitler als Chef eines Präsidialkabinettes .....	766
b) Hitlers Programm für die Neuwahl des Reichstages am 5. März 1933 .....	766
c) Görings Vorgehen in Preußen – die „Verordnung zur Herstellung geordneter Regierungsverhältnisse in Preußen“ .....	767
d) Hitlers Versprechungen an Reichswehr und Industrie – Wahlkampfspende für die NSDAP .....	769
e) Die Vorbereitung der vollständigen Machtübernahme durch die Reichstagswahl vom 5. März 1933 .....	769
f) Wahlpropaganda und Reichstagsbrand am 27. Februar 1933 .....	770
3. Die Reichstagswahl am 5. März 1933 und der „Tag von Potsdam“ .....	771
4. Ansätze zur politischen Gleichschaltung der Länder .....	772
5. Die „nationale“ oder „legale Revolution“ durch Notverordnungen und Ermächtigungsgesetz .....	773
a) Verordnungen des Reichspräsidenten „zum Schutz des deutschen Volkes“ und „zum Schutz von Volk und Staat“ .....	774
b) Das Ermächtigungsgesetz von 1933 .....	775
α) Vorbilder im Kaiserreich und in der Weimarer Republik .....	775
β) Die Weimarer Staatsrechtslehre .....	775

	Seite
γ) Der Beschluß des Reichstages vom 23. März 1933 – Zustimmung des Zentrums und der bürgerlichen Parteien .....	775
δ) Widerstand der Sozialdemokraten: die Rede des Abgeordneten <i>Otto Wels</i> .....	777
ε) Kein Einspruch des Reichsrates – Ausfertigung und Verkündung am 24. März 1933 .....	778
c) Das Urteil der zeitgenössischen Juristen .....	779
d) Unterschiedliche Deutungen nach 1945 und die Position des Bundesverfassungsgerichts .....	782
e) Die Einbeziehung der nationalsozialistischen Herrschaftsperiode in die Darstellung des gegenwärtigen Staatsrechts Deutschlands .....	783
II. Der Umbau der staatlichen Machtstrukturen .....	784
1. Die Gleichschaltung staatlicher und gesellschaftlicher Institutionen .....	784
2. Die Gleichschaltung der Länder .....	784
a) Nationalsozialistische Beteiligung oder Übernahme der Landesregierungen – die Einsetzung von Reichskommissaren .....	785
b) Vier Gesetze zur Gleichschaltung der Länder .....	786
α) Das Erste Gleichschaltungsgesetz vom 31. März 1933: Zusammensetzung der Landesparlamente gemäß der Reichstagswahl .....	786
β) Das Zweite Gleichschaltungsgesetz vom 7. April 1933: Einsetzung von Reichsstatthaltern .....	787
γ) Das Gesetz über den Neuaufbau des Reiches vom 30. Januar 1934: Umformung des Reiches zu einem Einheitsstaat .....	787
δ) Das Reichsstatthaltergesetz vom 30. Januar 1935: Reichsstatthalter als nachgeordnete Organe der Reichsregierung .....	788
c) Die Abschaffung des Reichsrates und des Reichswirtschaftsrates .....	788
α) Das Gesetz über die Aufhebung des Reichsrates vom 14. Februar 1934 .....	788
β) Aufhebung des Reichswirtschaftsrates durch Gesetz vom 23. März 1934 .....	789
3. Die Reichsregierung und der „Führer“ als alleiniger Machtträger – der Umbau der noch verbliebenen alten Verfassungsinstitutionen .....	789
a) Diskreditierung und demagogischer Mißbrauch von Volksbegehren und Volksentscheid .....	790
b) Der Reichstag als Akklamationsorgan – Auflösung der politischen Parteien .....	791
c) Die Vereinigung des Amtes des Reichspräsidenten mit dem des Reichskanzlers – <i>Hitler als „Führer und Reichskanzler“</i> .....	791
d) Die Alleinherrschaft der Nationalsozialisten – Abschaffung des Vielparteiensystems .....	792
α) Die Verfolgung der KPD .....	792
β) Der Ausschluß der Sozialdemokratischen Partei aus dem Reichstag .....	792
γ) Die Selbstauflösung der bürgerlichen Parteien .....	793
δ) Das Gesetz zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat vom 1. Dezember 1933: die NSDAP Körperschaft des öffentlichen Rechts .....	793
4. Der Verwaltungsapparat und seine Unterwerfung .....	794
a) Aufhebung des Grundsatzes von Vorrang und Vorbehalt des Gesetzes – Polizei- und Ordnungsverwaltung – „Geheime Staatspolizei“ .....	794
b) Das Verwaltungspersonal – Das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ vom 7. April 1933 .....	795
α) „Säuberung“ des Berufsbeamtentums von nicht arischen Beamten .....	795
β) Wehrmacht und Reichsarbeitsdienst .....	796
γ) Deutsches Beamtengesetz, Polizeibeamtengesetz und Hochschullehrergesetz .....	796

## Inhaltsverzeichnis

	Seite
c) „Innere Erneuerung“ der kommunalen Selbstverwaltung – die Deutsche Gemeindeordnung .....	797
α) Der Bürgermeister als „Führer“ der Gemeinde .....	798
β) Der Wirkungskreis der Gemeinden .....	798
5. Die rechtsprechende Gewalt und ihre Ausrichtung auf die nationalsozialistische Idee .....	799
a) Die sog. Verreichlichung der Justiz – Gesetze zur Überleitung der Rechtspflege auf das Reich .....	800
b) Aufhebung des Staatsgerichtshofs und des Bayerischen Obersten Landesgerichts – Einrichtung von Sondergerichten und Wiedereinführung der Militärgerichtsbarkeit – Schaffung des Reichsverwaltungsgerichts – der „Volksgerichtshof“ – Standgerichte .....	801
c) Die Stellung der Staatsanwaltschaft – Analogie zu Lasten des Täters – Strafgesetze mit Rückwirkung .....	804
d) Die Durchsetzung nationalsozialistischen Gedankenguts in der Rechtsprechung – die sog. Richterbriefe .....	804
6. Verstärkung der Reichswehr und expansive Außenpolitik .....	805
a) Die Vereidigung von Offizieren und Mannschaften auf <i>Adolf Hitler</i> .....	806
b) Die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht – Umbildung der Wehrverfassung in Richtung auf einen zu beginnenden Krieg .....	806
c) <i>Hitler</i> als alleiniger Befehlshaber der Wehrmacht .....	807
d) <i>Hitlers</i> Kriegspläne .....	807
7. Die totale Umwandlung der staatlichen Machtstrukturen – das Problem des nationalsozialistischen Verfassungsrechts .....	808
a) Die Frage der Fortgeltung der Weimarer Reichsverfassung .....	809
α) Die Position der zeitgenössischen Staatsrechtswissenschaftler: Schaffung einer neuen Verfassungsgrundlage durch den Sieg der „nationalsozialistischen Revolution“ .....	809
β) Beurteilung nach 1945 – Zerstörung der politischen Substanz der alten Verfassung .....	811
b) Das Fehlen formeller Verfassungsgesetze – die „Grundgesetze“ des nationalsozialistischen Staates .....	811
III. Die ideologischen Grundlagen der nationalsozialistischen Herrschaft.....	813
1. Die Ideologie der nationalsozialistischen „Bewegung“ – die Umsetzung des Parteiprogramms der NSDAP in den „Staatsgrundgesetzen“ – die Totalität des Nationalsozialismus .....	813
2. Das „völkische Prinzip“ – „germanische Weltmachtpläne“ – Blut- und Rassengesetzgebung .....	815
a) Antisemitismus und Arisierung – Holocaust .....	817
b) Die Nürnberger Gesetze vom 15. September 1935 .....	819
α) Das „Reichsbürgerrecht“ – „Deutschland nur den Deutschen“ .....	820
β) Das „Blutschutzgesetz“ .....	820
c) Die Gesetze „zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ und „zum Schutze der Erbgesundheit des deutschen Volkes“ .....	821
3. Das Führerprinzip: „ein Volk, ein Reich, ein Führer“ – Führertum und Unterführer .....	821
a) Die staatstragende Alleinherrschaft der NSDAP .....	822
b) Die NSDAP als einzige Partei – Organisation und Gliederung der NSDAP .....	823
c) Korporationen und Verbände .....	824
d) Der Kulturbereich .....	824
e) Rechtsanwälte und Ärzte .....	825
4. Die nationalsozialistische Arbeitsordnung .....	825

	Seite
a) Die Zerschlagung der Gewerkschaften am 2. Mai 1933 .....	826
b) „Treuhand der Arbeit“ – Beseitigung des Tarifvertragssystems – „Deutsche Arbeitsfront (DAF)“ .....	827
5. Die Kirchen .....	827
a) Die katholische Kirche – Abschluß des Reichskonkordats .....	829
b) Die evangelische Kirche – das Gesetz über die Verfassung der Deutschen Evangelischen Kirche .....	830
6. Ein neuer Kulturkampf: Anpassung des kulturellen Lebens an den nationalsozialistischen Geist – Bücherverbrennung – Emigration jüdischer Künstler und Wissenschaftler .....	831
a) Die Universitäten im Nationalsozialismus: „Gleichschaltung“ und Widerspruch .....	832
α) Die Errichtung des Reichsministeriums für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung .....	833
β) Entlassung von Universitätsprofessoren – Eindringen nationalsozialistischen Gedankenguts in die Wissenschaftsdisziplinen .....	833
b) Die Bedeutung der Propaganda zur Durchsetzung politischer Ziele – „Reichspropagandaminister“ <i>Joseph Goebbels</i> .....	835
α) Die „Gleichschaltung“ des Rundfunks 1934 .....	836
β) Umbruch in der deutschen Filmwirtschaft .....	838
αα) Die Errichtung der Reichsfilmkammer und der Erlaß des Lichtspielgesetzes von 1934 .....	838
ββ) Die Verstaatlichung der Filmindustrie .....	840
γγ) Die besondere Bedeutung von Dokumentarfilm und Wochenschau .....	840
7. Der „totale Staat“ – Unermeßlichkeit und Unfaßbarkeit der Verbrechen – Mißachtung von Recht, Menschenwürde und Moral .....	841
a) Das „neue Verfassungsrecht“ des Dritten Reiches – Herrschaft allein nach dem Willen des Führers .....	845
b) Die Perversion des Rechts .....	846
α) Die Gesetze zur Judenverfolgung und Judenvernichtung .....	848
β) Das Straf- und Strafprozeßrecht: Anmestiegesetze, Beseitigung rechtsstaatlicher Prinzipien und Sondergerichte .....	848
γ) Das Verwaltungsrecht .....	849
c) „Geheime“ und „vertrauliche“ Vorschriften – „Führererlasse“ und „Führerbefehle“ – sog. Richterbriefe .....	850
8. Die Außenpolitik <i>Hitlers</i> .....	851
a) Die Remilitarisierung und die Wiederaufrüstung .....	852
b) Die erfolgreiche Saarabstimmung .....	854
c) Das Flottenabkommen mit Großbritannien 1935 .....	854
d) Truppeneinmarsch in die entmilitarisierte Zone des Rheinlands 1936 .....	854
e) Der Einsatz der „Legion Condor“ in Spanien 1936 .....	854
f) Konkrete Expansionsvorstellungen <i>Hitlers</i> in der Geheimkonferenz vom November 1937 .....	855
g) Österreichs Anschluß an das „Großdeutsche Reich“ im März 1938 .....	856
h) Die Tschechoslowakei – das Münchener Abkommen vom 29. September 1938 – die Wiedervereinigung der sudetendeutschen Gebiete mit dem Deutschen Reich – <i>Chamberlains</i> „peace for our time“ .....	858
i) Die Annexion der „Resttschechei“ .....	860
α) Die Slowakei unter deutschem „Schutz“ .....	861
b) Das Protektorat Böhmen und Mähren als integrierender Bestandteil des Deutschen Reiches .....	861
k) Die Rückgewinnung des Memellandes im März 1939 .....	862
l) Die „Polenfrage“ .....	862

## Inhaltsverzeichnis

	Seite
m) Der Hitler-Stalin-Pakt – der deutsche Angriff auf Polen am 1. September 1939 – Kriegserklärungen Englands und Frankreichs .....	864
IV. Der Untergang der nationalsozialistischen Herrschaft im Zweiten Weltkrieg .....	866
1. Die Verantwortlichkeit für den Zweiten Weltkrieg – ideologischer Vernichtungskrieg .....	866
2. „Blitzkrieg“ in Polen – die „vierte Teilung“ Polens .....	868
3. Weitere Kriegsziele .....	869
a) <i>Stalins</i> Einfall in Finnland .....	870
b) Kampf um Dänemark und Norwegen .....	870
4. <i>Winston Churchill</i> als Premierminister in Großbritannien .....	870
5. Der Angriff auf Frankreich – Deutschland als neue kontinentale Führungsmacht .....	871
6. Die Luftschlacht um England – Aufgabe der Invasion Englands .....	874
7. Die Eroberung des Balkans und das Scheitern des Afrikafeldzuges .....	874
8. <i>Hitlers</i> neues Kalkül: Eroberung der Sowjetunion .....	875
a) Vorbereitung des Ostfeldzuges als Vernichtungskrieg – die Rolle der Wehrmacht .....	877
b) Angriff am 22. Juni 1941 – Winterkatastrophe – Kriegserklärung an die USA am 11. Dezember 1941 .....	879
c) Überlegenheit der Alliierten ab Herbst 1942 .....	880
α) Die Niederlage bei Stalingrad im Februar 1943 – die strategische Wende des Kriegs .....	880
β) Kapitulation des Afrikakorps im Mai 1943 .....	881
γ) Britische Bombenoffensive gegen deutsche Städte .....	881
δ) Verlust von U-Booten und Schlachtschiffen .....	881
d) Die deutschen Truppen in der Defensive .....	881
e) Italien wendet sich von Deutschland ab – Sturz und Befreiung <i>Mussolinis</i> – die „faschistische Sozialrepublik von Salò“ .....	882
9. Die Kriegsziele der Anti-Hitler-Koalition .....	882
a) <i>Stalins</i> Forderung nach Errichtung einer „Zweiten Front“ .....	883
b) Die Positionen Großbritanniens und der Vereinigten Staaten von Amerika – die Atlantik-Charta – die Forderung nach bedingungsloser Kapitulation in Casablanca .....	883
c) Das Zusammentreffen der „Großen Drei“ in Teheran: Ankündigung einer Landung in Nordfrankreich für Mai 1944 .....	884
d) Die Konferenz von Jalta im Februar 1945 in Siegeslaune .....	885
10. Der beginnende deutsche Zusammenbruch 1944 und der „totale Krieg“ ...	885
a) Die Ostfront – Eroberung Berlins durch die Rote Armee – Selbstmord <i>Hitlers</i> – Admiral <i>Dönitz</i> als Nachfolger .....	886
b) Die Westfront – Landung der Westalliierten (Unternehmen „Overlord“) am 6. Juni 1944 – Einmarsch in Paris am 25. August 1944 .....	888
α) Die Ardennenoffensive im Dezember 1944 .....	889
β) Die Eroberung der Rheinbrücke bei Remagen im März 1945 .....	889
γ) Der Ruhrkessel .....	890
c) Das Ende in Italien .....	890
d) Neue Reichsregierung unter <i>Dönitz</i> – deutsche Gesamtkapitulation am 7. Mai 1945 – Untergang der deutschen Staatsgewalt .....	891
11. Der deutsche Widerstand .....	892
a) Die Exilopposition .....	893
b) Die oppositionellen Kräfte vor der Widerstandstat des Grafen <i>Stauffenberg</i> .....	894
α) Die Mittwochsgesellschaft .....	895

	Seite
β) Der Kreisauer Kreis .....	895
γ) Die „Weiße Rose“ .....	896
δ) Die „Rote Kapelle“ und das Nationalkomitee Freies Deutschland ....	897
ε) Oppositionelle Gruppen in höheren Offizierskreisen .....	897
c) Planungen eines Staatsstreichs in Offizierskreisen .....	899
α) <i>Stauffenbergs</i> Attentat vom 20. Juli 1944 .....	900
β) Der „Operationsplan Walküre“ – Zusammenbruch des Umsturzes in Berlin .....	900
γ) Erfolge in Prag, Wien und Paris .....	902
δ) Die Haltung der deutschen Bevölkerung .....	902
ε) Die Verfahren vor dem „Ehrenhof“ der Wehrmacht und dem „Volksgerichtshof“ .....	903
d) Der „Aufstand des Gewissens“ .....	904

### 3. KAPITEL DEUTSCHE STAATLICHKEIT NACH 1945

#### 1. ABSCHNITT. DER DEUTSCHE STAAT UNTER BESATZUNGSHOHEIT

##### § 131 BESATZUNGSHERRSCHAFT UND WIEDERERRICHTUNG DEUTSCHER STAATSGEWALT

I. Die Bedeutung der deutschen Kapitulation .....	913
1. Die militärischen Kapitulationsurkunden .....	913
2. <i>Roosevelts</i> Forderung nach bedingungsloser Kapitulation – Pläne zur Teilung Deutschlands .....	914
3. Der Entwurf der Europäischen Beratenden Kommission (EAC) .....	915
4. Bedingungslose Kapitulation .....	916
a) Militärische Natur der Kapitulationsurkunden – „Act of military surren- der“ .....	917
b) Keine politische Kapitulation .....	918
c) Keine Folgerungen für die Rechtslage des deutschen Staates .....	918
II. Die Übernahme oberster Regierungsgewalt in Deutschland durch die Alliierten und die Bildung von Besatzungszonen .....	919
1. Politische Kapitulation durch die Erklärung in Anbetracht der Niederlage Deutschlands und der Übernahme der obersten Regierungsgewalt in Deutschland .....	919
2. Die sog. Feststellungen .....	920
3. Vorbereitung wichtiger Entscheidungen durch die EAC .....	921
a) Nichtumsetzung des Entwurfs der EAC vom 25. Juli 1944 .....	921
b) Die Festlegung von Besatzungszonen – das Protokoll über die Besat- zungszonen in Deutschland und die Verwaltung von Groß-Berlin vom 12. September 1944 .....	922
c) Das Abkommen über Kontrolleinrichtungen in Deutschland – Kontroll- rat – Interalliierte Regierungsbehörde (Komendatura) für Groß-Berlin ...	923
4. Entscheidende politische Weichenstellungen in den Konferenzen der „Großen Drei“ in Jalta und Potsdam .....	924
a) Die Krimkonferenz in Jalta .....	926
α) Der Bericht über die Krimkonferenz – Protokoll über die Verhand- lungen auf der Krimkonferenz .....	927
β) Die Beschlüsse betreffend Deutschland und Polen .....	929

	Seite
αα) Die Westverschiebung Polens .....	929
ββ) Deutsche Reparationen .....	930
γ) Weichenstellung für die Nachkriegsordnung auf der Krimkonferenz – Defizite des Dokuments von Jalta .....	931
b) Die Potsdamer bzw. Berliner Konferenz – deutsche Teilung und Demarkationslinie quer durch Deutschland .....	931
α) Das Potsdamer Protokoll als völkerrechtlicher Vertrag – seine Bedeutung für die Nachkriegsauseinandersetzung .....	934
β) Die Deutschland betreffenden Teile des Protokolls .....	935
αα) Die Einsetzung eines Rates der Außenminister zur Vorbereitung von Friedensregelungen .....	936
ββ) Die „politischen Grundsätze“ zu Deutschland .....	936
γγ) Reparationsleistungen .....	937
δδ) Die Frage der deutschen Ostgebiete und die Grenze zu Polen .....	937
εε) Die Deutschen im Osten .....	939
5. Brüchigkeit der Allianz .....	940
III. Die Institutionen der Besatzungsgewalt .....	942
1. Inbesitznahme der vier Besatzungszonen in Deutschland .....	942
2. Der Alliierte Kontrollrat .....	943
a) Kontrollrat und Koordinierungsausschuß – Vetorecht der Oberbefehlshaber .....	943
b) Zuständigkeit für die „Deutschland als Ganzes betreffenden Fragen“ – oberstes Gesetzgebungs- und Exekutivorgan .....	944
α) Rechtssetzende Tätigkeit nach Direktive Nr. 10 .....	944
β) Wichtige Gesetze des Kontrollrates .....	945
αα) Aufhebung nationalsozialistischer Gesetze .....	945
ββ) Erlaß neuen Rechts .....	946
γγ) Das Gesetz Nr. 46 zur Auflösung Preußens .....	947
c) Rechtsstellung und Rechtsnatur des Kontrollrates .....	947
d) Gegensätze und Uneinigkeit im Kontrollrat – das Ende des Kontrollrates .....	948
3. Die Interalliierte Regierungsbehörde (Komendatura) für Groß-Berlin .....	951
a) Die Aufgaben der Komendatura (Kommandantur) .....	951
b) Die UdSSR als anfangs alleiniger Machtinhaber in Berlin .....	952
c) Die Übernahme von drei Sektoren durch die westlichen Besatzungsmächte im Juli 1945 .....	952
d) Die Luftsicherheitszentrale Berlin .....	952
4. Die Oberbefehlshaber der Streitkräfte als Inhaber der obersten Gewalt in ihren Besatzungszonen .....	953
a) Die britische Besatzungszone .....	953
α) Erhalt eines bundesstaatlichen Gemeinwesens .....	953
β) Schaffung dreier Zonengesamteinrichtungen .....	954
αα) Der Zonenbeirat .....	954
ββ) Die Zonenzentralämter .....	954
γγ) Die Länderkonferenz der britischen Zone .....	955
b) Die amerikanische Besatzungszone .....	955
α) Föderalistische Politik der amerikanischen Militärregierung .....	955
β) Rückgriff auf die Strukturen der Weimarer Republik .....	956
γ) Der Länderrat .....	956
αα) Bedeutung für Koordination und zoneneinheitliche Rechtsetzung .....	957
ββ) Direktorium .....	957
γγ) Parlamentarischer Rat .....	957
δ) Zonengesamteinrichtungen .....	958

	Seite
c) Die französische Besatzungszone .....	958
α) Fünf Verwaltungsbezirke (Gouvernements) .....	959
β) Zentrale Verwaltungseinrichtungen – Zonengesamteinrichtungen .....	959
γ) Die Organisation der Zusammenkünfte der Wirtschafts- und Finanzminister der Länder der französischen Besatzungszone .....	960
d) Die sowjetische Besatzungszone .....	960
α) Die Zulassung deutscher Gemeindeverwaltungen .....	961
β) Die Bildung föderaler Länder und Provinzen .....	962
γ) Die Errichtung deutscher Verwaltungen .....	962
δ) Die Deutsche Wirtschaftskommission .....	963
5. Der Internationale Militärgerichtshof .....	964
a) Der Hauptkriegsverbrecherprozeß in Nürnberg vom 20. November 1945 bis 30. September 1946 .....	965
b) Der Internationale Militärgerichtshof als Gericht der Besatzungsmächte – oberflächliche Behandlung fundamentaler Rechtsfragen – Todesurteile ...	966
c) Völkerrechtliche Würdigung .....	968
6. Weitere Kriegsverbrecherprozesse .....	969
IV. Der Wiederaufbau deutscher staatlicher Einrichtungen durch die Alliierten .....	970
1. Mithilfe deutscher Verwaltungsorgane bei der Ausübung der obersten Regierungsgewalt der Alliierten – unüberwindbare Gegensätze der Alliierten für die Errichtung von deutschen Zentralämtern .....	970
2. Der Rat der Außenminister – Vorbereitung einer friedlichen Regelung für Deutschland .....	970
a) <i>Byrnes'</i> Forderung nach politischer Einheit Deutschlands in Form eines Bundesstaates – Vorschlag eines Viermächtevertrages für Deutschland .....	971
b) <i>Molotows</i> Vorschläge zur politischen Organisation und zum Staatsaufbau Deutschlands – die Londoner Konferenz 1947 als point of no return einer einvernehmlichen alliierten Deutschlandpolitik .....	972
3. Die einzelnen Besatzungszonen als Schwerpunkt beim Aufbau deutscher staatlicher oder unterstaatlicher Einrichtungen – Umdenken in der amerikanischen Außenpolitik: die Rede <i>Byrnes'</i> vom 6. September 1946 in Stuttgart .	972
4. Die Lebensbedingungen in der Besatzungszeit .....	975
a) Die „Entnazifizierung“ .....	977
α) Entnazifizierung in der amerikanischen Besatzungszone .....	979
αα) Erste Phase: Alleinzuständigkeit der Amerikaner .....	979
ββ) Zweite Phase: Zuständigkeit der Deutschen .....	980
β) Übernahme des amerikanischen Entnazifizierungssystems in die Kontrollratsdirektive Nr. 38 .....	982
γ) Entnazifizierung in der französischen Besatzungszone .....	982
δ) Entnazifizierung in der britischen Zone .....	983
ε) Entnazifizierung in der sowjetischen Besatzungszone .....	983
b) Konfiskationen .....	984
α) Regelungen des Kontrollrates .....	984
β) Zonenabhängige Konfiskationen .....	985
αα) Konfiskationen in der sowjetischen Besatzungszone .....	985
ββ) Die „Demokratische Bodenreform“ in der sowjetischen Besatzungszone .....	987
γγ) Konfiskationen in der britischen Besatzungszone .....	988
δδ) Konfiskationen in der französischen Besatzungszone .....	989
εε) Konfiskationen in der amerikanischen Besatzungszone .....	989
γ) Erfassung des deutschen Industriepotentials .....	989
αα) Abbau von Industrieanlagen durch die Sowjets .....	989

	Seite
ββ) Der Befehl Nr. 124 der SMAD „über die Beschlagnahme und provisorische Übernahme einiger Eigentumskategorien“ – Sequestrierung – Überführung privater Betriebe in Volkseigentum .	990
γγ) Sozialisierungsmaßnahmen in der britischen Besatzungszone .....	993
c) Die Vertreibung .....	994
α) Panikartige Flucht aus den Ostgebieten in Richtung Westen .....	994
β) Die Vertreibung aus dem Osten .....	995
γ) Die Verteilung der Vertriebenen auf die deutschen Länder .....	996
δ) Die Haltung der Alliierten .....	997
5. Demokratisierung als politisches Ordnungsprinzip der Alliierten .....	998
a) Die Anfänge der Parteienbildung in der sowjetischen Besatzungszone ....	998
α) Die Kommunistische Partei und die „Gruppe Ulbricht“ .....	998
β) Andere politische Parteien .....	999
αα) Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands .....	999
ββ) Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands .....	1000
γγ) Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands .....	1000
δδ) Der „Antifaschistische Block“ .....	1000
γ) Ziel der KPD: Bildung einer „Einheitsfront der Arbeiter“ und Verschmelzung mit der SPD – die Positionen <i>Piecks</i> und <i>Schumachers</i> – der „Vereinigungsparteitag“ .....	1001
b) Die Parteienbildung in den westlichen Besatzungszonen .....	1003
α) Die Kommunistische Partei .....	1004
β) Die Sozialdemokratische Partei .....	1004
γ) Die Christlich-Demokratische Union .....	1005
δ) Die Christlich-Soziale Union in Bayern .....	1007
ε) Die Freie Demokratische Partei .....	1008
ζ) Regionalbezogene Gründungen .....	1009
6. Andere Kräfte der Wiederherstellung des öffentlichen Lebens in der Nachkriegszeit .....	1010
a) Die Kirchen .....	1010
α) Die evangelische Kirche .....	1011
β) Die katholische Kirche .....	1011
b) Die Gewerkschaften .....	1012
α) Der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund in der sowjetischen Besatzungszone .....	1012
β) Der Deutsche Gewerkschaftsbund in den westlichen Besatzungszonen .	1012
c) Die Wirtschafts-, Arbeitgeber- und Bauernverbände .....	1013
α) Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände .....	1014
β) Der Bundesverband der Deutschen Industrie .....	1014
d) Die Medien .....	1016
α) Der Rundfunk .....	1017
αα) Britische Besatzungszone .....	1017
ββ) Amerikanische Besatzungszone .....	1017
γγ) Berlin .....	1017
δδ) Französische Besatzungszone .....	1017
εε) Sowjetische Besatzungszone .....	1018
β) Die Presse .....	1018
αα) Von den „Mitteilungen der Militärregierung“ zu „echten“ Zeitungen .....	1018
ββ) Die sog. Lizenzpresse .....	1018
γγ) Nachrichtenagenturen .....	1019
δδ) Privatrechtliche Pressestruktur .....	1019
7. Der Wiederaufbau politischer Strukturen .....	1019
a) Die kommunale Selbstverwaltung .....	1021
α) Organisation und Rechtsgrundlage der Kommunalverwaltungen .....	1022

	Seite
β) Landeskommunalgesetze – revidierte Deutsche Gemeindeordnung – Übernahme des Systems der englischen Gemeindeverfassung in der britischen Zone .....	1022
γ) Grundsätzliche Neugestaltung der Gemeindeverfassung – sog. Wein- heimer Entwurf .....	1023
b) Die Kommunalwahlen im Jahr 1946 .....	1023
c) Regierungs- und Oberpräsidenten als exekutive Mittelinstanzen .....	1024
d) Das Wiederaufgreifen der Länderstaatlichkeit .....	1026
α) Einsetzung deutscher Landesregierungen in der amerikanischen Zone	1027
αα) Bayern .....	1027
ββ) Württemberg-Baden .....	1027
γγ) Groß-Hessen .....	1028
δδ) Bremen .....	1028
β) Die Einsetzung deutscher Landesregierungen in der britischen Besat- zungszone .....	1028
αα) Hamburg .....	1028
ββ) Niedersachsen .....	1028
γγ) Nordrhein-Westfalen .....	1028
δδ) Schleswig-Holstein .....	1029
γ) Die Einsetzung deutscher Landesregierungen in der französischen Besatzungszone .....	1029
αα) Württemberg-Hohenzollern .....	1029
ββ) Baden .....	1029
γγ) Rheinland-Pfalz .....	1030
δδ) Das Saargebiet .....	1030
δ) Die Einsetzung deutscher Landesregierungen in der sowjetischen Be- satzungszone .....	1031
αα) Provinz Mark Brandenburg .....	1031
ββ) Mecklenburg-Vorpommern .....	1032
γγ) Sachsen .....	1032
δδ) Sachsen-Anhalt .....	1032
εε) Thüringen .....	1032
ε) Die Sondersituation in Berlin .....	1032
 V. Konsolidierung und Konstitutionalisierung der Länder .....	 1033
1. Die Wiederbelebung der Länderstaatlichkeit .....	1033
2. Die Schaffung der wahlrechtlichen Grundlagen für Parlamentswahlen .....	1036
a) Debatten um das Wahlsystem für die Landesparlamente .....	1036
b) Das Verhältniswahlsystem als prägende Vorgabe für die Landtagswah- len .....	1037
α) „Verbesserte Verhältniswahl“ in der amerikanischen Zone .....	1037
β) „Personalisierte Verhältniswahl“ in der britischen Zone .....	1037
γ) Modifizierte Verhältniswahl in der französischen Zone .....	1038
δ) Reine Verhältniswahl in der sowjetischen Zone .....	1038
3. Die Wahlen zu den Volksvertretungen 1946/47 .....	1038
a) Dominanz von CDU/CSU und SPD in den westlichen Besatzungs- zonen .....	1038
b) Die Wahlergebnisse in den Ländern der sowjetischen Besatzungszone – SED unter 50% .....	1039
4. Auswirkungen der Wahlen auf die eingesetzten Regierungen .....	1039
a) Amerikanische Besatzungszone .....	1040
α) Bremen .....	1040
β) Bayern .....	1040
γ) Württemberg-Baden .....	1040
δ) Hessen .....	1040

## Inhaltsverzeichnis

	Seite
b) Britische Besatzungszone .....	1041
α) Hamburg .....	1041
β) Schleswig-Holstein .....	1041
γ) Niedersachsen .....	1041
δ) Nordrhein-Westfalen .....	1041
c) Französische Besatzungszone .....	1042
α) Württemberg-Hohenzollern .....	1042
β) Baden .....	1042
γ) Rheinland-Pfalz .....	1042
δ) Saarland .....	1042
d) Sowjetische Besatzungszone .....	1042
e) Berlin .....	1043
5. Die Frage nach dem Staatscharakter der Länder – Entwicklung zur echten Länderstaatlichkeit – Schaffung von Landesverfassungen .....	1043
a) Die Verfassunggebung in der amerikanischen Besatzungszone .....	1046
α) Bayern .....	1046
β) Württemberg-Baden .....	1047
γ) Groß-Hessen .....	1048
δ) Bremen .....	1050
b) Die Verfassunggebung in der britischen Besatzungszone .....	1051
α) Nordrhein-Westfalen .....	1053
β) Niedersachsen .....	1054
γ) Schleswig-Holstein .....	1056
δ) Hansestadt Hamburg .....	1059
c) Die Verfassunggebung in der französischen Besatzungszone .....	1060
α) Württemberg-Hohenzollern .....	1060
β) Baden .....	1061
γ) Rheinland-Pfalz .....	1061
δ) Saarland .....	1062
d) Die Verfassunggebung in der sowjetischen Besatzungszone – weitgehen- de Vereinheitlichung der Landesverfassungen nach SED-Vorstellungen ...	1063
α) Thüringen .....	1065
β) Sachsen-Anhalt .....	1066
γ) Mecklenburg-Vorpommern .....	1066
δ) Brandenburg .....	1067
ε) Sachsen .....	1067
6. Die Schaffung des Grundgesetzes als Zäsur in der Periode der Konstitutio- nalisierung der deutschen Gliedstaaten – das Schicksal der Verfassungen der Länder der sowjetischen Besatzungszone nach Erlaß der DDR-Verfassung von 1949 .....	1067
a) Zweifel an der „Verfassungsfähigkeit“ der Länder .....	1069
α) Übereinstimmender deutscher Verfassungswille mit klassischen Ver- fassungsstaatlichkeitsgrundsätzen der westlichen Alliierten .....	1070
β) Einheitliche Länderverfassungen in der sowjetischen Besatzungszone nach dem Entwurf der SED .....	1070
b) Der Inhalt der Länderverfassungen – substantielle Trennlinie zwischen den Verfassungen der Länder der westlichen Besatzungszonen und denen der sowjetischen Besatzungszone – tragende Strukturprinzipien der Ver- fassungen .....	1072
α) Die Länderverfassungen der westlichen Besatzungszonen – atlantisch- westeuropäische verfassungsstaatliche Prinzipien als Grundlage .....	1072
αα) Entscheidung für die parlamentarische Demokratie – plebiszitäre Komponenten .....	1073
ββ) Bekenntnis zum Rechtsstaat .....	1075
γγ) Verfassungs- bzw. Staatsgerichtsbarkeit .....	1075

	Seite
δδ) Überkommene Ordnungsprinzipien des Individual- und Soziallebens .....	1076
εε) Oberste Staatsorgane – Staatsfunktionen – Ablehnung des Berufsbeamtentums .....	1077
ζζ) Das Verhältnis zwischen Staat und Kirche .....	1077
ηη) Grundrechtskataloge mit individuellen Freiheitsrechten, Gleichheitsrechten, politischen Teilhaberechten und Justizgrundrechten .....	1078
θθ) Soziale Grundrechte .....	1080
υ) Aussagen zum „Gemeinschaftsleben“ .....	1082
κκ) Bildung, Schule, Erziehung und Wissenschaft .....	1083
λλ) Neuerungen: die Betonung der Menschenwürde und die Verwirkung von Grundrechten .....	1083
μμ) Grundpflichten .....	1084
υυ) Einschränkung von Grundrechten .....	1084
ξξ) Individualverfassungsbeschwerde bzw. Grundrechtsklage .....	1085
β) Die Länderverfassungen der sowjetischen Besatzungszone .....	1085
αα) Die Länder als Glied einer deutschen demokratischen Republik ..	1086
ββ) Demokratischer Staatsaufbau ohne Gewaltenteilungsprinzip und Verfassungsgerichtsbarkeit .....	1086
γγ) Oberste Staatsorgane – Staatsfunktionen .....	1087
δδ) Starke Meinungsverschiedenheiten bei der Frage nach den Grundrechten .....	1088
εε) Aufnahme des Gleichheitssatzes – Zurückhaltung bei den Freiheitsgrundrechten .....	1089
ζζ) Wirtschaftsordnung .....	1089
ηη) Volksbildung .....	1090
θθ) Religionsgemeinschaften .....	1090

## § 132 FORTBESTAND UND TEILUNG DES DEUTSCHEN GESAMTSTAATES

I. Der Fortbestand des Deutschen Reiches nach der Kapitulation der deutschen Wehrmacht .....	1093
1. Die Frage nach der Existenz eines deutschen Gesamtstaates – Fortbestand oder Untergang des Deutschen Reiches .....	1093
2. „Deutschlands Rechtslage“ – Behandlung in Wissenschaft, Politik und Publizistik – Wandlung zur „Rechtslage des geteilten Deutschlands“ .....	1096
3. Alliierte Teilungs- und Zerstückelungspläne .....	1100
a) Sowjetisch-britische Pläne .....	1100
b) Die Konferenz von Teheran .....	1101
c) Die „Denkschrift über Deutschland“ – der Morgenthau-Plan .....	1101
d) Die Frage der Zerstückelung Deutschlands auf der Konferenz von Jalta und im Dismemberment Committee .....	1102
4. Die Kapitulationsurkunde vom 7./8. Mai 1945 und die Erklärung in Anbetracht der Niederlage Deutschlands vom 5. Juni 1945 als Grundlage der Beurteilung von Deutschlands Rechtslage .....	1103
5. Die Lehre vom Untergang des Deutschen Reiches als Staat – die Haltung der Alliierten .....	1104
6. Die Fortbestandslehre .....	1106
a) Bestehen einer Staatsgewalt in Deutschland .....	1108
b) Die Prämisse vom Fortbestand des deutschen Staates in alliierten Dokumenten und Entscheidungen ausländischer Gerichte .....	1109
c) Das Fehlen eines Friedensvertrages .....	1112

	Seite
d) Staatsrechtliche Argumentation: Fortbestand von Staatsvolk, Staatsgebiet und Staatsgewalt .....	1113
7. Ausübung deutscher Staatsgewalt durch die Länder – keine Reichsstaatsgewalt – Handlungsunfähigkeit des deutschen Gesamtstaates .....	1115
8. Die Frage der Grenzen des fortbestehenden deutschen Staates .....	1116
a) Deutschland innerhalb seiner Grenzen vom 31. Dezember 1937 – keine Gebietsabtretung im Osten durch das Potsdamer Protokoll .....	1116
b) Faktische staatliche Herrschaft der UdSSR und Polens in Ostpreußen und in den Gebieten jenseits von Oder und Neiße .....	1118
c) Änderung des völkerrechtlich maßgeblichen Gebietsbestandes erst im Zuge der Wiedervereinigung Deutschlands 1990 – Ausschluß früherer Erwerbsgründe .....	1119
α) Annexion .....	1120
β) Adjudikation .....	1120
γ) Ersitzung .....	1120
δ) Einvernehmliche Zession .....	1121
αα) Der sog. Görlitzer Vertrag der DDR mit Polen .....	1121
ββ) Der Standpunkt der Bundesrepublik Deutschland .....	1121
γγ) Die „neue“ Ostpolitik und die Grenzregelungen in den Ostverträgen .....	1122
δδ) Der Streit um die rechtliche Bewertung der Ostverträge .....	1126
II. Das Scheitern einer gemeinsamen alliierten Deutschlandpolitik und der Weg in die deutsche Teilung .....	1128
1. Anfänglicher Wille zur Erhaltung der deutschen Einheit bei den Siegermächten .....	1128
2. Gremium der Außenminister als bewährtes Instrument zur Lösung der deutschen Frage .....	1130
a) Die erste Tagung in London im September 1945 .....	1130
b) Die zweite Tagung in Paris im April 1946 .....	1131
c) Die dritte Tagung in New York im November/Dezember 1946 .....	1133
d) Die vierte Tagung in Moskau im März/April 1947 .....	1135
e) Das European Recovery Program (ERP) und das Scheitern des Rates der Außenminister auf der fünften Tagung in London im November/Dezember 1947 .....	1135
3. Allierter Kontrollrat, Koordinationsausschuß und Berliner „Komendatura“ (Kommandantur) .....	1137
a) Der Kontrollrat als höchstes Organ der alliierten Besatzungsgewalt .....	1139
b) Das System der Reparationen .....	1139
4. Die Münchener Ministerpräsidentenkonferenz .....	1142
a) Abreise der ostdeutschen Vertreter .....	1143
b) Rumpfkonzferenz der westdeutschen Regierungschefs .....	1144
5. Die Machtstellung der Militärgouverneure und Militärregierungen in den Besatzungszonen – unterschiedliche Entwicklung der einzelnen Zonen .....	1145
a) Die amerikanische Besatzungspolitik – die Direktive JCS 1067 vom 14. Mai 1945 .....	1147
α) Entnazifizierung und Umerziehung (Reeducation) .....	1148
β) Versorgungsprobleme und Reparationen .....	1149
γ) Demokratisierung .....	1150
δ) Deutschland als Bollwerk gegen den kommunistischen Expansionsdrang .....	1150
b) Die britische Besatzungspolitik .....	1151
α) Entnazifizierung, Demokratisierung und Reeducation – Demontagen und Reparationen .....	1152
β) Die territoriale Gliederung der Zone und die Schaffung neuer Länder .....	1152

## Inhaltsverzeichnis

	Seite
c) Die französische Besatzungspolitik .....	1154
d) Die sowjetische Besatzungspolitik .....	1155
α) Reparationspolitik .....	1157
β) Neuordnung des Banken- und Versicherungswesens – Beschlagnahme von Betrieben – Bodenreform .....	1159
γ) Entnazifizierung .....	1159
δ) Die „demokratische Einheitsschule“ .....	1160
6. Beginnende globale Ost-West-Konfrontation – Deutschlands Teilung – das Schicksalsjahr 1948 .....	1160
a) Die Währungsreform .....	1162
α) Pläne für eine Währungsreform .....	1164
β) Vier Militärregierungsgesetze .....	1165
γ) Eigene Währungsreform in der sowjetischen Besatzungszone .....	1166
b) Berlinblockade und Luftbrücke .....	1166
III. Die Einrichtung des bi- und trizonalen Interregnums .....	1169
1. Überlegungen zum Zusammenschluß der amerikanischen und britischen Zone .....	1169
2. Operative Schritte zum Zusammenschluß .....	1171
a) Deutsche Abkommen über Organisationsformen, Aufgaben, Zuständig- keiten und Organe der gemeinsamen Verwaltung – Schaffung von fünf deutschen Verwaltungen .....	1171
b) Amerikanisch-britisches Abkommen über die Zusammenlegung ihrer Besatzungszonen vom 2. Dezember 1946 (Fusionsabkommen) .....	1172
3. Organisationsprobleme – das Fehlen parlamentarischer Kontrollinstitutio- nen .....	1173
4. Die Umorganisation der Bizonenverwaltung – Schaffung des Wirtschafts- rates – gebietlich begrenzte Reorganisation des deutschen Gesamtstaates mit staatsähnlichen Strukturen .....	1174
a) Der Wirtschaftsrat als Parlament .....	1175
b) Der Exekutivrat .....	1176
c) Die Direktoren der fünf Verwaltungsabteilungen als eigentliche Exe- kutive .....	1176
d) Erneuter Reformbedarf .....	1177
5. Intensivierung des bizonalen Zusammenschlusses: das revidierte Fusions- abkommen, das Frankfurter Statut über die Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, die Errichtung des Deutschen Obergerichts in Köln und der Bank deutscher Länder – Frankfurt als bizonale Hauptstadt – insti- tutionelle Änderungen .....	1178
a) Die Verdoppelung der Zahl der Abgeordneten im Wirtschaftsrat – Er- weiterung seiner Gesetzgebungskompetenzen .....	1180
b) Die Ablösung des Exekutivrates durch einen Länderrat in der Tradition föderativer Organe .....	1180
c) Der Verwaltungsrat als Exekutive – <i>Ludwig Erhard</i> als Direktor für Wirtschaft und <i>Hermann Pünder</i> als „Oberdirektor“, gewählt von der sog. Frankfurter Koalition .....	1181
6. Die rechtliche Einordnung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes .....	1183
a) Besatzungsrechtliche Schöpfung mit von Deutschen gewählten deut- schen Organen .....	1183
b) Das Verhältnis zum Deutschen Reich .....	1184
c) Rechtsstellung nach deutschem Staatsrecht: kein Staat, sondern Zweck- verband .....	1185
7. Die Entwicklung zur „Trizone“ – Verwaltungsangleichung auf deutscher Seite .....	1186

	Seite
8. Die Nichteinbeziehung des Saarlandes und Berlins .....	1188
9. Der Aufbau übernahmefähiger Verwaltungsstrukturen – Herausbildung stilbildender parlamentarisch–demokratischer Handlungsweisen .....	1189
a) Die Rechtssetzung des Wirtschaftsrates .....	1190
b) Verwaltungseinrichtungen .....	1191
c) Die Bank deutscher Länder .....	1192
d) Das Deutsche Obergericht für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet in Köln .....	1193
10. Das Ende des Interregnums .....	1194
a) Die Auflösung der Bipartite Board – Übertragung der Überwachungsaufgaben auf Hohe Kommissare .....	1195
b) Die Auflösung oder Überführung bizonaler Einrichtungen .....	1195
α) Gesetzgebung .....	1196
β) Verwaltungsrat .....	1196
γ) Übrige Verwaltungseinrichtungen .....	1197
δ) Fortgelten alten Rechts .....	1197
ε) Das Deutsche Obergericht .....	1197
ζ) Landeszentralbanken und Bank deutscher Länder .....	1197

## 2. ABSCHNITT. DIE ENTSTEHUNG VON ZWEI STAATEN IN DEUTSCHLAND

### § 133 ENTSTEHUNG, KONSTITUTIONALISIERUNG UND VERFASSUNGSENTWICKLUNG DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

I. Die Geburtsphase der Bundesrepublik Deutschland .....	1209
1. 1948: Wendejahr der Nachkriegspolitik der westlichen Alliierten – die amerikanische „Weststaatskonzeption“ – General Clays Vorschlag für eine verfassungebende Versammlung .....	1209
2. Die Sechs-Mächte-Konferenz in London vom Februar bis Juni 1948 – unterschiedliche Vorstellungen zur Verfassung des „Weststaates“ .....	1211
a) Das Schlußkommuniqué der Konferenz: Einsetzung einer verfassungebenden Versammlung und Überprüfung der Ländergrenzen – Einzelab-sprachen zur Verfassung .....	1212
b) Erläuterungen General Clays zum Londoner Schlußkommuniqué .....	1213
3. Die Übergabe der Frankfurter Dokumente am 1. Juli 1948 .....	1214
a) Dokument I: Empfehlung zur Schaffung einer verfassungebenden Ver-sammlung .....	1215
b) Dokument II: Vorschläge zur Änderung der Ländergrenzen durch die Ministerpräsidenten .....	1216
c) Dokument III: Die Beziehungen der künftigen deutschen Regierung zu den Alliierten (das Besatzungsstatut) .....	1216
4. Das Dilemma einer deutschen Antwort auf die Frankfurter Dokumente .....	1217
a) Die Ministerpräsidenten der Länder als Ansprechpartner der Alliierten ....	1218
b) Die Entwicklung eines eigenen deutschen Konzepts in der Rivalität zwischen Ministerpräsidenten und Parteiführern .....	1218
c) Die Vorkonferenz der politischen Parteien vor dem Treffen der Mini-sterpräsidenten auf dem Rittersturz am 8. Juli 1948 .....	1219
α) Die zustimmende Stellungnahme der CDU zur „Weststaats-konzeption“ .....	1219
β) Die Kompromißformel der SPD .....	1220
γ) Die skeptische Haltung von FDP/DVP .....	1220
δ) Die positive Einstellung der Zentrumspartei .....	1221
ε) Die Verfassungskonzeption der Deutschen Partei .....	1221
ζ) Die Ablehnung der Kommunisten .....	1221

# Inhaltsverzeichnis

	Seite
d) Vereinbarkeit der Konzeptionen der politischen Parteien – keine prinzipielle Ablehnung der Weststaatslösung .....	1221
e) Das Ergebnis der Beratungen der Ministerpräsidenten auf dem Rittersturz: „Weststaat“ mit eigener Verfassung oder „Vereinigtes Wirtschafts- und Verwaltungsgebiet“ – Ablehnung der Grundsätze für das Besatzungsstatut – die Einsetzung von drei Kommissionen .....	1222
α) Der Begriff „Grundgesetz“ als Lösung .....	1223
β) Eigene Leitsätze der Ministerpräsidenten für ein Besatzungsstatut .....	1224
γ) Die Mantelnote der Ministerpräsidenten an die alliierten Militärgouverneure vom 10. Juli 1948 .....	1224
f) Die Würdigung der Mantelnote und die Reaktionen der Alliierten .....	1226
α) Enttäuschung bei General Clay und den Amerikanern .....	1226
β) Fehleinschätzung der Deutschen über ihre Möglichkeiten .....	1227
g) Die Aufrechterhaltung der Koblenzer Beschlüsse durch die Ministerpräsidenten .....	1227
h) Die Lösung der Krise auf der Konferenz der Militärgouverneure mit den Ministerpräsidenten Ende Juli 1948 in Frankfurt a. M. ....	1228
α) Die Stellungnahme der drei Militärgouverneure zu den Koblenzer Beschlüssen .....	1229
β) Die Angleichung der Koblenzer Beschlüsse an die Londoner Beschlüsse durch die Ministerpräsidenten .....	1230
αα) Terminologische Streitpunkte und die Frage des Plebiszits über die Verfassung .....	1230
ββ) „Grundgesetz“ oder „Verfassung“ .....	1231
γγ) Einsetzung von Ausschüssen .....	1232
γ) Das Aide-mémoire der Ministerpräsidenten zu den Erklärungen der Militärgouverneure vom 22. Juli 1948 .....	1232
δ) Ausräumung der letzten Differenzen auf der Schlußkonferenz mit den Militärgouverneuren in Frankfurt a. M. am 26. Juli 1948 – Anlaufen des Wahlverfahrens zum Parlamentarischen Rat .....	1234
i) Die Ablehnung einer Suspendierung der Londoner Beschlüsse als Gegenleistung für die Aufhebung der Blockade Berlins .....	1235
5. Der Auftrag zur Neugliederung der Länder .....	1236
a) Einsetzung eines Ausschusses zur Überprüfung der Ländergrenzen – die Neugliederungsbedürftigkeit in Württemberg und Baden – divergierende Meinungen im Ausschuß und im Plenum .....	1238
b) Diskussion alter und neuer Neugliederungskonzepte im Ausschuß .....	1240
c) Der Beschluß des Länderneugliederungsausschusses vom 27. August 1948 .....	1241
d) Die Auflösung des Neugliederungsausschusses – einstimmiger Beschluß der Ministerpräsidenten zur Länderneugliederung .....	1242
e) Keine Chance rascher Neugliederung – Bereinigung der Aufsplitterung des deutschen Südwestens erst 1952 .....	1243
f) Keine Neugliederung im Zuge der Wiedervereinigung – Scheitern der Zusammenlegung der Länder Berlin und Brandenburg 1996 .....	1244
II. Die Erarbeitung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland .....	1244
1. Zustimmung zur Konzeption eines Weststaates bei den politischen Parteien und bei der westdeutschen Bevölkerung .....	1244
2. Die Einsetzung eines Ausschusses zur Schaffung eines Modellgesetzes für die Errichtung des Parlamentarischen Rates und einer Verfassungskommission auf Herrenchiemsee .....	1246
a) Der Rechtswille des deutschen Volkes als Rechtsquelle für die Errichtung des Parlamentarischen Rates .....	1246

	Seite
b) Die Bildung einer Verfassungskommission von Sachverständigen aus den elf Ländern .....	1248
3. Einsetzung, Besetzung und Vorsitz der Verfassungskommission (sog. Verfassungskonvent) .....	1250
a) Die Bildung von Unterausschüssen und die Ernennung von Bericht-erstattem .....	1252
α) Unterausschuß I: Präambel, Quelle der konstitutiven Gewalt, Grundrechte, gebietliche Ausdehnung, Fortbestand oder Untergang Deutschlands .....	1253
β) Unterausschuß II: Zuständigkeit von Bund und Ländern zur Gesetzgebung, zum Vollzug von Bundesrecht, zur Verwaltung und zur Rechtspflege – Finanzverfassung und Steuergewalt .....	1254
γ) Unterausschuß III: Organisationsfragen, Aufbau, Gestaltung und Funktion der Bundesorgane – Bundesrat oder Senat – Staatsob-erhaupt – Bundesverfassungsgericht .....	1255
b) Generaldebatte des Plenums des Konvents und Zwischenberichte der Unterausschüsse .....	1257
α) Definition der Aufgabe und Gegensätze zwischen Föderalisten und Zentralisten als Schwerpunkt der Generaldebatte .....	1259
β) Die Entscheidung für einen Textentwurf mit Erläuterungen – Streit-punkte .....	1260
c) Die Gliederung des Berichts des Herrenchiemseer Konvents – unbe-strittene Arbeitsergebnisse und Streitpunkte .....	1262
4. Würdigung der Arbeit des Herrenchiemseer Konvents .....	1264
a) Keine Regierungsvorlage, sondern Ausarbeitung von Lösungsmöglich-keiten und deren Gegenüberstellung .....	1265
b) Resonanz bei den politischen Parteien .....	1266
α) SPD: unverbindliche Vorschläge .....	1266
β) CDU/CSU: lediglich Ansatzpunkte, keine überhöhte Bedeutung .....	1267
γ) Keine weiteren Stellungnahmen anderer politischer Parteien .....	1268
c) Keine offizielle Stellungnahme der alliierten Militärregierungen zum Herrenchiemseer Bericht .....	1268
d) Spätere wissenschaftliche Beurteilungen des Herrenchiemseer Konvents und seiner Arbeit – klares Verständnis von Verfassungsstaatlichkeit, frei-heitlicher Demokratie und Rechtsstaat – Orientierung an vorhandenen Länderverfassungen – Provisorium in zeitlicher und räumlicher Hinsicht .....	1268
e) Arbeit von hoher Qualität – erster in sich schlüssiger Entwurf eines Grundgesetzes für das erneuerte westliche Deutschland .....	1269
5. Verfassungsvorstellungen der politischen Parteien, interessierter Wissen-schaftler und des Deutschen Büros für Friedensfragen als Grundlage für die Arbeit des Herrenchiemseer Konvents .....	1270
a) SPD: „Richtlinien zum Aufbau des Reiches und der Länder“ – erster und zweiter sog. Menzel-Entwurf einer „Westdeutschen Satzung“ bzw. eines Grundgesetzes .....	1271
b) CDU und CSU: „Kölner Leitsätze der CDU“ – „Aufruf an das deut-sche Volk“ der Ostzonen-CDU aus Berlin – „Frankfurter Leitsätze“ der hessischen CDU – „Grundsätze für eine deutsche Bundesverfassung“ des Ellwanger Kreises .....	1272
c) FDP: Zurückhaltung gegenüber westdeutschen Teilverfassungsplänen – „Verfassungspolitische Richtlinien“ – Forderung nach einem künftigen deutschen Bundesstaat .....	1274
d) Deutsche Partei und Zentrum: christliche und soziale Ausrichtung .....	1275
e) KPD: keine Verfassungspläne in den westlichen Besatzungszonen .....	1275
f) „Verfassungsvertrag einer deutschen Staatengemeinschaft“ im Deut-schen Büro für Friedensfragen – Vorentwurf für eine deutsche Bundes-verfassung (Glum-Hoegner-Nawiasky) .....	1275

	Seite
g) „Bayerischer Entwurf eines Grundgesetzes für den Verfassungskonvent“ – Distanzierung der Bayerischen Staatsregierung .....	1276
6. Mustergesetzentwurf für die Wahl der Abgeordneten des Parlamentari- schen Rates – parteipolitische Zusammensetzung gemäß den Landtags- wahlen – Parteiabreden – Aufteilung der Abgeordneten nach Ländern und Parteien .....	1277
a) Der Beschluß der Ministerpräsidenten für Bonn als Tagungsort für den Parlamentarischen Rat – Eröffnung am 1. September 1948 im Museum Koenig .....	1278
b) Die Konstituierung des Parlamentarischen Rates – die Wahl des Prä- sidiums und des Ältestenrates, des Präsidenten und der stellvertretenden Vorsitzenden .....	1280
c) Die Einrichtung und personelle Besetzung sowie Bestimmung der Vor- sitzenden der Ausschüsse .....	1281
d) Die personelle Zusammensetzung des Parlamentarischen Rates .....	1282
e) Herausbildung verfassungspolitischer Grundlinien in den Fraktionen – keine festen Fronten – stetige Suche nach einem parteiübergreifenden Kompromiß .....	1284
f) Profilierung herausragender Mitglieder des Parlamentarischen Rates für die künftige Bundespolitik: <i>Konrad Adenauer</i> als Präsident, <i>Carlo Schmid</i> , <i>Theodor Heuß</i> , <i>Hans-Christoph Seebohm</i> und <i>Johannes Brockmann</i> – zahl- reiche Sachkenner .....	1285
7. Der Ablauf der Beratungen im Hauptausschuß und im Plenum .....	1286
a) Der Beginn der Ausschußtätigkeit am 15. September – Zwischenbilanz des Plenums auf seiner 6. und 7. Sitzung am 20./21. Oktober mit Aus- sprache über die Präambel des Grundgesetzes und über die Zweite Kammer – Verlagerung der Arbeit in den Hauptausschuß ab November 1948 .....	1286
b) Erste Intervention der alliierten Militärregierungen in die Sacharbeit des Parlamentarischen Rates durch das Aide-mémoire vom 22. November 1948 – Scheitern des Mißtrauensvotums gegen <i>Adenauer</i> – zweite Le- sung des Hauptausschusses vom 15. Dezember 1948 bis zum 20. Januar 1949 .....	1287
c) Der Abschluß der dritten Lesung des Hauptausschusses am 10. Februar 1949 – Ankündigung der Ansichten der Militärgouverneure im Me- morandum vom 17. Februar 1949 .....	1289
d) Kritisches Memorandum der Militärgouverneure vom 3. März 1949: Abweichen vom förderativen System – Wende der kritischen Situation durch die Mitteilung der westalliierten Außenminister vom 5. April 1949 .....	1289
e) Vierte Lesung des Hauptausschusses vom 6. April bis 6. Mai 1949 – Durchbruch für den Fortgang der Verfassungsberatungen nach der Rücknahme der Einwendungen der Alliierten vom 3. März im April 1949 – Endfassung des Grundgesetzes für das Plenum .....	1291
f) Zweite Lesung des Grundgesetz-Entwurfs im Plenum am 6. Mai 1949 – Besorgnis einer Einigung der Westalliierten mit der Sowjetunion auf Kosten der Deutschen nach Aufhebung der Berlin-Blockade .....	1292
g) Dritte Lesung im Plenum am 8. Mai 1949: Generaldebatte und gering- fügige Änderung einzelner Artikel – Annahme des Grundgesetzes in namentlicher Abstimmung .....	1293
8. Die Kontroverse um die Zuständigkeit zur Verabschiedung des Wahlgeset- zes: Parlamentarischer Rat oder Ministerpräsidenten .....	1293
a) Mehrheits- oder Verhältniswahlssystem als entscheidende Frage im Wahlrechtsausschuß – der Kompromißentwurf vom 4. Februar 1949 zugunsten des Verhältniswahlsystems – keine Sperrklausel .....	1294

## Inhaltsverzeichnis

	Seite
b) Die Billigung des Kompromißentwurfs am 24. Februar 1949 im Plenum .....	1295
c) Das Votum der alliierten Militärgouverneure für die Verabschiedung des Wahlgesetzes in den Landtagen der einzelnen Länder – Kompetenz der Länder für Wahlapparat und Wahldurchführung .....	1295
d) Der Beschluß des Wahlgesetzes im Wahlrechtsausschuß, im Hauptauschuß und im Plenum in sachlich unveränderter Form ohne Sperrklausel am 10. Mai 1949 .....	1297
e) Die Zustimmungsverweigerung der Militärgouverneure – neues verändertes Wahlgesetz der Ministerpräsidenten: Einfügung einer länderbezogenen 5%-Klausel – Befehl der Militärgouverneure zum Inkraftsetzen des veränderten Wahlgesetzes am 15. Juni 1949 .....	1298
9. Entscheidungszwang und Vorgaben der Alliierten, aber keine Determination des Parlamentarischen Rates – Wille zum Kompromiß – staatsorganisatorische, konfessionelle und weltanschauliche Gegensätze – Weimarer Reichsverfassung und Länderverfassungen als Vergleichsmaterial .....	1299
a) Der Fortbestand Deutschlands als Grundposition .....	1301
b) Die Meinungsverschiedenheiten über die Quelle der Konstitutionalisierung und den Staatsnamen „Bundesrepublik Deutschland“ .....	1301
c) Vorläufigkeit und umfassender Regelungsanspruch der zu schaffenden Verfassung .....	1302
α) Große Bedeutung der Präambel: Bekenntnis zu Gesamtdeutschland, Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes, nationale Einheit und europäische Vereinigung als Ziel, zeitlich und räumlich begrenzte Geltung, keine Erwähnung des Parlamentarischen Rates, Verantwortung des deutschen Volkes vor Gott – unterschiedliche Auffassungen über die Formulierung .....	1302
β) Die Bundesflagge: Einigkeit bei den Bundesfarben, verschiedene Gestaltungsvorschläge .....	1305
γ) Der Streit um die Aufnahme und inhaltliche Fassung des Art. 146 GG: Erweiterung der Formulierung auf das „gesamte deutsche Volk“, Ablehnung weiterer Änderungsanträge .....	1307
d) Die Kontroverse über Konstruktion und Kompetenzen der „Zweiten Kammer“ sowie die Ausgestaltung der Finanzverfassung .....	1308
α) Einigkeit über die Schaffung einer „Zweiten Kammer“ als föderatives Organ – Uneinigkeit über Ausgestaltung der „Zweiten Kammer“ und ihr Verhältnis zur „Ersten“ – Entscheidung zugunsten der Bundesrats- und die gegen die Senatslösung .....	1308
β) Die Regelung des Finanzwesens im Zeichen der Auseinandersetzungen von Sachverständigen und Interventionen der Alliierten ...	1311
αα) Einigkeit über die Grundsatzgesetzgebung des Bundes für alle Hauptsteuern – Kontroverse um die Finanzhoheit des Bundes ...	1312
ββ) Die Zuweisung der Steuereinnahmen an Bund und Länder .....	1312
γγ) Die Auseinandersetzung um die Bundes- und Landesfinanzverwaltung .....	1313
δδ) Forderungen der Alliierten nach unabhängigen Einnahmequellen der Länder – Erfordernis der Zustimmung des Bundesrates zu Bundesgesetzen, deren Steuereinnahmen Ländern und Gemeinden zufließen – Scheitern einer einheitlichen Finanzverwaltung .....	1314
e) Die Verankerung der politischen Parteien im Grundgesetz als verfassungsrechtliches Novum – Mindestanforderung für die Legalität einer Partei – verfassungsgerichtliche Zuständigkeit für ein Parteiverbot – Verpflichtung der Parteien zur Offenlegung ihrer Finanzquellen – umstrittener Ermessensspielraum des Bundesverfassungsgerichts beim Parteiverbot – Bundeskompetenz für ein Parteiengesetz .....	1315

	Seite
f) Meinungsverschiedenheiten über die verfassungsrechtliche Position des Staatsoberhauptes: Mehrheit für einen „pouvoir neutre“ – Bundespräsident oder Bundespräsidium – Bundespräsident als „Symbol für eine werdende deutsche Einheit“ – keine Volkswahl des Bundespräsidenten – Einigung auf die Bundesversammlung als Wahlorgan .....	1316
g) Die Aufwertung der Rechtsprechung durch einen eigenen Grundgesetzabschnitt – Auseinandersetzungen um die Errichtung der Bundesarbeits-, Bundesverwaltungs- und der Verfassungsgerichtsbarkeit des Bundes sowie um die Notwendigkeit eines Obersten Bundesgerichts ....	1318
α) Verpflichtung zur Errichtung eines Bundesarbeits- und eines Bundesverwaltungsgerichts .....	1319
β) Besondere Bedeutung des Bundesverfassungsgerichts – keine Zusammenlegung mit dem Obersten Bundesgericht – keine Aufnahme der Verfassungsbeschwerde in das Grundgesetz – Meinungsverschiedenheiten über die Errichtung eines Obersten Bundesgerichts als eigenständige Einrichtung .....	1319
γ) Richteranklage als verfassungsrechtliches Novum .....	1320
δ) Abschaffung der Todesstrafe nach ausführlicher Plenumsdebatte .....	1320
h) Die Grundrechte: Einigkeit im Bereich der klassischen Freiheitsrechte, der politischen Rechte und Prozeßgrundrechte – gewichtige konfessionelle und weltanschauliche Gegensätze beim Schutz von Ehe und Familie, Eltern- und Schulrecht sowie bei der Aufnahme sozialer Grundrechte – strittige Positionen zu Staatsangehörigkeit, Asylrecht und Kriegsdienstverweigerung .....	1321
α) Die Grundrechte der Artikel 6 und 7 GG .....	1321
αα) Der Kampf um das von CDU/CSU, Zentrum und DP geforderte Elternrecht namentlich zur Bestimmung der Schulart .....	1321
ββ) Ehe- und Familienschutz: Anknüpfung an die Regelungen der Weimarer Reichsverfassung oder Beschränkung auf die „klassischen Grundrechte“ – Gleichstellung unehelicher Kinder nur in gesellschaftlicher, nicht in erbrechtlicher Hinsicht .....	1322
β) Getrennte Beratung über Staatsangehörigkeit, Auslieferung und Asylrecht .....	1323
αα) Verbot des Entzugs der deutschen Staatsangehörigkeit als Reaktion auf nationalsozialistische Ausbürgerungsgesetze – Verlust der Staatsangehörigkeit nur nach Erwerb einer anderen als zusätzlicher Schutz gegen Staatenlosigkeit .....	1323
ββ) Wiedereinbürgerung von Ausgebürgerten auf Antrag .....	1324
γγ) Auslieferungsverbot .....	1324
δδ) Meinungsverschiedenheiten über Umfang und Einschränkungsmöglichkeiten des Asylrechts – Einigung auf ein absolutes Asylrecht .....	1324
γ) Kriegsdienstverweigerung als Individualrecht – Berücksichtigung zahlreicher Eingaben aus der Bevölkerung .....	1326
10. Bewertung der Verfassungsarbeit des Parlamentarischen Rates: Respekt und Anerkennung – Zustandekommen unter wenig Publizität – kein Legitimationsdefizit des Grundgesetzes .....	1327
11. Das Inkrafttreten des Grundgesetzes .....	1329
a) Rege Kontakte zwischen den alliierten Militärgouverneuren mit Delegationen und einzelnen Abgeordneten des Parlamentarischen Rates – Selbstverständnis des Parlamentarischen Rates: kein Befehlsempfänger, sondern Handeln im deutschen Auftrag .....	1329
α) Der Bundesstaat als nicht oktroyierter Verfassungstyp .....	1332
β) Das Memorandum vom 3. März 1949 als gewichtiger Eingriff in die deutsche Regelungskompetenz – keine Trennung von Bundes- und Landesfinanzverwaltung – bundesstaatliche Gliederung und Finanz-	

## Inhaltsverzeichnis

	Seite
verfassung trotz alliierter Interventionen eigenständige deutsche Entscheidungen – kein besatzungsrechtlicher Oktroi .....	1333
b) Der Genehmigungsvorbehalt in Dokument I als eigentliche Quelle besatzungsrechtlicher Macht – das Genehmigungsschreiben der Alliierten vom 12. Mai 1949 .....	1335
c) Die Annahme des Grundgesetzes durch die Zustimmung von zwei Dritteln der Landesparlamente der elf westdeutschen Länder – wiederholte Ablehnung eines Volksentscheids .....	1337
α) Die Annahme des Grundgesetzes in zehn der elf Landesparlamente nach lebhaften Debatten .....	1339
β) Die Ablehnung des Grundgesetzes im Bayerischen Landtag bei gleichzeitiger Anerkennung seiner Rechtsverbindlichkeit für Bayern im Falle seiner Annahme – „Sache des Föderalismus“ als Grund für die bayerische Ablehnung .....	1339
d) Feststellung der Annahme, Ausfertigung und Verkündung des Grundgesetzes durch den Parlamentarischen Rat am 23. Mai 1949 – Textfassung der Ausfertigungsurkunde – Bekenntnis der Stadtverordnetenversammlung von Groß-Berlin zu den Prinzipien und Zielen des Grundgesetzes – Publikation des Grundgesetzes im Bundesgesetzblatt ...	1340
 III. Die Bildung der Staatsorgane der Bundesrepublik Deutschland ..	 1341
1. Vorbereitung der Wahl zum ersten Deutschen Bundestag und der Bundesversammlung auf der Grundlage des ersten Wahlgesetzes – Meinungsverschiedenheiten zwischen Überleitungsausschuß, Ministerpräsidenten und Wirtschaftsrat .....	1341
a) Einsetzung eines gemeinsamen Vorbereitungsausschusses der Ministerpräsidenten und des Parlamentarischen Rates .....	1342
b) Einsetzung eines Hauptausschusses durch die Ministerpräsidenten der Länder .....	1343
c) Bildung eines Konsultationsausschusses aus Vertretern des Parlamentarischen Rates, der Ministerpräsidenten und der Alliierten .....	1344
d) Keine Beschlußfassung durch den Überleitungsausschuß .....	1344
e) Beratungen im Organisationsausschuß über Zahl und Funktion der zu errichtenden Ministerien, die Pflege der auswärtigen Angelegenheiten und den Aufbau der Kanzlei des Bundeskanzlers .....	1344
2. Geringe Bedeutung der Überleitungsgremien – Verlagerung der Entwicklung auf die Exponenten der politischen Parteien – personalpolitische Vorstellungen Adenauers .....	1345
3. Bonn als vorläufiger Sitz der Bundesorgane .....	1346
4. Die Zeit der „Zwischenlegalität und Umorganisation“ – Vorboten des Bundestagswahlkampfes .....	1347
a) Ersetzung der Kontrollinstanz der Militärgouverneure durch „Hohe Kommissare“ – triumphaler Abschied General <i>Clays</i> aus Deutschland .....	1347
b) Letzte Tagung der Ministerpräsidentenkonferenz – erstes Budget der Bundesrepublik – geringe Resonanz für die Aufbauleistungen der Bizonenverwaltung .....	1348
5. Festlegung des Wahltages für die erste Bundestagswahl – Parteien und Kandidaten .....	1348
a) Hart geführter Bundestagswahlkampf – die Protagonisten Adenauer und Schumacher – programmatische Grundlinien der wichtigsten Parteien ....	1349
b) Ergebnis der ersten Bundestagswahl und Zusammensetzung des ersten Bundestages .....	1350
6. Notwendigkeit von Koalitionsabsprachen für die Wahlen von Bundespräsident, Bundestags- und Bundesratspräsident sowie die Regierungsbildung – <i>Schumachers</i> Ablehnung einer Koalition mit der CDU/CSU	1352

	Seite
a) <i>Adenauers</i> Vorbereitung der Regierungsbildung: „Kleine Koalition“ unter Einbeziehung der DP – Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft – Widerstände in der CDU/CSU gegen <i>Adenauers</i> Koalitions- und Personalpolitik .....	1352
b) Erste Sitzung des Bundestages am 7. September 1949 .....	1354
c) Die Wahl <i>Karl Arnolds</i> und nicht <i>Hans Ehards</i> zum Präsidenten des Bundesrates – Zerwürfnis von CDU und CSU .....	1354
d) Die Wahl <i>Theodor Heuß'</i> zum Bundespräsidenten am 12. September 1949 .....	1355
e) Die Wahl des Bundeskanzlers .....	1357
α) Die Wahl <i>Konrad Adenauers</i> zum Bundeskanzler im ersten Wahlgang mit gerade ausreichender Stimmenzahl .....	1357
β) Regierungsbildung – Beginn der 14-jährigen Kanzlerschaft <i>Adenauers</i> ..	1358
7. Errichtung von dreizehn Bundesministerien – Neuaufbau des Bundespräsidialamtes, der Verwaltungen von Bundestag und Bundesrat – Errichtung des Bundesverfassungsgerichts und der „oberen“ bzw. „obersten“ Bundesgerichte .....	1359
a) Das Bundespräsidialamt .....	1360
b) Die Parlamentsverwaltung: Organisationsgewalt des Bundestagspräsidenten – der Direktor beim Deutschen Bundestag als Behördenleiter – Übernahme der Bediensteten des Parlamentarischen Rates in die Bundestagsverwaltung .....	1361
c) Die Bundesratsverwaltung: Errichtung eines Sekretariats mit Fachreferaten – der Direktor des Bundesrates als Behördenleiter .....	1362
d) Der Aufbau des Bundeskanzleramtes und der Bundesministerien – großer Handlungsspielraum für den ersten Bundeskanzler angesichts des Fehlens rechtlicher Grundlagen .....	1363
α) Die Administration des Wirtschaftsrates als Keimzelle für einige Bundesministerien – Erarbeitung des organisatorischen und personellen Aufbaus der Ministerien durch die <i>Heinemann-Schäffer-Kommission</i> – Organisation der Übernahme der Frankfurter Verwaltung durch eine weitere Kommission .....	1363
β) Der Aufbau des Bundeskanzleramtes – <i>Hans Globke</i> als engster Mitarbeiter und Vertrauter <i>Adenauers</i> .....	1364
γ) Schrittweise Errichtung des Auswärtigen Amtes .....	1364
e) Das Bundesverfassungsgericht als „verspätetes Verfassungsorgan“ .....	1365
α) Unterschiedliche Vorschläge für die Bundesverfassungsgerichtsbarkeit – Karlsruhe als vorläufiger Sitz des Gerichts .....	1365
β) Gegensätzliche Entwürfe von SPD und Bundesregierung für die organisatorische und kompetenzielle Stellung des Bundesverfassungsgerichts – Ausräumung der Streitfragen in einem eigenen Unterausschuß des Rechtsausschusses .....	1366
γ) Die Auswahl der Richter durch den Wahlmännerausschuß des Bundestages – Vorbereitung der Wahl durch das „Vertrauensmännergremium“ des Bundesrates – Wahl der Bundesverfassungsrichter im September 1951 .....	1368
δ) Die Wahl des Präsidenten und des Vizepräsidenten des Bundesverfassungsgerichts .....	1370
e) Parteizugehörigkeit und Parteinähe der ersten Richter des Bundesverfassungsgerichts .....	1370
f) Die Errichtung der Bundesgerichtsbarkeit .....	1370
α) Verzicht auf die Errichtung des „Obersten Bundesgerichts“ .....	1370
β) Errichtung „oberer“ (heute: „oberster“) Bundesgerichte .....	1371
αα) Der Bundesgerichtshof .....	1371
ββ) Der Bundesfinanzhof .....	1371
γγ) Das Bundesverwaltungsgericht und der Bundesdisziplinarhof .....	1372

## Inhaltsverzeichnis

	Seite
δδ) Das Bundesarbeitsgericht .....	1374
εε) Das Bundessozialgericht .....	1374
g) Personalentscheidungen und Besetzungen der Ämter in der Bundesverwaltung – rechtliche Vorgaben der Art. 33, 36 GG und des Militärregierungsgesetzes Nr. 15 – große Bedeutung parteipolitischer Bindung und konfessioneller Zugehörigkeit – Kritik an der Personalpolitik wegen der Verwendung von früheren Mitgliedern der NSDAP .....	1375
IV. Besatzungshoheit, Besatzungsstatut und Besatzungsrecht .....	1376
1. Die Bestrebungen der westlichen Besatzungsmächte für ein rechtsförmliches Besatzungsstatut – Ausarbeitung konkreter Vorschläge von deutscher Seite – Besatzungsstatut als Ersatz für einen Friedensvertrag .....	1376
2. Einsicht der westlichen Alliierten hinsichtlich der Notwendigkeit einer rechtsförmlichen Festlegung der Besatzungsgewalt – Grundsätze für ein Besatzungsstatut der Londoner Sechs-Mächte-Konferenz – das Frankfurter Dokument III als Rückschritt im Verhältnis der Deutschen zu den Besatzungsmächten .....	1378
a) Die Leitsätze für ein Besatzungsstatut seitens der Ministerpräsidenten – Widerspruch der Alliierten zu den deutschen Vorschlägen – Verschiebung des Themas Besatzungsstatut .....	1380
b) Harmonische Zusammenarbeit zwischen dem Ausschuß für das Besatzungsstatut des Parlamentarischen Rates und des Besatzungsstatut-Ausschusses der Ministerpräsidenten .....	1382
3. Das lange Warten auf das Besatzungsstatut .....	1382
a) Meinungsverschiedenheiten unter den Alliierten über den Inhalt des Besatzungsstatuts – Einigkeit der drei westlichen Außenminister über den Entwurf eines Besatzungsstatuts und Übergabe an das Präsidium des Parlamentarischen Rates am 10. April 1949: Übertragung von mehr Kompetenzen an Bund und Länder – Botschaft der Außenminister der westlichen Alliierten: Errichtung einer Alliierten Hohen Kommission .....	1383
b) Die Einsetzung von drei Unterausschüssen des Ausschusses für das Besatzungsstatut – Erarbeitung von Thesen für den Inhalt eines Besatzungsstatuts .....	1385
c) Konträre Standpunkte von deutscher und alliierter Seite über den Inhalt des Besatzungsstatuts – Erarbeitung eines Fragenkataloges durch den Ausschuß für das Besatzungsstatut und Resolution der Ministerpräsidenten für die Öffentlichkeit .....	1386
d) Die Besprechung mit den Militärgouverneuren am 14. April 1949 – geringer deutscher Einfluß auf den endgültigen Text .....	1387
4. Die Übergabe des Besatzungsstatuts am 21. September 1949 nach Bildung der Bundesregierung – der Inhalt des Statuts – weitere ergänzende Dokumente zum Besatzungsstatut .....	1387
5. Die Begrenzung der deutschen Souveränität durch das Konglomerat besatzungsrechtlicher Vorschriften – ungewisse Zukunft trotz Revisionsklausel ..	1391
6. Das Besatzungsstatut als Teil des deutschen Verfassungsrechts – völkerrechtliche Legitimationsgrundlage des Besatzungsstatuts .....	1392
a) Die Errichtung der „Alliierten Hohen Kommission“ zur Ausübung der den Besatzungsmächten vorbehaltenen Befugnisse .....	1393
b) Deutsche Unzufriedenheit mit dem Besatzungsstatut: Fehlen von Schieds- und Vergleichsstellen, Fortdauer von Kriegszustand und militärischer Besetzung – die Revisionsklausel als Hoffnungsschimmer .....	1394
7. Der Besuch des amerikanischen Außenministers 1949 in der Bundesrepublik als Ausgangspunkt für eine „generelle Neuordnung der deutsch-alliierten Beziehungen“ – Uneinigkeit der Westalliierten und heftige Aus-	

	Seite
einandersetzungen zwischen Bundesregierung und Opposition – <i>Adenauers</i> konsequente Politik der Westbindung .....	1394
a) Das sog. Petersberg-Abkommen vom November 1949 als erster Schritt der Westintegration: wesentliche Begrenzung der Demontagen, Entwicklung einer gemeinsamen Vertrauensgrundlage und eines Sicherheitsgefühls in Westeuropa – erster Organstreit zwischen Oppositionsfraktion und Bundesregierung vor dem Bundesverfassungsgericht .....	1396
b) Verknüpfung von Revision und Abschaffung des Besatzungsstatuts mit der deutschen Sicherheitslage – Andeutung eines deutschen Verteidigungsbeitrages – Deutschland-Erklärung der drei Außenminister vom 15. Mai 1950 – Plädoyer der New Yorker Außenministerkonferenz vom September 1950 für Beendigung des Kriegszustandes mit Deutschland und weitere Übertragung außenpolitischer Handlungsfähigkeit .....	1398
α) Die Bedingungen der westlichen Besatzungsmächte für eine Revision des Besatzungsstatuts .....	1400
β) Revision des Besatzungsstatuts und Rückgewinnung außenpolitischer Handlungsfreiheit – Zustimmung zur Errichtung eines Außenministeriums .....	1400
γ) Die endgültige Ablösung des Besatzungsstatuts nach vier Jahren .....	1402
8. Der Schuman-Plan und die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl ( <i>Montanunion</i> ) .....	1402
a) Die Grundlagen der Montanunion: französische Sicherheitsinteressen und deutscher Wunsch, das Ruhrstatut und die Dekartellisierungsvorschritten abzuschütteln – Schaffung einer Hohen Behörde und eines gemeinsamen Marktes – Supranationalität und Gemeinschaftsgerichtshof ..	1404
b) Die Konferenz der Außenminister vom 12. bis 19. April 1951 in Paris: Unterzeichnung des Hauptvertrages und seiner Nebenabkommen, Einbeziehung der saarländischen Montanwirtschaft .....	1405
c) Beratung und Verabschiedung des Montanunion-Vertrages in Bundesrat und Bundestag – Aufhebung des Ruhrstatuts .....	1406
d) Die Organe der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl: Hohe Behörde, Beratender Ausschuß, Ministerrat, Versammlung ( <i>Montanparlament</i> ) und Gerichtshof .....	1407
e) Juristische Debatten über die neuartige Konzeption des Montanunion-Vertrages .....	1408
9. <i>Adenauers</i> Forderung nach Aufhebung des Besatzungsstatuts – alliierte Forderung eines deutschen Verteidigungsbeitrages – die Europäische Verteidigungsgemeinschaft ( <i>Pleven-Plan</i> ) – die Washingtoner Außenministerkonferenz vom September 1951 – Verhandlungen über einen Generalvertrag zwischen Deutschland und den Alliierten .....	1409
a) Der Deutschlandvertrag ( <i>Generalvertrag</i> ) .....	1410
b) Der Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft ( <i>EVG-Vertrag</i> ) .....	1412
α) Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit des EVG-Vertrages und des Generalvertrages .....	1414
αα) Anhängigkeit von drei Verfahren beim Bundesverfassungsgericht .....	1415
ββ) Die zurückweisenden Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts .....	1415
β) Die sog. Stalin-Note vom 10. März 1952 und der sich daran anschließende Notenwechsel .....	1416
γ) Das Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft in der französischen Nationalversammlung .....	1417
c) Alliierte Pläne für die Aufnahme Deutschlands in die NATO und in die WEU – Lösung der Saarfrage als Voraussetzung für die Aufnahme der	

## Inhaltsverzeichnis

	Seite
Bundesrepublik in das westliche Bündnis – Abschluß der Pariser Verträge im Oktober 1954 .....	1418
α) Der revidierte Deutschlandvertrag .....	1421
β) Die Zusatzverträge gemäß Art. 8 des Deutschlandvertrages .....	1422
αα) Der Truppenvertrag .....	1422
ββ) Der Finanzvertrag .....	1422
γγ) Der Überleitungsvertrag .....	1422
γ) Das Saarabkommen und das Saarstatut .....	1423
δ) Die Aufnahme der Bundesrepublik in die Westeuropäische Union ...	1423
ε) Die Aufnahme der Bundesrepublik in die Nordatlantische Verteidigungsgemeinschaft .....	1423
ζ) Die Aufhebung des Besatzungsstatuts und die Auflösung der Alliierten Hohen Kommission sowie der Dienststellen der Landeskommissariate .....	1423
d) Fortbestand von Einschränkungen der Souveränität der Bundesrepublik .....	1424
10. Der Fortbestand von besatzungsrechtlichen Rechtsakten und Verwaltungsmaßnahmen sowie Gerichtsentscheidungen der Militärgerichte nach Aufhebung des Besatzungsstatuts .....	1425
a) Keine ipso-jure-Aufhebung von Besatzungsvorschriften – Erstes und Zweites deutsches Aufhebungsgesetz .....	1426
b) Die Beschränkung der Aufhebungs- und Veränderungsbefugnis der deutschen Staatsorgane .....	1427
α) „Versteinertes“ oder „festgeschriebenes“ Besatzungsrecht .....	1428
β) „Gewöhnliches“ Besatzungsrecht .....	1428
c) Der Vorrang des Besatzungsrechts vor jeglichem deutschem Recht – Pflicht des deutschen Gesetzgebers zur Aufhebung verfassungswidrigen Besatzungsrechts .....	1428
d) Die Aufhebung besatzungsrechtlicher Vorschriften durch die Alliierten .	1429
11. Der künftige Weg zum gefestigten und reifen Verfassungsstaat für einen Teil des deutschen Volkes eingebettet in den Verbund westeuropäischer Staaten .....	1430
V. Konsolidierung und Entwicklung der Verfassungsstaatlichkeit der Bundesrepublik Deutschland .....	1432
1. Erste Würdigungen des Grundgesetzes – Verbindung von Verfassungsentwicklung und politischen Entscheidungsabläufen – der Weg zum reifen Verfassungsstaat .....	1432
2. Die Revisionsklausel des Art. 79 GG: gestiegene Anforderungen an die Änderung der Verfassung .....	1434
a) Klarstellende Funktion des Art. 79 Abs. 1 Satz 2 GG .....	1435
b) Der „politische Akteur“ als Adressat des Art. 79 Abs. 2 GG .....	1436
3. Zahl, Bedeutung und Struktur der Verfassungsänderungen – Verfassungsänderungen mit Einfluß auf die innen- und außenpolitische Stellung der Bundesrepublik Deutschland .....	1436
4. Die Verfassungsnovellen der fünfziger, sechziger und neunziger Jahre: Wehr- sowie Finanz- und Haushaltsverfassung, gesellschaftlicher Umbruch, Wiedervereinigung .....	1438
5. Die Einfügung der Wehrverfassung in das Grundgesetz .....	1439
a) Verknüpfung des Wehrbeitrages mit deutscher Gleichberechtigung im westlichen Bündnis – deutsche Kontingente in einer europäischatlantischen Streitmacht – das deutsche „Sicherheitsmemorandum“ von 1950 – die Sicherheitsgarantie der New Yorker Außenministerkonferenz .....	1440

	Seite
b) Der innenpolitische „Kampf um den Wehrbeitrag“ – die „Himmeroder Denkschrift“ als Gründungsdokument der Bundeswehr – die Anrufung des Bundesverfassungsgerichts durch die SPD-Opposition .....	1441
c) Erster Teil der Wehrverfassung 1954: Grundgesetzänderungen und Freiwilligengesetz .....	1443
d) Zweiter Teil der Wehrverfassung 1956: Streitkräfte als Teil der vollziehenden Gewalt – Wehrbeauftragter und Verteidigungsausschuß – kein grundrechts- und parlamentsfreier Raum .....	1444
6. Das Finanzverfassungsgesetz von 1955 – Bund-Länder-Verhältnis und Fondswirtschaft des Bundes als Gründe für eine umfassende Finanzreform nebst Ergänzung des Art. 109 GG – das <i>Troeger</i> -Gutachten .....	1445
a) Erfolge der sozialen Marktwirtschaft unter Bundeswirtschaftsminister <i>Ludwig Erhard</i> : Vollbeschäftigung, anhaltender Wirtschaftsaufschwung, Ausweitung der Sozialpolitik – das „deutsche Wirtschaftswunder“ – <i>Adenauers</i> „Kanzlerdemokratie“ – <i>Erhard</i> als Nachfolger .....	1446
α) Ungelöste Probleme in der Kanzlerschaft <i>Erhards</i> : „Notstandsrecht“, übergroße Zuwachsraten der öffentlichen Haushalte, 10 Mrd. Mark Deckungslücke im Bundesetat 1966 – Gerüchte über eine „Große Koalition“ – Streit zwischen „Atlantikern“ und „Gaullisten“ .....	1449
β) 1966 als innenpolitisches Wendjahr: überzogene Erwartungen der Bürger, CDU-Verluste bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen, Rückzug der vier FDP-Minister aus der Bundesregierung, Rücktritt <i>Erhards</i> am 30. November .....	1451
γ) <i>Kurt Georg Kiesinger</i> als Bundeskanzler – Bildung einer „Großen Koalition“ zwischen CDU/CSU und SPD – <i>Willy Brandt</i> als Außenminister und Vizekanzler .....	1452
δ) Die Regierungserklärung <i>Kiesingers</i> : Stabilisierung von Wirtschaft und Währung, Ausgleich der öffentlichen Haushalte und Finanzverfassungsreform als Hauptaufgaben – Kompromisse oder „Ausklammern“ von Problemen als <i>raison d'être</i> der Großen Koalition – großer Einfluß der Fraktionsvorsitzenden <i>Rainer Barzel</i> und <i>Helmuth Schmidt</i> auf die Regierungsarbeit .....	1452
b) Neue Ideen in der Wirtschaftspolitik: „harmonisches Wirtschaftswachstum“, „globale Wirtschaftssteuerung“, mittelfristige Finanzplanung, „antizyklische Finanzpolitik“, „konjunkturgerechte Haushaltswirtschaft“, „konzertierte Aktion“, „Wachstumsvorsorge“ – Verabschiedung der Finanz- und Haushaltsverfassungsreform im Mai 1969 .....	1453
α) Einführung der Absätze 2 bis 4 in Art. 109 GG und Verabschiedung des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes: Verfassungsrechtliche Verpflichtung der Haushaltswirtschaft von Bund und Ländern auf die Erfordernisse des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts .....	1454
αα) Das sog. magische Viereck in § 1 des StabG – das Instrumentarium des Stabilitätsgesetzes: Eingriffs-, Informations-, Koordinations- und Planungsinstrumente .....	1455
ββ) Auswirkungen des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes: Stärkung der Exekutive, Kompetenzverluste des Parlaments – „kooperativer Föderalismus“, Schaffung des Konjunkturrates – Kreditlimitierung der öffentlichen Haushalte, Konjunkturausgleichsrücklage zur Abwehr einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts (Art. 109 Abs. 4 GG) .....	1455
β) Die Finanzverfassungsreform der Großen Koalition – Hauptziele: Abgrenzung der Aufgaben und der Finanzverantwortung von Bund und Ländern, Neuordnung des bundesstaatlichen Finanzausgleichs, Gemeindefinanzreform – Einfügung der Art 91 a, 91 b und 104 a GG sowie Änderung der Art. 105 bis 108 und 115 c GG – Erweiterung der Gesetzgebungszuständigkeiten des Bundes .....	1456

αα) Einfügung des neuen Abschnitts VIII a in das Grundgesetz – Legalisierung des finanziellen Zusammenwirkens von Bund und Ländern: Hochschulbau, Verbesserung der regionalen Wirtschafts- und der Agrarstruktur, Küstenschutz (Art. 91 a GG) – verfassungsrechtliche Begrenzung des Begriffs „Gemeinschaftsaufgaben“ .....	1458
ββ) Art. 91 b GG: Legalisierung bestehender Bund-Länder-Vereinbarungen auf dem Gebiet der Bildungsplanung – Wissenschafts- und Bildungsrat .....	1459
γ) Verselbständigung und Präzisierung der „allgemeinen Lastenverteilungsnorm“ (Art. 104 a GG) – Einfügung einer sachlich beschränkten Investitionsfinanzierungskompetenz des Bundes .....	1459
δ) Steuerverbundsystem statt Trennprinzip – verfassungsrechtliche Festschreibung der hälftigen Aufteilung der Erträge der Einkommen- und Körperschaftsteuer zwischen Bund und Ländern – Einbeziehung der Gemeinden in den Steuerverbund (Art. 106 Abs. 5 GG) – Fortgeltung des horizontalen Finanzausgleichs zwischen den Ländern .....	1460
c) Die Haushaltsverfassungsreform (Änderung der Art. 109 Abs. 3, 110, 112, 113 und 115 GG): Reform der Reichshaushaltsordnung, Einfügung einer mittelfristigen Finanzplanung in Bund und Ländern, Modernisierung des Haushaltsrechts, Vereinheitlichung und Transparenz der Haushaltswirtschaft .....	1460
α) Vereinheitlichung des Haushaltsrechts von Bund und Ländern: Art. 109 Abs. 3 GG, Haushaltsgrundsätzegesetz, Bundeshaushaltsordnung, Finanzplanungsrat und mittelfristige Finanzplanung .....	1461
β) Erweiterung der Vetokompetenzen der Bundesregierung gegenüber Ausgabeerhöhungen und Einnahmемinderungen des Bundestages (Art. 113 GG) .....	1461
γ) Grundlegende Neuordnung der Kreditaufnahmeregelung des Art. 115 GG: Wegfall der außerordentlichen Haushalte, materielle Kreditaufnahmebegrenzung, Beschränkung der Kredite auf die Höhe der Investitionsausgaben – Ausnahme: Abwehr einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts – rechtliche Umsetzung in § 10 Abs. 3 Nr. 2 Satz 2 Haushaltsgrundsätzegesetz .....	1462
δ) Die Regelungen des Maastrichter Vertrages: Beschränkung der Neuverschuldung auf 3 % des Bruttoinlandsprodukts, Begrenzung der öffentlichen Gesamtverschuldung auf 60% des Bruttoinlandsprodukts .....	1462
e) Ausdehnung der Gesetzgebungszuständigkeiten: Einfügung der Nummern 13, 19a und 22 in Art. 74 GG als konkurrierende Gesetzgebungszuständigkeiten sowie einer weiteren Rahmenrechtssetzungskompetenz des Bundes in Art. 75 Nr. 1a GG .....	1463
7. Die Notstandsverfassung: der Schröder-Entwurf von 1960, der Höcherl-Entwurf von 1962 und der Benda-Entwurf von 1965 – Einreichung des Lücke-Entwurfs im Bundestag 1967 – lautstarker Protest gegen die Grundgesetzänderung – Ziele der Protestbewegung: die amerikanische Intervention in Vietnam, der Shah-Besuch in Deutschland, der Springer-Verlag, Kaufhäuser, die „Ordinarien-Universität“ – Marsch der Protestbewegung durch die Institutionen – Fundamentalopposition gegen die grundgesetzliche Ordnung – knappes Scheitern der NPD bei den Bundestagswahlen 1969 – Gründung der DKP – Entstehen der „Außerparlamentarischen Opposition“ – stabile parlamentarische Demokratie .....	1463
a) Verabschiedung der Notstandsregelung durch Bundestag und Bundesrat 1968 .....	1466
b) Keine „Gegenverfassung“ zur „Normalverfassung“: Mitwirkung des Parlaments, keine Ausschaltung des Bundesverfassungsgerichts, kein Zustand der Verfassungslosigkeit .....	1466

	Seite
c) Die Positivierung des Widerstandsrechts in Art. 20 Abs. 4 GG und die Verankerung der Verfassungsbeschwerden .....	1467
8. Innenpolitische Reformen der Großen Koalition .....	1467
a) Erfolglosigkeit der CDU/CSU-SPD-Koalition bei der Wahlrechtsreform in Richtung auf ein Mehrheitswahlrecht – Einsetzung eines Beirats für Fragen der Wahlrechtsreform durch Bundesinnenminister <i>Paul Lücke</i> – Wahl <i>Gustav Heinemanns</i> zum Bundespräsidenten – Abkehr der SPD von der Wahlrechtsreform .....	1467
b) Wichtige Reformschritte .....	1469
α) Unverjährbarkeit von Völkermord, Verlängerung der Verjährungsfrist für nationalsozialistische Gewalttaten auf 30 Jahre – Verschärfung der Strafvorschriften gegen Hochverrat, Staatsgefährdung und Landesverrat – Lockerung des Strafrechts durch das Straffreiheitsgesetz 1968: Abschaffung des Zuchthauses, Beseitigung der Strafbarkeit von Homosexualität und Ehebruch – Entkriminalisierung des „Ordnungs- und Verwaltungsunrechts“ .....	1469
β) Neufassung der Art. 95 und 96 GG: Ausdrückliche Nennung der fünf „obersten“ Bundesgerichte, Bildung eines Gemeinsamen Senats der obersten Gerichtshöfe – Errichtung des Bundesdisziplinargerichts – Möglichkeit der Übertragung von Straferichtsbarkeit des Bundes auf die Länder .....	1470
γ) Das Parteiengesetz vom 24. Juli 1967 .....	1470
δ) Reformen auf dem Gebiet der Sozialpolitik: Wohnungsbau, Konjunkturförderungsprogramme, Sozialklausel im Mietrecht – Scheitern der Bau- und Bodenrechtsreform – Erlass des Arbeitsförderungsgesetzes, des Berufsbildungsgesetzes, des Ausbildungsförderungsgesetzes, des Gesetzes über die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Neufassung des Arbeitsplatzschutzgesetzes und des Kündigungsschutz- und Tarifvertragsgesetzes – Gesetz über die Rechtsstellung der nichtehelichen Kinder – Gesetz zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses – Erlass des Aufenthaltsgesetzes/EWG .....	1471
c) Große Koalition als Widerspruch zum Wechselspiel von Regierung und starker Opposition sowie als „Übergangsphänomen“ – neue politische Konstellationen: Zusammengehen von SPD und FDP .....	1472
9. Die Bildung einer sozial-liberalen Koalition unter <i>Willy Brandt</i> nach der Bundestagswahl von 1969 – Stärkung in vorgezogenen Wahlen 1972 – <i>Helmut Schmidt</i> 1974 Bundeskanzler – Koalitionsziele: „modernes Deutschland“, „mehr Demokratie“, innere Reformen und Wandel in der Außenpolitik – gewichtige Grundgesetzänderungen: Gesetzgebungskompetenzen für den Umweltschutz und das Sicherheitspaket 1972 – harte verfassungsrechtliche Auseinandersetzungen um die Ostpolitik und die innenpolitischen Reformen .....	1472
a) Das <i>neue</i> Politikfeld Umweltschutz .....	1474
α) Erweiterung der gesetzgeberischen Zuständigkeiten des Bundes .....	1475
β) Zahlreiche neue Gesetze .....	1475
b) Die Innen- und Rechtspolitik der Regierung <i>Brandt/Scheel</i> .....	1476
α) Reformen im Strafrecht: Liberalisierung des Demonstrationsstrafrechts, Straffreiheitsgesetz 1970, Veränderungen im Sexualstrafrecht ..	1477
β) Die Auseinandersetzungen um den § 218 StGB – das Scheitern der Fristenlösung vor dem Bundesverfassungsgericht .....	1477
γ) Aufflammender Terrorismus – Bildung der „Rote-Armee-Fraktion“ – die Verfassungsänderungen des Sicherheitspakets von 1972 – Gesetz über den Bundesgrenzschutz, Änderungen in der Strafprozeßordnung und anderen Gesetzen – der sog. Extremistenbeschluß .....	1478
c) Innere Reformen – „Demokratisierung“ – Wandlung des Lebensgefühls .....	1480

## Inhaltsverzeichnis

	Seite
α) Änderungen des Grundgesetzes .....	1482
αα) Die Senkung des Wahlrechtsalters (Art. 38 Abs. 2 GG) .....	1482
ββ) Die Einfügung des Art. 74 a GG .....	1482
β) Reformen im Wege einfacher Gesetzgebung .....	1483
αα) Das Betriebsverfassungsgesetz 1972 .....	1483
ββ) Das Städtebauförderungsgesetz .....	1483
γγ) Ausbau der sozialen Sicherungssysteme: Bundesausbildungsförderungsgesetz – Änderungen im Bereich der Krankenversicherung, Krankenhausfinanzierungsgesetz – Rentenreform 1972 – Strafverfolgungsentschädigungsgesetz – Opferentschädigungsgesetz ..	1484
d) Außenpolitik: „neue Ostpolitik“ – Regierungserklärung 1969: „zwei Staaten in Deutschland“ – Verhandlungen und Abschluß der „Ostverträge“ zwischen 1970 und 1973 – Friedensnobelpreis für <i>Willy Brandt</i> 1971 – Umorientierung in der Opposition – verfassungsrechtliche Probleme der „neuen Ostpolitik“ .....	1485
α) Abschluß des Moskauer Vertrages am 12. August 1970 – der Brief zur Deutschen Einheit – Bedenken der CDU/CSU .....	1488
αα) Verfassungsrechtliche Bedenken hinsichtlich der Grenzregelung in der CDU/CSU .....	1489
ββ) Verfassungsrechtliche Bedenken hinsichtlich der Grenzklausel im rechtswissenschaftlichen Schrifttum .....	1490
γγ) Gemeinsame Erklärung aller drei Fraktionen des Bundestages zu den Ostverträgen vom Mai 1972 – Inkrafttreten des Moskauer Vertrages am 3. Juni 1972 .....	1490
β) Der Vertrag mit Polen vom 7. Dezember 1970 – Inkrafttreten am 3. Juni 1972 .....	1491
γ) Der Vertrag mit der Tschechoslowakei vom 11. Dezember 1973 – Inkrafttreten am 19. Juli 1974 – das Problem des Münchener Abkommens von 1938 .....	1492
δ) Erleichterungen für Berlin – <i>J. F. Kennedys</i> „three essentials“ – Sicherung von Berlin (-West) im Rahmen der „neuen Ostpolitik“ .....	1493
αα) Verhandlungen zwischen den Alliierten ab dem 26. März 1970 – Unterzeichnung des Vier-Mächte-Abkommens am 3. September 1971 .....	1494
ββ) „Allgemeine Bestimmungen“ des Abkommens .....	1494
γγ) Das Transitabkommen vom 17. Dezember 1972 .....	1495
δδ) Verbesserung der Lage Berlins durch einen modus vivendi .....	1495
e) Das Verhältnis zur DDR: Verbesserung durch einen Rahmenvertrag (Grundlagenvertrag) .....	1495
α) Gespräche mit <i>Willi Stoph</i> in Erfurt und Kassel 1970 – Hochrufe auf <i>Willy Brandt</i> in Erfurt .....	1496
β) Expertengespräche am 27. November 1970 – der Verkehrsvertrag vom 26. Mai 1972 .....	1497
γ) Offizielle Verhandlungen über die „Grundfragen des Verhältnisses zwischen beiden deutschen Staaten“ – Geheimgespräche <i>Bahrs</i> mit <i>Breschnew</i> und <i>Honecker</i> – Paraphierung und Unterzeichnung des Grundlagenvertrages Ende 1972 – „Brief zur Deutschen Einheit“ – Ablehnung der CDU/CSU – Inkrafttreten des Grundlagenvertrages am 22. Juni 1973 .....	1497
αα) Harte Auseinandersetzungen zwischen Befürwortern und Gegnern des Grundlagenvertrages in Rechtswissenschaft, Geschichtswissenschaft, Politik und Medien – Position von Regierung und Opposition .....	1498
ββ) Gemengelage staats- und völkerrechtlicher Elemente – komplizierte Regelungen – Notwendigkeit verfassungsgerichtlicher Klärung .....	1499

	Seite
f) Verfassungsgerichtliche Auseinandersetzungen um die „neue Ostpolitik“ .....	1500
α) Verfassungsbeschwerden gegen den Moskauer und den Warschauer Vertrag mit der Behauptung der Verletzung des Eigentumsgrundrechts und des Staatsangehörigkeitsgrundrechts – Zurückweisung der Verfassungsbeschwerden als unzulässig .....	1500
β) Verfassungsbeschwerden gegen den Vertrag mit der Tschechoslowakei – Zurückweisung der Beschwerden .....	1501
γ) Normenkontrollverfahren gegen den Grundlagenvertrag – präzise Aussagen des Bundesverfassungsgerichts zum Fortbestand des Deutschen Reiches, zum Wiedervereinigungsgebot und zum Selbstbestimmungsrecht der Deutschen – Ermessensspielraum bei der Verfolgung dieses Ziels – Sonderverhältnis der Bundesrepublik zur DDR – staatsrechtliche Grenze zwischen beiden deutschen Staaten ..	1502
δ) Divergierende Kommentare zum Urteil über den Grundlagenvertrag .....	1504
g) Würdigung der „neuen Ostpolitik“: größerer Spielraum der Politik – Verbesserung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion – der Plan einer Europäischen Politischen Union – politische Kursrevision, aber keine Kehrtwende durch <i>Willy Brandt</i> .....	1506
10. Die Bildung der Regierung unter Führung von <i>Helmut Schmidt</i> und <i>Hans-Dietrich Genscher</i> als Außenminister 1974 – Regierungsprogramm: Kontinuität und Konzentration – Neuwahlen 1976 mit knapper Bestätigung der Koalition von SPD und FDP – Beschränkung auf das Machbare .....	1507
a) Die Diskussion über eine Totalrevision der Verfassung – Bericht der Enquête-Kommission Verfassungsreform 1976: keine substantiellen Verfassungsänderungen .....	1509
b) Drei Änderungen des Grundgesetzes .....	1511
α) Art. 29 GG: Beschränkung auf eine Neugliederungsmöglichkeit .....	1511
β) Stärkung des Petitionsverfahrens und parlamentsrechtliche Änderungen .....	1512
c) Nüchterne Regierungsprogramme der Regierung <i>Schmidt/Genscher</i> .....	1512
α) Innen- und Rechtspolitik .....	1513
αα) Höhepunkt des Terrorismus 1977 – Änderungsgesetze zur Strafprozeßordnung, zum Strafgesetzbuch und zu anderen Gesetzen .....	1513
ββ) Reformpolitik in kleineren Schritten: Strafvollzug, Familienrecht, Verbraucherschutz, Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität, erweiterte Mitbestimmung der Arbeitnehmer in Großunternehmen .....	1514
β) Wirtschaftliche Schwierigkeiten: Rezession und Ansteigen der Arbeitslosenzahl, Konjunkturprogramme und Konsolidierung der Staatsfinanzen – erneute wirtschaftliche Stagnation – das Memorandum von <i>Otto Graf Lambsdorff</i> vom September 1982 .....	1516
γ) Außenpolitisch ruhigere Phase – anfängliche Krisensymptome .....	1518
αα) Weiterführung der europäischen Integration: Europäischer Rat und Europäische Politische Zusammenarbeit – Wahlen zum Europäischen Parlament – Europäisches Währungssystem – Einführung des ECU .....	1518
ββ) Die „deutsch-deutschen Beziehungen“: zunehmende Vereisung des Klimas im Zuge der allgemeinen Ost-West-Situation – Abschluß von Verträgen zu Einzelfragen – Errichtung Ständiger Vertretungen – <i>Honeckers</i> Geraer Rede vom Oktober 1980 .....	1520
γγ) Weltwirtschaftsgipfel 1975 – G-7-Treffen als ständige Einrichtung .....	1524
δδ) Die Entspannungspolitik: Unterzeichnung der Schlußakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa in Helsinki 1975 – sowjetische Nuklearrüstung – <i>Helmut Schmidts</i>	

	Seite
rungshoheit auf diese – Art. 28 Abs. 1 Satz 3 GG und die Er- streckung des Kommunalwahlrechts auf Unionsbürger .....	1564
δ) Beginn der Tätigkeit der Europäischen Zentralbank ab 1. Januar 1999 – elf Mitglieder der Währungsunion – der Euro als Währungseinheit	1567
αα) Zustimmung zur Einführung des Euro durch Bundestag und Bundesrat im April 1998 .....	1568
ββ) Zurückweisung der Verfassungsbeschwerden gegen den Euro durch das Bundesverfassungsgericht .....	1568
ε) Der „Amsterdamer Vertrag“ von 1997 .....	1568
h) Die außenpolitischen Auseinandersetzungen .....	1569
α) Die Verwirklichung des Nachrüstungsteils des NATO-Doppelbe- schlusses .....	1569
β) Bestätigung der Verfassungsmäßigkeit der Stationierung durch das Bundesverfassungsgericht .....	1570
γ) Die Initiierung der Strategic Defense Initiative (SDI) durch die USA	1571
δ) Klimaverbesserung in den Ost-West-Beziehungen durch <i>Michail</i> <i>Gorbatschow</i> – INF-Verhandlungen und Abrüstungsverträge – KSE-I- Vertrag .....	1572
i) Akzentverschiebungen in den „deutsch-deutschen“ Beziehungen .....	1573
α) Gewähr von Milliardenkrediten an die DDR gegen Erleichterungen im Pflichtumtausch und bei Ost-West-Reisen .....	1574
β) <i>Erich Honeckers</i> Besuch in Bonn im September 1987 .....	1574
γ) Fortbestand des starren Unterdrückungssystems in der DDR trotz <i>Gorbatschows</i> Politik der Öffnung .....	1575
δ) Zunehmend kritische Haltung der Bevölkerung der DDR gegen das politische System .....	1576
ε) Abfinden mit der „Normallage“ der deutschen Zweistaatlichkeit in Bonn – Betonung des Wiedervereinigungsgebotes im „Teso-Urteil“ durch das Bundesverfassungsgericht .....	1576
ζ) Staatsbesuche des Bundeskanzlers im Oktober 1988 in der UdSSR und <i>M. Gorbatschows</i> im Juni 1989 in Bonn: reale Chance der Wie- dervereinigung .....	1578

## § 134 DIE DEUTSCHE DEMOKRATISCHE REPUBLIK ALS SOZIALISTISCHER STAAT AUF DEUTSCHEM BODEN – VERFASSUNGSRECHT UND VERFASSUNGSWIRKLICHKEIT

I. Staatsrechtliche Einordnung der DDR .....	1592
1. Das Dilemma von Bewertung und Analyse der DDR – drei Problemati- ken .....	1592
a) Die unterschiedlichen Sichtweisen in der Wissenschaft .....	1593
α) Die westdeutsche Staatsrechtswissenschaft .....	1594
β) Die Politische Wissenschaft in der Bundesrepublik .....	1596
γ) Die Wissenschaft von Staat und Recht in der DDR .....	1598
b) Kritik an der Betrachtung der DDR allein von ihrem Ende her .....	1599
c) Probleme der historischen Interpretation: Vergleich mit dem nationalso- zialistischen Regime – DDR als totalitäres Herrschaftssystem und „Dual State“ .....	1601
2. Die Behandlung der DDR nach rechtsstaatlichen und freiheitlich- demokratischen Maßstäben – die DDR als Unrechtsstaat .....	1602
3. Die Bewertung der Quellen – Parteilichkeit des Schrifttums .....	1603
4. Der Gang der Darstellung: Vorgeschichte der DDR, Verfassungsdoku- mente 1949 und 1968/74; weitere Periodisierung; Krisen der achtziger Jahre, Zeit des Umbruchs bis zur Wiedervereinigung .....	1604

	Seite
II. Der Prozeß der Staatswerdung der DDR .....	1605
1. Notwendige Einbeziehung der Vorgeschichte – drei wichtige Handlungsstränge: Pläne der Sowjetunion, deutsche politische Kräfte, Wechselbezüglichkeit mit Geschehnissen in den westlichen Besatzungszonen .....	1605
2. Die Entwicklung bis zum 7. Oktober 1949 unter sowjetischer Steuerung ...	1605
a) Die anfänglich schwankende sowjetische Deutschlandpolitik – die Errichtung des Magistrats von Groß-Berlin und der sowjetischen Militäradministration (SMAD) – Anpassung an das kommunistisch-sozialistische System der UdSSR als Ziel .....	1605
α) Die Zulassung politischer Parteien – der „Antifa-Block“ – die Gründung von Massenorganisationen .....	1607
β) Der Aufbau von Ländern und Provinzen mit eigener Verwaltung – Zentralverwaltungen .....	1609
γ) Die Schwächung der Wirtschaftskraft durch Demontage, Konfiskationen und Verstaatlichung .....	1610
δ) Die „Reform“ von Schulen und Hochschulen .....	1610
ε) Die Gründung der Sozialistischen Einheitspartei (SED) .....	1611
ζ) Der Führungsanspruch der SED .....	1612
b) Die Pläne der SED zur Gründung einer „Gesamtdeutschen Demokratischen Republik“ – „Volkskongresse“, „Volksrat“ und Verfassungsausschuß .....	1613
c) Die Entscheidung der SED für einen „Oststaat“ – „3. Deutscher Volkskongreß“: Verabschiedung eines Verfassungsentwurfs .....	1615
d) Vorbereitungen für die Gründung eines ostdeutschen Staates .....	1616
α) Die Propagandakampagne der SED gegen den „Weststaat“ – Piecks Vorschlag für eine „provisorische Regierung der Deutschen Demokratischen Republik“ .....	1617
β) Die Zustimmung der „Blockparteien“ zur Staatsgründung .....	1618
γ) Die Bereitschaft des Präsidiums des Volksrates zur Umbildung zur „Volkskammer“ der DDR, zur Einsetzung einer Regierung und zur Verschiebung von Wahlen auf 1950 .....	1619
δ) Der Widerstand bei Mitgliedern der CDU und der LDPD .....	1620
3. Die Konstituierung der „Provisorischen Volkskammer der DDR“ am 7. Oktober 1949 .....	1620
a) Das Manifest des SED-Parteivorstandes .....	1620
b) Die Annahme und Verkündung der Verfassung sowie des Gesetzes über die Bildung einer Provisorischen Länderkammer .....	1620
c) Das Einverständnis der SMAD mit der Staatsgründung – Umwandlung zur „Sowjetischen Kontrollkommission (SKK)“ .....	1620
d) Die Bildung der Regierung <i>Grotewohl</i> – Regierungserklärung .....	1621
e) Die Anerkennung der DDR durch die Sowjetunion und andere „Volksdemokratien“ .....	1622
f) Die Zurückhaltung bei den Bürgern .....	1622
4. Die Spaltung Deutschlands in zwei unterschiedliche politische Systeme – DDR unter sowjetischer Vorherrschaft .....	1622
III. Die DDR unter der Verfassung vom 7. Oktober 1949 .....	1624
1. Anlehnung an die Weimarer Reichsverfassung bei „volksdemokratischen“ Ansätzen .....	1624
a) Die Entstehungsgeschichte der Verfassung .....	1625
b) Die fehlende demokratische Legitimation der Verfassung .....	1626
2. Inhalt und Gliederung der Verfassung .....	1627
a) Aussagen zur Staatsstruktur .....	1628
α) Volkskammer, Länderkammer, Präsident der Republik und Regierung .....	1628
β) Bundesstaatlichkeit und kommunale Selbstverwaltung .....	1629

	Seite
b) Reichhaltiger Grundrechtskatalog .....	1630
α) Gleichheits- und Freiheitsrechte .....	1630
β) Soziale Grundrechte .....	1630
γ) Wirtschaftsordnung und Wirtschaftskontrolle, „Volkseigentum“ und Vergesellschaftung .....	1630
δ) Familie, Erziehung und Bildung, Religion und Religionsgemeinschaften .....	1631
ε) Justizielle Grundrechte .....	1631
c) Der Bedeutungsverlust der rechtsprechenden Gewalt .....	1631
α) Eingeschränkte richterliche Unabhängigkeit .....	1631
β) Das Gerichtssystem .....	1632
γ) „Verfassungsausschuß“ anstatt Verfassungsgericht – kein richterliches Prüfungsrecht von Gesetzen .....	1632
3. Gesamtbewertung: keine liberale demokratische und rechtsstaatliche Verfassung .....	1633
a) Die wirkliche Absicht der SED – unehrlicher Kompromißcharakter der Verfassung .....	1633
b) Fehlende Garantien gegen eine Instrumentalisierung der Verfassung .....	1635
c) Diskrepanz von Verfassungsrecht und Verfassungswirklichkeit .....	1635
4. Änderungen der Verfassung und Verfassungsdurchbrechungen durch einfache Gesetze .....	1636
a) Die Beseitigung der Länder und die Abschaffung der kommunalen Selbstverwaltung .....	1636
b) Die Auflösung der Länderkammer .....	1637
c) Der „Ministerrat“ als höchstes vollziehendes und verfügendes Organ .....	1637
d) Die Errichtung des „Staatsrates der Republik“ .....	1638
e) Die Einführung der Nationalen Volksarmee und der Wehrpflicht .....	1638
f) Die Neugestaltung der Gerichtsbarkeit: Beseitigung der Verwaltungsgerichte, Abschaffung der Arbeitsgerichte, Neuordnung der ordentlichen Gerichte .....	1639
5. Entwicklung des politischen Systems entgegen der geschriebenen Verfassungsrechtsordnung .....	1640
a) Umformung des politischen Systems in Richtung auf eine sozialistische „Volksdemokratie“ und einen „Einparteienstaat“ nach sowjetischem Muster – Ausrichtung auf die Lehre des Marxismus-Leninismus .....	1641
b) Maßgeblicher Einfluß des Überwachungs- und Unterdrückungssystems des „Ministeriums für Staatssicherheit“ auf die Verfassungswirklichkeit .....	1642
α) Gründung und Entwicklung des „Ministeriums für Staatssicherheit“ .....	1642
β) Aufgaben und Ausbreitung des „Ministeriums für Staatssicherheit“ im Inneren der DDR – „Inoffizielle Mitarbeiter“ – Auswirkung auf den Alltag: Verlust von Privatsphäre .....	1643
6. Aufbau des Sozialismus und deutschlandpolitische Abgrenzung .....	1645
a) Die Einordnung in den „Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe“ und der Aufbau der Planwirtschaft .....	1646
α) Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der Planwirtschaft .....	1648
β) Der Arbeiteraufstand am 17. Juni 1953 .....	1649
γ) Die Stärkung der Position Ulbrichts als Folge des 17. Juni – Zunahme der Fluchtbewegungen .....	1651
δ) Die Anpassung an das „Tauwetter“ in der Sowjetunion .....	1651
b) Die Eroberung der Staatsmacht durch die SED – Parteisäuberungen und Ausschaltung der „bürgerlichen“ Parteien – die „neue Elite“ der SED in öffentlichen Ämtern – Ausschaltung jeglicher Opposition – Scheinwahlen – die neue Systemideologie .....	1652

	Seite
α) Die Umgestaltung der gesamten Staatsorganisation im Lichte des „demokratischen Zentralismus“ und der Einheitsstaatlichkeit unter Führung der SED .....	1653
β) Die Bedeutung der „sozialistischen Gesetzlichkeit“ als Bestandteil der marxistisch-leninistischen Rechtstheorie .....	1655
αα) Beginnende Umgestaltung der überkommenen Rechtsordnung..	1657
ββ) Beschleunigte Wandlung nach der Babelsberger Konferenz und dem V. Parteitag der SED 1958: „sozialistische Gesetze“ .....	1657
c) Vermeintliche Konsolidierung in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre .	1658
α) Ulbrichts Triumph über die innere Opposition .....	1658
β) Außenpolitische Stärkung der DDR: Souveränitätserklärung der UdSSR 1954 und Gründung des „Warschauer Paktes“ 1955 .....	1659
αα) Die Ziele des Warschauer Paktes .....	1660
ββ) Gefestigte Stellung der DDR im Verhältnis zur UdSSR aufgrund des Vertrages von 1955 und im „Warschauer Pakt“ seit 1956 .....	1660
d) Die Situation in Berlin .....	1662
α) Chruschtschows Berlin-Krise von 1958 mit der Forderung: West-Berlin als „selbständige politische Einheit“ – „Drei-Staaten-Theorie“ für Deutschland .....	1662
β) Der Bau der Mauer am 13. August 1961 .....	1663
7. Die Stabilisierung der DDR nach dem Mauerbau in Berlin – die Existenz zweier Staaten – alleiniger Führungsanspruch der SED, verkörpert in Parteitagebschlüssen .....	1665
a) Verbesserung der wirtschaftlichen Lage durch ein „Neues Ökonomisches System der Planung und Leitung“ .....	1666
b) Außenpolitische Erfolge: der neue Vertrag mit der UdSSR von 1964 .....	1667
c) Rechtspolitische Reformen .....	1667
d) Routine im Staatsapparat .....	1668
e) Scheinbare Konsolidierung der DDR .....	1669
IV. Die DDR unter der sozialistischen Verfassung von 1968 .....	1669
1. Der Geist der neuen Verfassung: sozialistische „volksdemokratische“ Verfassung .....	1669
2. Inhalt und Gliederung der Verfassung des „sozialistischen Staates deutscher Nation“ – Führungsmonopol der „marxistisch-leninistischen Partei“ .....	1671
a) Das geänderte Deutschland-Verständnis: „DDR-Staatsbürgerschaft“ und Entwicklung einer eigenen „Staatsnation“ im Zwei-Staaten-Modell .....	1672
b) Festlegungen zu den internationalen Beziehungen und zur außenpolitischen Programmatik .....	1674
c) Die Festschreibung der entstandenen Staatsorganisation: „demokratischer Zentralismus“, Gewaltenkonzentration bei der Volkskammer, Hierarchie der Staatsorgane – Widerspruch zur tatsächlichen Machtverteilung .	1675
α) Die Volkskammer – zunehmender Bedeutungsverlust .....	1675
β) Der Staatsrat als eigentlicher Gestalter der Staatspolitik .....	1676
γ) Der Ministerrat als Verwaltungsspitze .....	1676
δ) Die „örtlichen Organe“ .....	1677
d) Die Rechtspflege .....	1677
α) Normierung der „sozialistischen Gesetzlichkeit“ – keine Rechtsstaatlichkeit .....	1677
β) Keine Unabhängigkeit der Richter .....	1678
γ) Die Organisation der Gerichte .....	1678
δ) Die besondere Rolle der Staatsanwaltschaft .....	1678
e) Die Wirtschaftsverfassung sowie die Erwähnung von Wissenschaft, Bildung und Kultur .....	1679
α) Die „sozialistische Planwirtschaft“ und das „sozialistische Eigentum“ als Grundlagen der Volkswirtschaft .....	1679

β) Die Erscheinungsformen des Eigentums: „sozialistisches“ und „persönliches Eigentum“ sowie undefiniertes Privateigentum .....	1680
f) Grundrechte und Grundpflichten – Abkehr von der klassischen Grundrechtskonzeption: „sozialistische Persönlichkeitsrechte“ – „Einheit von Rechten und Pflichten“ .....	1681
α) Der Katalog der Grundrechte .....	1683
αα) Politische Rechte .....	1683
ββ) Persönliche Rechte .....	1684
γγ) Sozialökonomische Rechte .....	1685
δδ) Kulturelle Rechte .....	1685
β) Eingeschränkte Geltung der Grundrechte – Grundpflichten .....	1685
αα) Grundrechte nur im Rahmen der sozialistischen Ordnung .....	1686
ββ) Der Grundrechtsstatus als Bürgerrechtsstatus .....	1686
3. Allgemeine Bewertung der Verfassung von 1968: Bruch mit der Tradition deutscher Verfassungen – Parallele zu den osteuropäischen volksdemokratischen Verfassungen .....	1686
4. Politische Irritationen 1968: die Große Koalition in Bonn, der „Prager Frühling“ und der Einmarsch in die Tschechoslowakei – „Drei-Staaten-Politik“ <i>Ulbrichts</i> – Rücktritt <i>Ulbrichts</i> im Mai 1971 und Beginn der Ära <i>Honecker</i> – der Weg zu einer „entwickelten sozialistischen Gesellschaft“ .....	1689
a) Festhalten am Staatscharakter der DDR – Ablehnung der „staatsrechtlich-völkerrechtlichen Gemengelage“ .....	1692
α) Forderung nach völkerrechtlichen gleichberechtigten Beziehungen zur Bundesrepublik – Verhandlungen auf mehreren Ebenen: die Gespräche in Erfurt und Kassel 1970 .....	1693
β) <i>Honeckers</i> Abgrenzungsstrategie von „sozialistischer DDR“ und „kapitalistischer BRD“ – der neue Begriff der Nation: die „sozialistische Nation“ und die „deutsche Nationalität“ .....	1696
γ) Der Grundlagenvertrag von 1972 aus Sicht der DDR: Bundesrepublik und DDR als zwei souveräne Staaten .....	1696
δ) Die „Taktik des Ventils“ .....	1698
b) Neue Ideologie für die innere Ausgestaltung der DDR: „real existierender Sozialismus“ – Neuordnung der Machtstrukturen durch <i>Honecker</i> ....	1698
α) Stärkung des Ministerrates .....	1699
β) Geringeres Gewicht des Staatsrats .....	1699
γ) Die Volkskammer als bloßes Akklamationsorgan .....	1700
δ) Die Suprematie der SED .....	1700
c) Richtungsstreitigkeiten in der SED – Verhärtung der Fronten ab 1974 ..	1700
V. Die Verfassungsänderung von 1974 und ihre rechtlichen und politischen Folgewirkungen .....	1701
1. Festschreibung der neuen Entwicklung durch überstürzte Verfassungsänderung .....	1701
a) Die Entstehungsgeschichte der Verfassungsänderung – keine vorherige öffentliche Diskussion .....	1701
b) Außen- und deutschlandpolitische Festlegungen als Gründe für das heimliche Vorgehen – substantieller Wandel im politischen Standort der DDR .....	1703
2. Differenzierte Regelungen der internationalen Beziehungen der DDR zu „sozialistischen Bruderstaaten“, zu „kapitalistischen Staaten“ und zu „Entwicklungsländern“ .....	1703
a) Integration in den „Ostblock“, die „sozialistische Staatengemeinschaft“ unter Führung der Sowjetunion – „sozialistischer Internationalismus“ als Grundkonstante der DDR-Außenpolitik .....	1705
b) Die Außenpolitik gegenüber den kapitalistischen Staaten: „friedliche Koexistenz“ .....	1707
c) Sonderbeziehungen zu den Entwicklungsländern .....	1708

	Seite
3. Neue Deutschlandpolitik der DDR: Absage an die Wiedervereinigung und ausschließlich völkerrechtliche Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland .....	1708
a) Das Selbstverständnis der DDR: staatliche Souveränität und Völkerrechtssubjektivität – DDR und „BRD“ als zwei souveräne und gleichberechtigte Staaten .....	1709
b) Durchsetzung dieser Position in den internationalen Beziehungen – „Souveränitätsdefekt“ bei Aufnahme in die UNO .....	1710
c) Verstärktes Bemühen um Anerkennung der DDR als gleichberechtigter deutscher Staat .....	1711
α) Die sog. vier Geraer Forderungen <i>Honeckers</i> von 1980 – Erleichterungen im Reiseverkehr .....	1711
β) Teilnahme der DDR an den KSZE-Konferenzen ab 1975 – menschenrechtliche Forderungen aus der Schlußakte und den Internationalen Pakten von 1966 .....	1712
4. Geringe Bedeutung der Verfassungsänderung für den inneren Bereich – der Schritt zur „kommunistischen Zukunftsgesellschaft“ .....	1713
a) „Demokratischer Zentralismus“ und die Rolle der Staatsorgane .....	1714
b) Staatsrat und Ministerrat als politische Führungsorgane mit Vorrang des Ministerrates, der „Regierung“ der DDR .....	1715
c) Die führende Position des Vorsitzenden der SED – <i>Honecker</i> seit 1976 zugleich Vorsitzender des Staatsrates .....	1716
d) Der Nationale Verteidigungsrat als Hilfsorgan des Staatsrates .....	1716
5. Die Politik der SED für die Zukunft des Landes unter <i>E. Honecker</i> als erstem Mann in Partei und Staat .....	1717
a) Kommunismus und klassenlose Gesellschaft als Endziel des Parteiprogramms von 1976 .....	1718
b) Ökonomische Zwänge aufgrund der Verschlechterung der Weltwirtschaftslage .....	1719
c) Verschärfung des Ost-West-Konflikts .....	1720
α) Verstärkte Abgrenzung gegenüber der Bundesrepublik: „Ausbürgerungen“ und neue „Eiszeit“ .....	1721
β) Anerkennung der DDR als Staat durch die Bonner Opposition – überraschender Vorstoß <i>Honeckers</i> in Richtung auf die Vereinigung beider deutscher Staaten unter sozialistischem Vorzeichen .....	1722
VI. Der Niedergang der DDR in den achtziger Jahren .....	1723
1. Politisches und wirtschaftliches „Wetterleuchten“ bei ungebrochenem äußeren Glanz .....	1723
a) Mehrfacher Wechsel an der Spitze der UdSSR-Führung – Reformüberlegungen <i>Michail Gorbatschows</i> , des neuen seit März 1985 amtierenden Generalsekretärs: „Glasnost“ und „Perestroika“ als „neues Denken“ .....	1724
b) Keine Politikänderung gegenüber der DDR durch die Regierung <i>Kohl</i> ..	1725
α) Erleichterung in humanitären Fragen und Gewährung von Finanzkrediten – zahlreiche Politikertreffen – das Strategie-Papier von SPD und SED .....	1726
β) <i>Honeckers</i> Besuch in Bonn 1987: Höhepunkt seiner Macht und Beginn des Verfalls der DDR .....	1728
c) Die Stagnation der Wirtschaft der DDR – Realitätsblindheit <i>Honeckers</i> ..	1728
d) Der Ruf nach Menschenrechten und Aufbegehren der Bevölkerung der DDR .....	1730
α) Ein Protestbrief von Jugendlichen mit der Einforderung der Menschenrechte .....	1730
β) Nichteinhaltung der Verpflichtungen aus der Schlußakte von Helsinki 1975 – verstärkte Ausreisewelle .....	1731

	Seite
γ) Größere Demonstrationen und Bildung oppositioneller Gruppen ab 1988 – harter Zugriff des Ministeriums für Staatssicherheit .....	1731
e) „Zweifrontenkrieg“ gegen die innere Opposition und die Reformideen <i>Gorbatschows</i> .....	1733
α) Das Verbot der sowjetischen Zeitschrift „Sputnik“ .....	1733
β) Massive Proteste nach der Fälschung der Kommunalwahlen im Mai 1989 .....	1733
γ) Organisatorische Verfestigung der Opposition .....	1734
2. Verfehlte Beurteilung der Lage und Handlungsschwäche der SED-Führung – mangelnde Geschlossenheit des Warschauer Paktes .....	1734
a) Massenflucht über die Prager Botschaft – Mahnungen <i>Gorbatschows</i> – Aufrufe oppositioneller Gruppen .....	1735
b) Schwankende Haltung der SED-Führung – Ablösung <i>Honeckers</i> durch <i>Krenz</i> und Abberufung weiterer Mitglieder des Politbüros .....	1736
3. Halbherzige Kurskorrekturen durch <i>Egon Krenz</i> und beginnende „System“-Opposition – Anstöße zum Sturz des Regimes .....	1738
a) Neue Reiseregulungen und Dialog mit der Opposition – Verkündung eines innenpolitischen „Aktionsprogramms“ mit einem (unzureichenden) „Reisegesetz“ .....	1739
b) Die beginnende Auflösung des SED-Machtapparates ab November 1989 – Personalwechsel bei den anderen Parteien .....	1740
α) Personelle Veränderungen in den Staatsorganen, gesellschaftlichen Organisationen, Medien und Hochschulen .....	1741
β) Die politische Devise der <i>Modrow</i> -Regierung: Erhalt der sozialistischen DDR .....	1742
c) Wanken des Regimes nach immer stärkeren Massenkundgebungen .....	1742
d) Die „Wende“ vom 9. November 1989: Öffnung der Grenzübergänge ...	1743
α) Der Beschluß einer Reiseregulung im Zentralkomitee der SED .....	1743
β) Die versehentliche Bekanntgabe der Reisefreiheit als sofort geltende Regelung .....	1744
γ) Die Öffnung der Grenzen – Ungewißheit über die Zukunft der DDR .....	1744
4. Das Festhalten der SED-Führung am Fortbestand der DDR .....	1745
a) Die Gespräche mit der Sowjetunion und der Bundesrepublik um Unterstützung zur Stabilisierung der DDR – Wunsch nach Verbesserung der Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik seitens der DDR, aber keine Wiedervereinigung Deutschlands .....	1745
α) <i>Kohls</i> Zehn-Punkte-Programm .....	1746
β) Die ablehnende Reaktion der DDR-Regierung .....	1747
b) Das „Aktionsprogramm“ des Zentralkomitees der SED und das Programm der „Koalitionsregierung“ <i>Modrow</i> : „besserer Sozialismus“ .....	1747
c) Skepsis bei den Menschen und den neugebildeten politischen Gruppierungen .....	1749
5. Gespaltene Lage in der DDR: Stimmen für ein einiges Deutschland, aber auch für die Eigenständigkeit der DDR – politische Umwälzungen .....	1750
a) Durchgreifende Veränderungen des Parteienspektrums .....	1752
α) Neue Führung der sog. Blockparteien und Massenorganisationen .....	1752
β) Erneuter Gärungsprozeß in der SED: <i>Gregor Gysi</i> neuer Vorsitzender – Umbenennung in „SED/PDS“, dann in „Partei des Demokratischen Sozialismus“ („PDS“) .....	1752
γ) Gründung neuer Vereinigungen und Parteien .....	1753
αα) Neues Forum .....	1753
ββ) Sozialdemokratische Partei in der DDR .....	1753
γγ) Demokratischer Aufbruch .....	1753

	Seite
δδ) Demokratie jetzt .....	1753
εε) Grüne Partei der DDR .....	1754
ζζ) Weitere oppositionelle Kräfte .....	1754
δ) Streichung des Führungsanspruchs der SED in der DDR-Verfassung – Auflösung des Parteienblocks und der nationalen Front .....	1754
b) Auswirkungen auf den staatlichen Machtapparat – scheinbare Stabilität der Staatsmacht .....	1755
c) Gegenmacht der „Runden Tische“ – Teilhabe der Opposition an der Macht („Doppelherzhaft“) – Ansetzung von Volkskammerwahlen zum 18. März 1990 – Neuzusammensetzung der Regierung <i>Modrow</i> mit Vertretern der neuen Parteien .....	1755
6. Weichenstellung zur Wiederherstellung der Deutschen Einheit .....	1758
a) Der Besuch <i>Kohls</i> in Dresden am 19. und 20. Dezember 1989 .....	1759
b) Vereinbarungen mit Ministerpräsident <i>Modrow</i> : Abbau von Hindernissen im Reiseverkehr – Anvisierung der „Vertragsgemeinschaft“ .....	1759
c) Beschleunigung des Wegs zur Herstellung der staatlichen Einheit Deutschlands – Absage an die Pläne für eine „Vertragsgemeinschaft“ im Februar 1990 – die Einführung der sozialen Marktwirtschaft in der DDR .....	1760
α) Die Vorstellungen <i>Modrows</i> für ein allmähliches Zusammenfinden ....	1761
β) Die Absicht der Bundesregierung: schnelle Währungsunion .....	1761
7. Die „Implosion“ der DDR und der Wahlkampfauftakt zur Volkskammer- wahl .....	1762
a) Neuformierung der ehemaligen „Blockparteien“ .....	1763
α) Christlich-Demokratische Union .....	1763
β) Sozialdemokratische Partei Deutschlands .....	1764
γ) „Bund Freier Demokraten“ als Zusammenschluß von Liberal- Demokratischer Partei Deutschlands, Freier Demokratischer Partei und Deutscher Forumpartei .....	1764
δ) National-Demokratische Partei Deutschlands und Demokratische Bauernpartei Deutschlands .....	1764
ε) Partei des Demokratischen Sozialismus .....	1764
b) Umorganisation oppositioneller Bewegungen zu politischen Parteien ....	1765
α) Deutsche Soziale Union .....	1765
β) Demokratischer Aufbruch .....	1765
γ) Vereinigung der grün orientierten Bürgerbewegung zum „Bündnis 90“ .....	1766
δ) Zusammenschluß von Christlich-Demokratischer Union, Demokrati- schem Aufbruch und Deutscher Sozialer Union zur „Allianz für Deutschland“ .....	1766
8. Die Volkskammerwahl vom 18. März 1990 als erste freie Wahl seit Herbst 1932 .....	1766
a) Rechtliche Grundlage: Volkskammergesetz vom 20. Februar 1990 – Fehlen einer Sperrklausel .....	1767
b) Die Programme der großen Gruppierungen .....	1768
α) Partei des Demokratischen Sozialismus .....	1768
β) Sozialdemokratische Partei Deutschlands .....	1768
γ) Allianz für Deutschland .....	1768
δ) Bund Freier Demokraten .....	1769
ε) Bündnis 90 und andere kleinere Gruppierungen .....	1769
c) Der Wahlsieg der „Allianz“ .....	1769
VII. Die Demokratisierung der DDR und ihr Weg zur Deutschen Einheit .....	1770
1. Gründe des Zusammenbruchs der DDR und die politische Umgestaltung nach den Volkskammerwahlen .....	1770
2. Änderungen der DDR-Rechtsordnung vor der Volkskammerwahl .....	1772

	Seite
a) Änderungen und Ergänzungen der Verfassung .....	1772
b) Wichtige Gesetze und Verordnungen .....	1773
α) Gewährleistung eines freien Reiseverkehrs .....	1773
β) Vorschriften zur Volkskammerwahl .....	1774
γ) Gesetzesvertretende Beschlüsse der Volkskammer .....	1774
δ) Verwaltungsrecht, insbesondere Wirtschaftsverwaltungsrecht .....	1775
ε) Privatrecht – Zulassung privater Unternehmen .....	1775
ζ) Berufsrecht, insbesondere der Rechtsanwälte .....	1776
3. Die Regierungsbildung durch die „Allianz“ unter Einschluß der SPD und der Beginn der parlamentarischen Tätigkeit .....	1776
a) Die Koalitionsvereinbarung .....	1777
α) Die Präambel und die Ziele der großen Koalition .....	1777
β) Außenpolitische Hauptziele: Anerkennung der polnischen West- grenze und „gesamteuropäische Friedensordnung“ .....	1778
γ) Anspruchsvolles Programm für die Reformen im Inneren der DDR .....	1778
αα) Umgestaltung des Justizwesens .....	1778
ββ) Bewältigung der SED-Vergangenheit .....	1779
γγ) Wiedereinführung der Bundesstaatlichkeit .....	1779
δδ) „Vorerst“ kein Berufsbeamtentum .....	1779
εε) Änderungen der Verfassung .....	1779
ζζ) Angleichung an das westdeutsche System der sozialen Markt- wirtschaft bei sozialer Absicherung und Herstellung der Wäh- rungs-, Wirtschafts- und Sozialunion .....	1779
b) Konstituierung der Volkskammer und Wahl des Ministerpräsidenten im April .....	1780
c) Die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten <i>de Maizière</i> .....	1780
d) Die Regierungserklärung als Dokument redlichen Willens – Demo- kratisierung der DDR .....	1783
e) Breite Zustimmung zur Regierungserklärung in der Volkskammer .....	1783
f) Nochmalige Veränderung des Parteiensystems .....	1784
α) Zusammenschluß der Liberalen zur gesamtdeutschen FDP .....	1784
β) Vereinigung von DBD und DA mit der CDU-Ost zur gesamtdeut- schen CDU .....	1785
γ) Vereinigung von SPD-Ost und SPD-West zur gesamtdeutschen SPD .....	1785
δ) Zusammenschluß von Bündnis 90 und Grünen zum „Bündnis 90/Die Grünen“ .....	1785
e) Erneuerung des Erscheinungsbildes der PDS .....	1786
4. Suche nach einer verfassungsrechtlichen Grundlage für die Verwirkli- chung des Regierungsprogramms – die „Runden Tische“ und ihr Beitrag zum Verfassungsrecht .....	1786
a) Der „Zentrale Runde Tisch“ und sein Verfassungsentwurf .....	1786
b) Der Verfassungsentwurf als Gegenentwurf zum Grundgesetz .....	1787
c) Resonanz – Ablehnung in der Volkskammer .....	1788
5. Die Erfüllung des Regierungsprogramms in der Volkskammer ohne neue Verfassung .....	1789
a) Verfassungsfragen .....	1789
α) Ruhestellung des Staatsrates .....	1790
β) Eid des Ministerpräsidenten und der Minister .....	1790
γ) Notwendigkeit größerer Verfassungsänderungen – die Möglichkeit sog. Verfassungsgesetze .....	1790
αα) Das Verfassungsgrundsatzgesetz vom 17. Juni 1990 .....	1792
ββ) Die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion mit der Bundes- republik .....	1793

	Seite
γγ) Weitere Verfassungsgesetze .....	1793
δδ) Das Ländereinführungsgesetz und das Wahlgesetz zu den Landtagen .....	1794
b) Eigenständige Gesetzgebungstätigkeit der Volkskammer neben gesetz- lich übernommenen Rechtsvorschriften der Bundesrepublik .....	1795
α) Sozialwesen .....	1795
β) Arbeitsrecht .....	1796
γ) Bildungswesen .....	1796
δ) Haushaltsrecht .....	1796
ε) Kommunalwesen .....	1796
ζ) Justizwesen .....	1796
η) Weitere öffentlich-rechtliche Materien .....	1797
θ) Privatrecht .....	1797
ι) Treuhandgesetz und Treuhandanstalt .....	1797
6. Vorbereitungen für den Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes .....	1799
a) Der Vertrag zur Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion – die Her- stellung der Währungseinheit .....	1801
α) Der Vertragskompromiß zum Umtauschkurs – Billigung durch die Volkskammer .....	1801
β) Folgewirkungen im Wirtschaftsleben .....	1802
b) Eigentums- und Vermögensfragen als Streitpunkte der Verhandlungen .....	1803
α) <i>Modrows</i> Festhalten an den Ergebnissen der sog. Bodenreform .....	1804
β) Unterstützung durch die Gesetzgebungstätigkeit der Volkskammer ..	1806
αα) Gesetz über die Rechte der Eigentümer von Grundstücken aus der Bodenreform .....	1806
ββ) Gesetz über den Verkauf volkseigener Gebäude .....	1806
γ) Stellungnahme <i>Gorbatschows</i> .....	1806
δ) Aufrechterhaltung der Position nach den Volkskammerwahlen im Koalitionsvertrag und in der Regierungserklärung von <i>L. de Mai- zière</i> .....	1807
ε) Keine Regelung im Staatsvertrag – die sog. Gemeinsame Erklärung vom 15. Juni 1990 .....	1808
7. Die Herstellung der staatlichen Einheit über Art. 23 GG .....	1809
a) Die erste Verhandlungsrunde im Juli – die Idee vom „Einigungs- vertrag“ .....	1810
b) Getrennte und gemeinsame Ressortgespräche sowie Befassung der je- weiligen Parlamentsausschüsse .....	1812
c) Die zweite Verhandlungsrunde am 1. August .....	1812
d) Die dritte und letzte Verhandlungsrunde sowie Paraphierung und Un- terzeichnung des Einigungsvertrages .....	1813
e) Zustimmung von Bundestag und Bundesrat sowie der Volkskammer ...	1814
α) Zustimmung bei den Wiedervereinigungsparteien .....	1815
β) Ablehnung bei der PDS und bei Teilen von Bündnis 90/Die Grün- en .....	1816
8. Der Wahlvertrag zwischen der DDR und der Bundesrepublik .....	1816
a) Volkskammerbeschluß für den Abschluß eines Wahlvertrages – Festle- gung auf ein einheitliches Wahlrecht .....	1817
b) Abschluß und Inhalt des Wahlvertrages .....	1817
c) Die Ausgestaltung der 5%-Sperrklausel .....	1818
α) Die ursprüngliche Kompromißlösung .....	1818
β) Nichtigerklärung der Kompromißregelung durch das Bundesver- fassungsgericht .....	1819
γ) Die endgültige Regelung nach den Vorgaben des Bundesverfas- sungsgerichts .....	1819

	Seite
9. Die geschwächte internationale Position der DDR: Staat auf Abbruch .....	1820
a) Unrealistische Vorstellungen und Rücktritt des Außenministers <i>M. Meckel</i> .....	1822
b) Zurückhaltung <i>L. de Maizières</i> als Außenminister .....	1824
c) Abschied von liebgewonnenen außenpolitischen DDR-Vorstellungen – Anerkennung der Oder-Neiße-Linie durch Volkskammer und Bundestag .....	1824
d) Der völkerrechtliche Untergang der DDR .....	1825
10. Erweiterung der bundesrepublikanischen zu gesamtdeutschen Institutionen für eine Übergangszeit .....	1826
a) Erweiterung des Bundestages um 144 Abgeordnete – Regierungserklärung des Bundeskanzlers und Bundestagsdebatte zur Deutschen Einheit am 4. Oktober 1990 .....	1826
b) Erweiterung des Bundesrates auf 68 Stimmen .....	1828
c) Eintritt von fünf weiteren Ministern in die Bundesregierung .....	1828
d) Konstituierung der wiedererrichteten Länder der ehemaligen DDR und Wahlen am 14. Oktober 1990 .....	1828

### 3. ABSCHNITT. DIE WIEDERHERSTELLUNG DER DEUTSCHEN EINHEIT

#### § 135 DAS WIEDERVEREINIGTE DEUTSCHLAND

I. Das Staatsziel der Deutschen Einheit im Spiegel der Verfassungsjubiläen .....	1837
1. Krise in der DDR – Stabilität in der Bundesrepublik – <i>Gorbatschows</i> Haltung zur „Deutschen Frage“ .....	1837
2. Das vierzigjährige Jubiläum des Grundgesetzes: hohes Lob, aber kaum noch Aussagen zum Wiedervereinigungsgebot .....	1839
3. Das Wiedervereinigungsziel zwischen 1949 und 1989 im Spiegel der Verfassungsjubiläen .....	1842
a) Das erste Jahrzehnt .....	1843
b) Das Jubiläum von 1969 .....	1846
c) Das Jubiläum von 1974 .....	1846
d) Deutschland nach 30 Jahren Grundgesetz – eine „staatsrechtlich-völkerrechtliche Gemengelage“ .....	1847
e) Das Verfassungsjubiläum von 1989: Hinnahme der deutschen Teilung – Betonung der Rechtspflicht des Wiedervereinigungsgebots in der Rechtswissenschaft .....	1849
4. Festhalten am Wiedervereinigungsziel in der westdeutschen Bevölkerung .....	1851
5. Die Reaktivierung der Wiedervereinigungspolitik nach der veränderten politischen Lage im Osten .....	1852
II. Die Wiedervereinigungspolitik der Bundesregierung seit 1989 .....	1854
1. Operative Grundlinien und Phasen der westdeutschen Wiedervereinigungspolitik .....	1854
a) Der Staatsbesuch <i>Gorbatschows</i> im Juni 1989: Umdenken in der Frage der Deutschen Einheit – Wiederherstellung der Einheit auf der Prioritätenliste der Bundesregierung .....	1855
b) Übersiedlung und Flucht von Ost nach West .....	1856
α) Der Abbau der ungarischen Grenzsperrern ab Mai 1989 – Grenzöffnung im September .....	1856

## Inhaltsverzeichnis

	Seite
β) „Botschaftsflüchtlinge“ in Prag, Warschau und Berlin (-Ost) .....	1857
γ) „Abstimmung mit den Füßen“ bis zur Grenzöffnung am 9. November 1989 .....	1858
c) Von der Forderung innerer Reformen zur Wiedervereinigungslosung .....	1858
d) Herausbildung einer aktiven Wiedervereinigungspolitik der Bundesrepublik .....	1859
α) Versteckte Hilferufe des SED-Regimes im November 1989 .....	1860
β) Der Bericht zur Lage der Nation vom 8. November 1989 und die Bundestagsdebatte .....	1860
γ) Der Fall der Mauer und die Reaktion im Bundestag .....	1862
δ) Die Kundgebung vor dem Schöneberger Rathaus in Berlin am 10. November – Reaktionen <i>Gorbatschows</i> und <i>Bushs</i> – Übergang des Gesetzes des Handelns auf die Bundesregierung .....	1862
2. Diskussionen um den Fortgang der Politik in allen Lagern – der Konföderationsplan von <i>H. Ehmke</i> und <i>K. Voigt</i> – das Zehn-Punkte-Programm des Bundeskanzlers .....	1864
a) Der Inhalt des Zehn-Punkte-Plans .....	1866
b) Reaktionen in der westdeutschen Öffentlichkeit .....	1868
c) Reaktionen der DDR .....	1868
d) Reaktionen der Vereinigten Staaten, der europäischen Verbündeten und der Sowjetunion .....	1868
e) Fehleinschätzungen hinsichtlich des zeitlichen Rahmens .....	1869
3. Verhandlungen mit DDR-Verantwortlichen .....	1870
a) Verhandlungen mit der Regierung <i>Modrow</i> – des Kanzlers „Gepächsinie“ – Gemeinsame Erklärung .....	1870
b) Die Rede des Bundeskanzlers vor der Frauenkirche in Dresden am 19. Dezember 1989 – Einheitswunsch der Menschen – Öffnung des Brandenburger Tors .....	1871
4. Anfängliche Vorbereitung einer Vertragsgemeinschaft beider deutscher Staaten – stärkerer Trend zur Einheit – vier politische Ziele bis zur Volkskammerwahl .....	1873
a) Die Schaffung der „Allianz für Deutschland“ .....	1875
b) Die Einrichtung des Kabinettsausschusses „Deutsche Einheit“ und seiner sechs Arbeitsgruppen .....	1876
5. Die Idee der Währungsunion von Bundesrepublik und DDR – der Kabinettsbeschluß vom 7. Februar 1990 .....	1877
a) Die politische Linie der Bundesregierung zur Währungsunion – Souveränitätsverzicht der DDR – Art. 23 GG als Weg zur Wiederherstellung der Deutschen Einheit .....	1879
b) Positive Aufnahme der Idee von der Währungsunion durch die DDR – Bildung einer gemeinsamen Kommission – Zäsur durch die Volkskammerwahl .....	1880
c) Erarbeitung eines Entwurfs für einen Staatsvertrag durch das Bundesfinanzministerium: Einbindung in das Einigungsverfahren nach Art. 23 GG .....	1881
6. Die Volkskammerwahl vom 18. März 1990: der Wahlsieg der „Allianz für Deutschland“ als Entscheidung für eine Währungsunion und baldige Deutsche Einheit – Bestätigung der Wiedervereinigungspolitik <i>Helmut Kohls</i> .....	1882
III. Die „deutsch-deutschen“ Verträge und Rechtsakte zur Wiedervereinigung Deutschlands .....	1884
1. Reaktionen der Opposition im Bundestag und der Länderregierungen auf Wahlausgang und Regierungsbildung in der DDR .....	1884
a) Kein Einfluß der Grünen auf die Wiedervereinigungspolitik wegen ihrer widersprüchlichen Haltung .....	1884

	Seite
b) Entwicklung der Position der SPD: von der Verabschiedung vom Wiedervereinigungsziel zum Umdenken auf die Option zur Einheit .....	1885
α) Das Fünf-Punkte-Programm <i>H.-J. Vogels</i> vom 28. November 1989 ....	1888
β) Die „Berliner Erklärung“ des SPD-Präsidiums und des Parteitages vom Dezember 1989 .....	1889
γ) Die Haltung der SPD nach dem Besuch <i>W. Brandts</i> in Magdeburg am 20. Dezember 1989: Einigkeit über Währungsunion, Differenzen zu Art. 23 bzw. Art. 146 GG sowie über die Zugehörigkeit zur NATO – Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze .....	1890
δ) Eingeschränkte Einflußmöglichkeiten der SPD auf den Wiedervereinigungsprozeß im Osten – Einfluß durch die Mehrheitsposition im Bundesrat .....	1891
2. Das Zwei-Stufen-Programm der Bundesregierung bestehend aus Währungsvertrag und Beitritt der DDR bei zeitgleicher Regelung der „äußeren Aspekte“ der Deutschen Einheit .....	1891
3. Die Verhandlungen über die Einführung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion .....	1893
a) Verhandlungsbeginn im April – Vertragsschluß am 18. Mai 1990 .....	1894
b) Die Ratifizierung des Vertrages in beiden Parlamenten .....	1895
α) Das Verfassungsgesetz der Volkskammer vom 21. Juni 1990 .....	1895
β) Die Ratifizierung in den gesetzgebenden Körperschaften der Bundesrepublik .....	1896
αα) Die Vereinbarung über die Beteiligung der Länder – Bundesländer-Arbeitsgruppe für Finanzfragen .....	1896
ββ) Die Beteiligung des Bundesrates: Errichtung des „Fonds Deutsche Einheit“ und weitere Zusicherungen des Bundes an die Länder ....	1897
γγ) Zugeständnisse der Bundesregierung an die Opposition in besonderen Vereinbarungen und im Zustimmungsgesetz .....	1898
4. Die Bewältigung der komplizierten und komplexen Materie des Staatsvertrages .....	1899
a) Einigkeit hinsichtlich der Union und ihres Charakters als Vorstufe zur Einheit – Berücksichtigung der Belange der Europäischen Gemeinschaft – Souveränitätsverzicht der DDR besonders bezüglich der Währungshoheit – Einführung der sozialen Marktwirtschaft .....	1899
b) Meinungsverschiedenheiten zur Umstellungsquote und zur Eigentumsfrage .....	1900
α) Die Währungsumstellung mit der grundsätzlichen Quote von 1 : 1 .....	1900
β) Eigentums- und offene Vermögensfragen .....	1901
αα) Übersicht über den Fragenkomplex .....	1901
ββ) Die Stellungnahme des Bundesjustizministers zur Erklärung von Ministerpräsident <i>Modrow</i> vom 1. März 1990 .....	1903
γγ) Die Haltung der UdSSR .....	1904
δδ) Festhalten der Regierung <i>de Maizière</i> an der DDR-Grundsatzposition .....	1904
γ) Die „Gemeinsame Erklärung“ vom 15. Juni 1990 .....	1904
δ) Sozialversicherung und Finanzierungsprobleme .....	1907
c) Der Inhalt des Staatsvertrages und die Denkschrift der Bundesregierung .....	1907
α) Die Präambel .....	1908
β) Der Inhalt der einzelnen Kapitel – das „Gemeinsame Protokoll über Leitsätze“ – die Anlagen .....	1908
γ) Das Zustimmungsgesetz zum Vertrag .....	1909
δ) Die Währungsunion als Kern des Vertrages .....	1909
d) Bewertung des Staatsvertrages: staatliche Einheit als Ziel – Verfassungsvertrag und Vertrag ohne Vorbild .....	1910

	Seite
α) Die Bedeutung als Verfassungsvertrag: Erstreckung der zentralen Prinzipien der grundgesetzlichen Ordnung auf das Gebiet der DDR .....	1911
β) Self-executing-Charakter des Staatsvertrages .....	1911
γ) Pflicht zur Anpassung des einfachen Rechts .....	1911
5. Der Termin der Bundestagswahl 1990 – die Frage gesamtdeutscher Wahlen .....	1912
a) Der Streit um den Wahltermin .....	1913
α) Die Frage der Verkürzung oder Verlängerung der Wahlperiode .....	1913
β) Festlegung des Wahltermins 2. Dezember 1990 für das Wahlgebiet (alte) Bundesrepublik .....	1913
b) Der Streit um den Wahlmodus: einheitliches oder getrenntes Wahlgebiet und die Frage der Sperrklausel .....	1914
c) Der Wahlvertrag vom 3. August 1990 – verfassungsrechtliche Fragen zu Listenverbindungen und zur Sperrklausel .....	1915
α) Sperrklausel und Listenverbindungen vor dem Bundesverfassungsgericht .....	1916
β) Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 29. September 1990 .....	1916
γ) Detaillierte Anweisung an den Gesetzgeber: regionalisierte Sperrklausel .....	1918
d) Die Änderung des Bundeswahlgesetzes durch den Bundesgesetzgeber nach den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts .....	1919
6. Die Frage nach dem richtigen Weg der Wiedervereinigung: Art. 23 GG a. F. oder Art. 146 GG a. F. – klare Mehrheit der DDR für die Beitrittslösung – Modalitäten der Einführung des Grundgesetzes .....	1920
a) Die Entscheidung der DDR-Regierung für einen Einigungsvertrag .....	1921
b) Die Präferenz für einen Einigungsvertrag unter Anwendung des Art. 23 GG a. F. in der Bundesregierung – Entwurf von „Grundstrukturen eines Staatsvertrages zur Herstellung der Deutschen Einheit“ durch Bundesinnenminister <i>Schäuble</i> .....	1922
α) Historische Vorbilder für Art. 23 GG a. F.: Art. 2 WRV und Art. 79 Verfassung des Norddeutschen Bundes .....	1923
β) Die DDR als unstreitiger „anderer Teil Deutschlands“ .....	1924
γ) Offenheit des Art. 23 GG a. F. hinsichtlich der Beitrittsmodalitäten – Möglichkeit auch eines Vertrages .....	1924
δ) Frei ausgeübtes Selbstbestimmungsrecht als Grundgedanke des Beitritts .....	1925
ε) Inkraftsetzung des Grundgesetzes im Beitrittsgebiet durch einen Rechtsakt als zwingende Rechtsfolge des Beitritts .....	1926
c) Die Frage des Zeitpunktes der Beitrittserklärung und die Erfüllung von Voraussetzungen .....	1926
α) Verschiedene Terminvorschläge für die Beitrittserklärung .....	1927
β) Der Beitrittsbeschluß der Volkskammer vom 23. August 1990 zum 3. Oktober 1990 mit Zweidrittelmehrheit .....	1928
d) Der Volkskammerbeschluß als historisches Ereignis .....	1929
e) Die Rechtspflicht zum Inkraftsetzen des Grundgesetzes .....	1929
7. Idee, Entstehung und Elemente eines Einigungsvertrages unter Federführung des Bundesinnenministers .....	1930
a) Die erste Verhandlungsrunde vom 6. Juli 1990 in Berlin – positives Resümee .....	1933
b) Ressortgespräche auf beiden Seiten – zweite Verhandlungsrunde unter Vorlage eines Vertragsentwurfs – Aussparung der Divergenzpunkte – Dissenspunkte auf der westdeutschen Seite .....	1934
c) Die dritte Verhandlungsrunde – Bereinigung vieler Divergenzen – Verlagerung der Entscheidung über den Parlaments- und Regierungssitz sowie	

den Schwangerschaftsabbruch auf den gesamtdeutschen Gesetzgeber – die Erhöhung des Stimmgewichts der vier großen westdeutschen Länder im Bundesrat – die Eigentumsproblematik .....	1936
d) Die vierte Verhandlungsrunde – Vertragsunterzeichnung am 31. August 1990 .....	1938
e) Die Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften beider Vertragspartner – Inkrafttreten des Vertrages am 29. September 1990 .....	1939
f) Nachverhandlungen zur Entschädigung von NS-Opfern und zu den Stasi-Akten – die Ergänzungsvereinbarung vom 18. September 1990 .....	1939
g) Inhalt und Aufbau des Einigungsvertrages .....	1941
h) Verfassungsänderungen durch den Einigungsvertrag .....	1942
α) Die befristete Aufrechterhaltung von grundgesetzwidrigem DDR-Recht gemäß Art. 143 Abs. 1 GG .....	1944
αα) Die Regelung des Schwangerschaftsabbruches .....	1944
ββ) Die Regelung durch das Schwangeren- und Familienhilfegesetz von 1992 .....	1945
β) Die Regelung der Eigentumsverhältnisse – Art. 143 Abs. 3 GG .....	1945
αα) Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 23. April 1991 .....	1947
ββ) Fortdauernder Streit in Literatur und Publizistik .....	1947
γ) Die Streichung des Art. 23 GG a. F. und die Änderung der Präambel .....	1948
δ) Die Einfügung des Art. 135 a Abs. 2 GG .....	1948
ε) Modifikation der Finanzverfassung durch Art. 7 EV .....	1948
ζ) Die Neufassung des Art. 146 GG .....	1949
η) Neuregelung der Stimmenverteilung im Bundesrat durch Art. 51 Abs. 2 GG n. F. ....	1949
i) Die Lösung der Hauptstadtfrage gemäß Art. 5 EV .....	1949
k) Die Empfehlung zur Überprüfung des Grundgesetzes .....	1950
α) Die Einrichtung der Gemeinsamen Verfassungskommission von Bundestag und Bundesrat .....	1951
β) Das Grundgesetzänderungsgesetz vom 27. Oktober 1994 .....	1952
l) Die Nachfolge in völkerrechtliche Verträge der beiden deutschen Staaten .....	1953
m) Der öffentliche Dienst der DDR .....	1954
n) Materialer Aufgabenbereich des Staates .....	1955
o) Der Staatssicherheitsdienst der DDR .....	1956
p) Der Fortbestand behördlicher und gerichtlicher Entscheidungen – allgemeine Rehabilitierungsklausel des Art. 17 EV .....	1957
q) Überleitung von Bundesrecht und Recht der Europäischen Gemeinschaften – Voraussetzungen für den Fortbestand von DDR-Recht – Rechtsvereinheitlichung .....	1958
r) Resümee des Einigungsvertrages .....	1959
8. Die Rechtsfolgen des Beitritts .....	1962
a) Der Beitritt der DDR als Ausübung des Selbstbestimmungsrechts – Untergang als Staat .....	1963
b) Der Fortbestand der Bundesrepublik Deutschland als Staat – Staats- und Verfassungseinheit .....	1963
c) Die Bundesrepublik Deutschland als Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches – von der Teilidentität zur Subjektsidentität .....	1964
d) Der Fortbestand der Mitgliedschaft der Bundesrepublik Deutschland in inter- und supranationalen Einrichtungen .....	1965
e) Die Wiedererrichtung der Länder in der DDR: das Ländereinführungsgesetz vom 22. Juli 1990 .....	1965
f) Die Frage nach einer plebiszitären Legitimation des Grundgesetzes .....	1967
α) Das Grundgesetz als legitimierte Verfassung des wiedervereinigten Deutschland – Streichung des Art. 23 GG a.F. und Neufassung des Art. 146 GG .....	1969

	Seite
αα) Art. 146 GG n.F.: vom Wiedervereinigungsartikel zur Verfassungsrevisionsnorm – unlöslicher Zusammenhang mit Art. 79 GG	1970
ββ) Geltung des Art. 79 Abs. 3 GG auch im Rahmen des Art. 146 GG n.F. ....	1970
γγ) Art. 146 GG n.F. als funktionslose Vorschrift .....	1971
β) Kein Legitimationsdefizit des Grundgesetzes .....	1971
γ) Ablehnung einer neuen Verfassung oder einer Totalrevision des Grundgesetzes .....	1973
9. Der Einigungsvertrag als singulärer Vertrag: Rechtscharakter und historische Bedeutung .....	1974
a) Der Einigungsvertrag als Vertrag mit staatsrechtlich-völkerrechtlichen Elementen .....	1975
α) Die Begründung völkerrechtlicher Vertragsbeziehungen .....	1976
β) Der staatsrechtliche Charakter des Einigungsvertrages – der Einigungsvertrag als einfaches Bundesrecht .....	1976
γ) Der Einigungsvertrag als Vertrag „sui generis“ .....	1976
δ) Der Einigungsvertrag als Verfassungsvertrag .....	1977
b) Rechtswirkungen des Einigungsvertrages nur zwischen den Vertragsparteien .....	1977
α) Ausstrahlung des Vertrages auf Dritte .....	1978
β) Die mögliche völkerrechtliche Bedeutung des Art. 41 Abs. 1 und 3 EV .....	1978
c) Keine Bindungskraft des Einigungsvertrages für den Gesetzgeber .....	1979
IV. Die völkerrechtlichen Rechtsakte zur Wiederherstellung der Deutschen Einheit .....	1980
1. Die völkerrechtliche Dimension der Wiederherstellung der Deutschen Einheit – die zu lösenden Problemkreise – die Bewältigung des internationalen Wiedervereinigungsprozesses als politische Leistung von Rang .....	1980
2. Deutschland, USA und UdSSR als die „großen Drei“ des internationalen Wiedervereinigungsprozesses – insgesamt diffuser außenpolitischer Befund um die Jahreswende 1989/90 – Vielzahl heterogener Interessen und Einstellungen .....	1983
a) Die Wiedervereinigung als kein Thema „der Tagesordnung“ der vier Siegermächte .....	1985
b) Vier Prinzipien der amerikanischen Politik .....	1986
c) Langer Besinnungs- und Verhandlungsprozeß in der Sowjetunion – „sieben Fragen zur Deutschlandpolitik“ .....	1987
d) Die entscheidende Rolle der Deutschen – die „Zwei-plus-vier“-Formel von Ottawa – bilaterale Gespräche .....	1989
α) Umsichtiges Vorgehen der Bundesregierung – Kontroverse in Moskau über die künftige Deutschlandpolitik – <i>Gorbatschows</i> Votum für Verhandlungen mit der Bundesregierung .....	1991
αα) Gespräche in Moskau am 10. Februar 1990 mit dem Ergebnis: grünes Licht für die Wiedervereinigung .....	1992
ββ) Das „Aber“ in <i>Gorbatschows</i> Zusage: Forderungen der Sowjetunion hinsichtlich Bündniszugehörigkeit, polnischer Westgrenze, Friedensvertrag, außenwirtschaftlicher Verpflichtungen der DDR und deutscher Streitkräfte .....	1994
β) Die Notwendigkeit zur Überwindung der von der UdSSR aufgebauten Hürden durch weitere bilaterale Gespräche – die deutsche Position im Zwei-plus-vier-Prozeß .....	1995
αα) Einigkeit mit Präsident <i>Bush</i> in den Camp-David-Gesprächen .....	1996
ββ) Die Haltung der französischen Seite: zunächst Distanziertheit <i>Mitterands</i> , dann langsame Wandlung, später Ausräumung aller Dissonanzen .....	1997

γγ) Ablehnende Haltung und Verzögerungstaktik der britischen Premierministerin <i>Thatcher</i> .....	1999
δδ) Die Frage der Grenze zu Polen – <i>Kohls</i> Linie: verbindlicher Vertrag erst nach Herstellung der Deutschen Einheit – <i>Bushs</i> Ausweg: Beziehung, nicht Beteiligung Polens zu den Verhandlungen der Zwei-plus-vier .....	2000
γ) Zusätzliche Probleme mit der Sowjetunion – Kredite und Kooperation als Katalysator .....	2003
δ) Festlegung einer gemeinsamen deutsch-amerikanischen Position in Washington im Mai 1990 .....	2006
αα) Der amerikanische Neun-Punkte-Plan .....	2006
ββ) Die Zustimmung von NATO und Europäischem Rat zur deutschen Wiedervereinigung – die „Londoner Erklärung“ der NATO mit dem Untertitel „Die Nordatlantische Allianz im Wandel“ .....	2007
ε) Der „große“ Durchbruch in Moskau und im Kaukasus am 15./16. Juli 1990: die deutsch-sowjetische Übereinkunft zur Deutschen Einheit ....	2009
e) Die Notwendigkeit eines „Vertragsgeflechts“ zur Lösung der gestellten Probleme .....	2011
3. Das Selbstbestimmungsrecht des Deutschen Volkes als wichtigste rechtliche Grundlage für die Wiederherstellung der Deutschen Einheit .....	2011
a) Die rechtliche Verfestigung des Selbstbestimmungsrechts in der UN-Charta, in der Rechtsprechung des Internationalen Gerichtshofes und in den Internationalen Pakten von 1966 .....	2013
b) „Inneres“ und „äußeres“ Selbstbestimmungsrecht – Anwendung in Europa 1987 bis 1990 – die Sprengkraft des Selbstbestimmungsrechts .....	2014
c) Das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen in den zwei Staaten .....	2015
α) Das Selbstbestimmungsrecht in der Präambel des Grundgesetzes und in den Wiedervereinigungsartikeln 23 und 146 GG a. F. ....	2016
β) Das Selbstbestimmungsrecht in den Verfassungen der DDR – behauptete Ausübung in Richtung auf eine sozialistische Gesellschaftsordnung – „staatliche Souveränität“ als Ersatzbegriff für Selbstbestimmung .....	2017
γ) Die Volksbekundungen 1989 und die Wahlen vom 18. März 1990 als elementarer Ausdruck des Selbstbestimmungsrechts .....	2018
δ) Die Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht als Konstante westdeutscher Politik in den Erklärungen von Bundesregierungen und Bundestag .....	2019
αα) Der Anspruch auf Selbstbestimmung als zentrales Ziel der Regierungen von <i>Konrad Adenauer</i> und <i>Ludwig Erhard</i> – Zurückhaltung in der Großen Koalition unter <i>Kurt Georg Kiesinger</i> .....	2019
ββ) Wandel unter den Regierungen von <i>Willy Brandt</i> und <i>Helmut Schmidt</i> ab 1969 .....	2020
γγ) Betonung des Selbstbestimmungsrechts in der Regierungszeit von <i>Helmut Kohl</i> .....	2022
d) Die Wiederherstellung der Deutschen Einheit als der Wunsch aller Deutschen .....	2023
e) Die Probleme bei der Verwirklichung des äußeren Selbstbestimmungsrechts .....	2025
4. Die Zwei-plus-vier-Verhandlungen .....	2025
a) Die Verhandlungsposition der deutschen Seite – Sondierungsgespräche und „Beamtenrunde“ .....	2027
b) Das erste Treffen der Außenminister am 5. Mai 1990 in Bonn: Einigung auf die Traktanden .....	2028
c) Das zweite Treffen am 22. Juni 1990 in Berlin: toter Punkt der Verhandlungen – Durchbruch in deutsch-sowjetischen Gesprächen .....	2029
d) Das dritte Treffen am 17. Juli 1990 in Paris: Weichenstellung für eine endgültige Regelung – die deutsch-polnische Grenzfrage – Beschleunigung der „deutsch-deutschen“ und „externen“ Verhandlungen .....	2031

	Seite
e) Der Abschluß der Verhandlungen am 12. September 1990 in Moskau: Probleme mit NATO-Truppenmanövern auf dem Gebiet der DDR – „Suspendierung“ der Vier-Mächte-Rechte .....	2032
f) Unterzeichnung des Vertrages über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland (sog. Zwei-plus-vier-Vertrag) .....	2033
g) Die Bündniszugehörigkeit des vereinigten Deutschland .....	2034
α) Die beiden deutschen Staaten in antagonistischen Bündnissen – Forderung der UdSSR: Neutralisierung Deutschlands – westalliierte und westdeutsche Position: NATO-Zugehörigkeit des wiedervereinigten Deutschland .....	2035
β) Die Einbeziehung des wiedervereinigten Deutschland in den Staatenverbund der Europäischen Gemeinschaften .....	2036
αα) Automatische Mitgliedschaft der DDR als Teil der Bundesrepublik .....	2037
ββ) Aufrechterhaltung gemeinschaftswidrigen Rechts sowie Anpassungs- und Ergänzungsregelungen .....	2038
γ) Herauslösung der ehemaligen DDR aus dem Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) .....	2038
δ) Die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa – Einbettung der Wiedervereinigung in den KSZE-Prozeß .....	2039
h) Der Hauptinhalt des Zwei-plus-vier-Vertrages: Wiederherstellung der vollen Souveränität und der staatlichen Einheit Deutschlands, Verpflichtungen des vereinigten Deutschland – Zukunftsgerichtetheit des Vertrages .....	2040
i) Ratifikation und Inkrafttreten des Zwei-plus-vier-Vertrages – Erklärung der vier Siegermächte zur Suspendierung ihrer Rechte vom 1. Oktober 1990 .....	2042
k) Historische Bedeutung des Zwei-plus-vier-Vertrages .....	2044
5. Das den Zwei-plus-vier-Vertrag begleitende umfangreiche „Vertragsgeflecht“ .....	2045
a) Der Vertrag über gute Nachbarschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken .....	2048
α) Der Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Entwicklung einer umfassenden Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaft, Industrie, Wissenschaft und Technik .....	2049
β) Das Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Arbeits- und Sozialwesens .....	2049
b) Das Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über einige überleitende Maßnahmen und der Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Bedingungen des befristeten Aufenthalts und die Modalitäten des planmäßigen Abzugs der sowjetischen Truppen aus dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland .....	2050
α) Der Vertrag über die befristete Stationierung .....	2050
β) Das Überleitungsabkommen .....	2051
c) Die Frage der deutsch-polnischen Grenze – der deutsch-polnische Grenzvertrag .....	2051
α) Einlösung des pactum de contrahendo aus den Zwei-plus-vier-Verhandlungen .....	2053
β) Der schwierige Weg zum Grenzvertrag .....	2054
γ) Die Grenzregelungen des Vertrages .....	2054
δ) Der unvermeidliche deutsche Verzicht .....	2055

	Seite
ε) Die Konsequenz für die polnische Seite: Zuerkennung von Rechten zugunsten der deutschen Minderheit in Polen .....	2055
ζ) Die Frage der konstitutiven oder deklaratorischen Regelung: Beilegung des Streits um die Grenze .....	2056
η) Der Widerspruch zwischen Art. 1 Abs. 5 Zwei-plus-vier-Vertrag und früheren Erklärungen .....	2056
d) Der deutsch-polnische Nachbarschaftsvertrag .....	2056
α) Grundtenor des Vertrages: Beseitigung des trennenden Charakters der Grenze .....	2057
β) Der Vertrag als großer Schritt auf dem Weg zu weiterer Aussöhnung ..	2058
e) Der Vertrag mit der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik zu Grenzfragen und zur Zusammenarbeit von 1992 .....	2059
f) Modifikationen der früheren Verträge der Bundesrepublik Deutschland mit den drei westlichen Alliierten .....	2061
g) Die volle Einbeziehung Berlins in die Bundesrepublik Deutschland .....	2061
h) Vorläufige Rechtsgrundlage für die Stationierung: Rechtsverordnungsgesetz und drei Rechtsverordnungen .....	2062
i) Instrumente zur Festigung des Friedens und zur Rüstungskontrolle – das KSZE-Gipfeltreffen im November 1990 in Paris .....	2063
α) Vertrag über Konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE) .....	2064
β) Vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen (CSBM) .....	2065
γ) Die „Gemeinsame Erklärung von zweiundzwanzig Staaten“ .....	2066
δ) Die Pariser Charta für ein neues Europa als „Magna Charta der Freiheit, der Menschen- und Bürgerrechte für Europa“ .....	2067
ε) Neue Strukturen und Institutionen der KSZE .....	2067
αα) Die neugeschaffenen Institutionen .....	2068
ββ) Die Umbenennung der KSZE in Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) .....	2068
ζ) Hauptziele der OSZE – OSZE als Regionalorganisation im Sinne der UN-Charta .....	2068
6. Zur Bewertung des Zwei-plus-vier-Vertrages als Friedensvertrag .....	2069
a) Verschiedene normative Formen zur Beendigung eines Krieges .....	2069
α) Geringe Anzahl von Friedensverträgen zur Beendigung des Zweiten Weltkrieges mit den Verbündeten Deutschlands .....	2069
β) Zurücktreten der Frage eines Friedensvertrages mit Deutschland im Verlauf der Zeit – der Friedensvertragsvorbehalt in internationalen Verträgen .....	2070
b) Die neue politische Linie seit 1989: kein Friedensvertrag – der „Zwei-plus-vier“-Vertrag als Ersatz .....	2071
c) Erledigung der Reparationsfrage .....	2071
V. Die innere Wiedervereinigung als Gemeinschaftsaufgabe aller Deutschen .....	2072
1. Die deutsche Wiedervereinigung als epochales historisches Ereignis – die Überwindung der komplexen Probleme der inneren Einheit als Gemeinschaftsaufgabe .....	2072
2. Der Wiederaufbau einer auf gemeinsamen europäischen Wertvorstellungen beruhenden „civil society“ und die Erweckung eines Bewußtseins für das Grundgesetz – Integrationsfortschritte und -defizite – Ausbau der wirtschaftlich-sozialen, personellen und institutionellen Infrastruktur .....	2075
3. Verfassungseinheit von Bund und Ländern – Verfassungsgebung in den wiedererrichteten Ländern .....	2078
a) Gemeinsamkeiten im Verfassungsgebungsprozeß in den Ländern – Besonderheiten in Berlin .....	2081
b) Die neuen Landesverfassungen als Vollverfassungen – Besonderheiten der brandenburgischen Verfassung .....	2083

	Seite
c) Ausführliche Staatszielbestimmungen als Merkmal aller neuen Verfassungen .....	2084
d) Konventionelle staatsorganisationsrechtliche Vorschriften – Volksbegehren und Volksentscheid .....	2085
e) Einrichtung einer Landesverfassungsgerichtsbarkeit .....	2086
4. Die Wiederherstellung der Rechtseinheit .....	2086
a) Der grundsätzliche Restrestreckungsbefehl für Bundesrecht in Art. 8 EV – Besonderheiten für das Recht der Europäischen Gemeinschaften sowie für völkerrechtliche Verträge .....	2088
α) Erstreckung des Gemeinschaftsrechts auf das Gebiet der neuen Länder nach Art. 10 EV unter Berücksichtigung von Übergangs- und Anpassungsregelungen .....	2089
β) Rechtsfolgen für völkerrechtliche Verträge .....	2090
αα) Grundsätzliche Fortgeltung völkerrechtlicher Verträge der Bundesrepublik unter Erstreckung auf das beigetretene Gebiet nach Art. 11 EV .....	2090
ββ) Differenzierende Lösung bei Verträgen der DDR nach Art. 12 EV .....	2091
b) Die Fortgeltung von DDR-Recht nach Art. 9 EV .....	2092
c) Der Eingangsvertrag und das von ihm geschaffene Recht als Bundesrecht .....	2093
d) Aufträge an den gesamtdeutschen Gesetzgeber .....	2093
5. Die Angleichung der Lebensverhältnisse von Ost und West im Wirtschafts- und Sozialbereich sowie auf anderen Gebieten .....	2094
a) Wirtschaftliche Schwierigkeiten in den „neuen“ Ländern .....	2095
α) Die soziale Marktwirtschaft als Vorgabe für die Wirtschaftsordnung ....	2097
β) Ausbleiben eines zweiten deutschen „Wirtschaftswunders“, aber Erfolge im „Aufbau Ost“ – Angleichung der Wirtschaftskraft als langwieriger Prozeß .....	2098
b) Das Sozialstaatsprinzip als Direktive für soziale Homogenität und Angleichung der Lebensverhältnisse – die Aussagen des Gemeinsamen Protokolls über Leitsätze zur Sozialunion .....	2099
α) Die Verantwortung der Tarifvertragsparteien .....	2100
β) Die Verantwortung der Treuhandanstalt und der Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben .....	2100
γ) Der Staat als Hauptverantwortlicher .....	2101
αα) Sozialhilfe .....	2102
ββ) Rentenüberleitung .....	2102
γγ) Arbeitslosigkeit als größte Herausforderung – Arbeitsmarktpolitik .....	2103
c) Angleichung der Lebensverhältnisse in wichtigen Infrastrukturbereichen des Verkehrs, der Post- und Telekommunikation und des Umweltschutzes – unvermeidliche Finanztransfers .....	2105
α) Leistungen im Länderfinanzausgleich – Bundesergänzungszuweisungen – sonstige Transferleistungen .....	2106
β) Gemeinschaftswerk „Aufschwung Ost“ und „Solidarpakt“ .....	2106
d) Kultur als Element und Faktor des sozialistischen Menschenbildes in der DDR-Politik – Überführung in die freiheitliche Kulturlandschaft durch Art. 35 EV .....	2107
α) Die Länder als grundsätzliche Träger kultureller Einrichtungen – Neuordnung von Rundfunk und Fernsehen durch die Länder – Überführung der Einrichtungen des Sports in den privatautonomen Bereich .....	2109
β) Grundsätzliche Finanzierungsverantwortung der Länder .....	2110
γ) Grundsätzlicher Fortbestand der Arbeitsverhältnisse im öffentlichen Dienst, aber Sonderkündigungsrecht .....	2110

δ)	Entideologisierung des Kulturbereichs – Ausrichtung auf freiheitlich-demokratische und pluralistische Ziele – Leistungsfähigkeit und Sachkompetenz als Richtmaß der Erneuerung – Abwicklung und Umgestaltung von wissenschaftlichen Einrichtungen – Evaluation des Personals .....	2112
6.	Aufarbeitung der unrechtsstaatlichen Vergangenheit – drei Komplexe aufgetragener Vergangenheitsbewältigung .....	2113
a)	Versuchte Rehabilitierung der DDR für politisch motivierte Strafverfolgung und Verurteilung Unschuldiger im Jahre 1990 .....	2117
b)	Grundsätzliche rechtsstaatliche Probleme bei der Beurteilung von Regierungskriminalität, Geheimdiensttätigkeit, Todesschüssen und Rechtsbeugung .....	2118
α)	Überprüfung von DDR-Gesetzen an Hand oberster Rechtsgrundsätze und an Hand des Völkerrechts .....	2119
αα)	Die Radbruchsche Formel und die Mauerschützenprozesse .....	2119
ββ)	Die Heranziehung des Völkerrechts .....	2120
β)	Kein Verstoß gegen das Rückwirkungsverbot bei der Bestrafung von Mauerschützen .....	2120
γ)	Grundsätzliche Maßgeblichkeit des DDR-Strafrechts .....	2121
αα)	Restriktion der Strafbarkeit wegen Rechtsbeugung nach § 244 DDR-StGB .....	2122
ββ)	Einschränkung der Bestrafung von Mitarbeitern des Spionageapparates der DDR aufgrund des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes .....	2122
δ)	Das Problem der Verfolgungsverjährung .....	2124
c)	Die entschädigungslose Entziehung von Eigentum und Vermögen durch die sowjetische Besatzungsmacht und durch das DDR-Regime – Kategorisierung der Tatbestände .....	2125
α)	Die Auffassung der Literatur der fünfziger Jahren: Rechtswidrigkeit der Eigentumsentziehungen .....	2129
β)	1989/90 Klärung der Eigentums- und Vermögensfragen auf der Prioritätenliste – divergierende Grundvorstellungen .....	2130
γ)	Die Gemeinsame Erklärung vom 15. Juni 1990 und ihre Eckwerte .....	2130
δ)	Die Positionen im Rahmen der Verhandlungen über die inneren und äußeren Aspekte der Deutschen Einheit .....	2131
αα)	Die Unveränderlichkeit der bestehenden Eigentumslage als Position der Regierungen <i>Modrow</i> und <i>de Maizière</i> .....	2132
ββ)	Das Memorandum der UdSSR vom 28. April 1990 zur Unüberprüfbarkeit der Enteignungen von 1945 bis 1949 .....	2132
γγ)	Kontroverse Positionen auf westdeutscher Seite .....	2132
δ)	Die Änderungen des Grundgesetzes und der Grundsatz der Restitution im Einigungsvertrag .....	2134
αα)	Die Gemeinsame Erklärung vom 15. Juni 1990 als Bestandteil des Einigungsvertrages nach Art. 41 .....	2135
ββ)	Die Begründung der Bundesregierung: sozialverträglicher Ausgleich und Rücksichtnahme auf die Sowjetunion .....	2136
γγ)	Eigentums- und finanzierungsrechtlich relevante Verfassungsänderungen durch den Einigungsvertrag: Art. 143 Abs. 3 GG und Art. 135a Abs. 2 GG .....	2136
ζ)	Die Umsetzung der Regelungen des Einigungsvertrages im Gesetz zur Regelung offener Vermögensfragen: der Restitutionsgrundsatz .....	2137
αα)	Vorrang von Investitionen vor Rückerstattung nach dem Hemmnisbeseitigungsgesetz und dem Investitionsvorrangsgesetz .....	2139
ββ)	Weitere Ausnahmen vom Grundsatz der Restitution .....	2139
η)	Die Regelung für die sog. Mauergrundstücke .....	2139
θ)	Der Restitutionsausschluß für Enteignungen auf besatzungsrechtlicher bzw. besatzungshoheitlicher Grundlage .....	2140

## Inhaltsverzeichnis

	Seite
αα) Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 23. April 1991 .....	2142
ββ) Kritik und Zustimmung zum Bodenreformurteil des Bundesverfassungsgerichts .....	2143
γγ) Bewertung der Rechtsauffassung des Bundesverfassungsgerichts – Fragen und Einwände .....	2144
u) Das Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz vom 27. September 1994 .....	2148
αα) Wiedergutmachung als Ausfluß des Rechts- und Sozialstaatsprinzips – Bindungsmaßstab nur der Gleichheitssatz .....	2149
ββ) Das Entschädigungsgesetz .....	2150
γγ) Das Ausgleichsleistungsgesetz für die Konfiskationen zwischen 1945 und 1949 .....	2150
d) Rehabilitation und Wiedergutmachung für die Opfer des SED-Unrechtsregimes .....	2150
α) Strafrechtliche Rehabilitation durch das Gesetz über die Rehabilitation und Entschädigung von Opfern rechtsstaatswidriger Strafverfolgungsmaßnahmen im Beitrittsgebiet vom 29. Oktober 1992 .....	2152
β) Das Verwaltungsrechtliche Rehabilitierungsgesetz vom 23. Juni 1994 ..	2153
γ) Das Berufliche Rehabilitierungsgesetz vom 23. Juni 1994 .....	2153
7. Der Schock des radikalen Wandels 1989/90 – der Beitrag des Staats- und Verfassungsrechts zur Gewinnung der inneren Einheit – der deutsche Nationalstaat als Ort vertrauter Gemeinsamkeit .....	2154
8. Das wiedervereinigte Deutschland und seine Verfassung an der Schwelle des dritten Jahrtausends – Zugehörigkeit zum europäischen Staatenverbund und zur Wert- und Verteidigungsgemeinschaft der NATO – Notwendigkeit der Erneuerung im Innern – Zukunftstauglichkeit des Grundgesetzes .....	2159
a) Die grundgesetzlichen Verfassungsprinzipien als Fundament des vereinigten Deutschland .....	2163
b) Identität von „Bonner“ und „Berliner“ Republik .....	2165
c) Die Tauglichkeit des grundgesetzlichen Verfassungsrechts für die Bewältigung der Zukunftsaufgaben .....	2166
α) Kritikpunkte, Bruchstellen, Risse und Asymmetrien sowie Annahmung stärkerer Gemeinwohlverantwortlichkeit .....	2167
β) Kein Votum für eine neue Verfassung, vielmehr Bestätigung der verfassungspolitischen Ordnungskraft des Grundgesetzes .....	2169
d) Ausstrahlungswirkungen des Grundgesetzes auf ausländische Verfassungen – überzeugende Bewährung des Grundgesetzes, aber Fragen an die Zukunftsfähigkeit – Zukunftssorgen um den Staat als souveränen Akteur zur Sicherung von Individualfreiheit und Gemeinwohl – Anforderungen an die Staatsrechtslehre .....	2170
Namensverzeichnis .....	2175
Sachverzeichnis .....	2191